

Drs. 7118-18  
München 06 07 2018

---

# Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen



<b>Vorbemerkung</b>	<b>5</b>
<b>Kurzfassung</b>	<b>7</b>
<b>A. Zentrale Herausforderungen und Handlungsfelder</b>	<b>16</b>
<b>A.I Die Internationalisierung der Wissenschaft</b>	<b>18</b>
<b>A.II Weltpolitische Entwicklungen</b>	<b>21</b>
II.1 Veränderungen der wissenschaftspolitischen Weltkarte	21
II.2 Wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa	24
II.3 Spannungsverhältnisse und Asymmetrien in der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit	31
<b>A.III Nationaler Rahmen und Status quo – Die Internationalisierungsstrategien von Hochschulen</b>	<b>36</b>
III.1 Der nationale Rahmen für die Internationalisierung der Hochschulen	36
III.2 Präsenzen und Aktivitäten deutscher Wissenschaftseinrichtungen im Ausland	40
III.3 Internationalisierung und Internationalisierungsstrategien der Hochschulen	43
III.4 Ausgangsbedingungen und Chancen der Internationalisierung an Fachhochschulen	48
III.5 Mobilität von Studierenden sowie wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal	49
III.6 Digitalisierung und Internationalisierung	57
<b>B. Empfehlungen</b>	<b>60</b>
<b>B.I Zur Internationalisierung der Wissenschaft unter neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen</b>	<b>60</b>
I.1 Der nationale Rahmen für die Internationalisierung der Hochschulen	61
I.2 Umgang der Hochschulen mit den sich verändernden weltpolitischen Rahmenbedingungen	64
I.3 Wissenschaft und Hochschulen in Europa	66
I.4 Präsenzen und Aktivitäten deutscher Wissenschaftseinrichtungen im Ausland	73

<b>4</b>	<b>B.II</b>	<b>Zu den Strategien der Hochschulen für die Internationalisierung</b>	<b>77</b>
	II.1	Internationalisierungsstrategien deutscher Hochschulen	78
	II.2	Internationalisierung zu Hause	80
	II.3	Weitere Internationalisierung der Fachhochschulen	87
	II.4	Mobilität von Studierenden sowie wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal	89
	II.5	Chancen der Digitalisierung für die Internationalisierung	96
	II.6	Finanzierung der Internationalisierung	99
		<b>Anhang</b>	<b>101</b>
		Abkürzungsverzeichnis	103
		Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	108

---

# Vorbemerkung

Wissenschaft als Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt erfreut sich in Deutschland und vielen anderen Staaten einer hohen Anerkennung und großer gesellschaftlicher und politischer Unterstützung. Dies gilt auch für ihre Internationalisierung. Diese ist für die Wissenschaft kein Selbstzweck, sondern ein zentrales Mittel zur Sicherstellung und Erhöhung der Qualität von Forschung und Lehre. Gleichermäßen breit ist der Konsens, dass internationaler Austausch und internationale Kooperation der Begegnung und dem Kulturaustausch dienen, die interkulturellen Kompetenzen Einzelner schulen sowie wichtige Qualifikationen für einen Einsatz auf einem internationalen Arbeitsmarkt und für ein verantwortliches Verhalten als Bürgerinnen und Bürger vermitteln. In Deutschland kommt die hohe Wertschätzung für die Wissenschaft auch darin zum Ausdruck, dass die für das Wissenschaftssystem bereitgestellten Haushaltsmittel in den letzten Jahren deutlich erhöht wurden. Jedoch sind in jüngerer Vergangenheit innerhalb und außerhalb Europas auch gegenläufige Entwicklungen zu beobachten, wie nationalistische Tendenzen, Wissenschaftskepsis und Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit. Diese Entwicklungen sind für die Internationalisierungsbemühungen des deutschen Wissenschaftssystems nicht unerheblich. Der Wissenschaftsrat nimmt die sich verändernden Rahmenbedingungen zum Anlass, sich zum wiederholten Mal mit der Internationalisierung der deutschen Wissenschaft und speziell der Hochschulen zu befassen. Das vorliegende Papier reflektiert, wie sich die wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, insbesondere die Hochschulen, mit ihren Internationalisierungsstrategien unter den neuen Gegebenheiten aufstellen können und was eine abgestimmte nationale Außenwissenschaftspolitik (*science diplomacy*) in diesem Kontext als Rahmensetzung für die institutionellen Internationalisierungsaktivitäten leisten sollte. Der Wissenschaftsrat richtet im Folgenden Empfehlungen an die politischen Akteure und die wissenschaftlichen Förderorganisationen, die die Rahmenbedingungen für die Internationalisierung von Hochschulen verbessern können, sowie an die Hochschulen selbst.

Im Zentrum der vorliegenden Empfehlungen steht die Internationalisierung der Hochschulen. Da außeruniversitäre Forschungseinrichtungen ebenfalls ein elementarer Bestandteil des deutschen Wissenschaftssystems sind – auch in der

6 Außenwahrnehmung –, werden sie in den folgenden Empfehlungen an geeigneten Stellen Berücksichtigung finden.

An der Vorbereitung der Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen haben neben Mitgliedern des Wissenschaftsrates weitere Sachverständige mitgewirkt. Ihnen ist der Wissenschaftsrat für ihre wertvollen Beiträge zu besonderem Dank verpflichtet. Sein Dank gilt auch den Expertinnen und Experten, die im Rahmen von Anhörungen die Erarbeitung der Empfehlungen unterstützt haben.

Der Wissenschaftsrat hat die Empfehlungen zur Internationalisierung von Hochschulen am 6. Juli 2018 in München verabschiedet.

---

# Kurzfassung

Die Internationalisierung der deutschen Wissenschaft und Hochschulen, verstanden als Prozess zunehmender grenzüberschreitender Aktivitäten und Kooperationen, ist in den vergangenen Jahren stark vorangeschritten. Ursächlich dafür sind zum einen globale Entwicklungen und zum anderen Veränderungen im deutschen Wissenschaftssystem, insbesondere gestiegene Erwartungen an eine Profilbildung der wissenschaftlichen Einrichtungen. Die zunehmende Ausprägung institutioneller Profile geht auch mit einer stärkeren Verbreitung von Internationalisierungsstrategien einher.

Gleichzeitig sind weltweit Tendenzen zu beobachten, welche die freie Ausübung von Wissenschaft beeinträchtigen und den grenzüberschreitenden Austausch und die internationale Zusammenarbeit erschweren. Hierzu zählen Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit in Staaten außerhalb und innerhalb Europas, eine gestiegene Skepsis gegenüber der Wissenschaft oder politisch unbequemen Forschungsergebnissen sowie mancherorts Kürzungen der öffentlichen Mittel für die Wissenschaft.

In einem globalen Wissenschaftssystem mit einer zunehmenden Anzahl aktiver Staaten und wissenschaftlicher Einrichtungen liegt eine Herausforderung für die deutschen wissenschaftlichen und politischen Akteure darin, die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner Komplexität mit einer föderalen Struktur, einer differenzierten Hochschullandschaft sowie vielfältigen Karrierewegen aufzuzeigen und zu erhalten. Internationalisierung der Wissenschaft hat immer eine politische Dimension. Besonders aufmerksam sollte mit Partnern in neu entstehenden Wissenschaftsgesellschaften umgegangen werden, die mit der Internationalisierung der Wissenschaft zum Teil andere Ziele als Deutschland verfolgen, sowie mit Staaten, welche die Wissenschaftsfreiheit einschränken.

Der Wissenschaftsrat entwickelt die nachstehenden Empfehlungen vorrangig aus einer systemischen Perspektive und fokussiert auf Institutionen.

Zur **Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulen unter neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen** empfiehlt der Wissenschaftsrat,

- \_ dass die politischen Akteure in Abstimmung mit den wissenschaftlichen Einrichtungen und den Förderorganisationen geeignete Instrumente für eine bessere Außenwahrnehmung und Kenntnis des deutschen Wissenschaftssystems im Ausland entwickeln. Die bestehenden Präsenzen der deutschen Wissenschaft im Ausland wie die Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) und die transnationalen Bildungsangebote (TNB-Angebote) deutscher Hochschulen sollten stärker für die Vernetzung und Bekanntmachung der gesamten deutschen Wissenschafts- und Hochschullandschaft genutzt werden, speziell auch der Fachhochschulen;
- \_ eine zentrale Beratungsstelle zu schaffen, z. B. beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) oder bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), welche die wissenschaftlichen Einrichtungen zur Ausgestaltung von internationalen Kooperationsverträgen sowie zu wissenschaftsspezifischen Risiken und forschungsrelevanten Rechtsfragen informiert und berät, insbesondere mit Blick auf neue Partnerstaaten;
- \_ dass sich das Auswärtige Amt (AA), der DAAD und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit Beratungs- und Schulungsangeboten initiativ an die wissenschaftlichen Einrichtungen wenden und gemeinsam mit der HRK dafür sorgen, dass sie und deren Mitglieder systematisch zu außenwissenschaftsrelevanten Fragen, sicherheitspolitischen Themen und Risiken in den Gastländern unterrichtet werden;
- \_ dass die wissenschaftlichen Einrichtungen und deren Mitglieder ihre Zusammenarbeit mit alten und neuen Partnern unter Berücksichtigung der langfristigen systemischen und institutionellen Effekte gestalten sollten;
- \_ dass die deutschen Hochschulen und Forschungsinstitute in internationalen Kooperationen ihre eigenen Werte und Qualitätsansprüche geltend machen und klare Vereinbarungen treffen, z. B. mit Blick auf die freie Ausübung der Wissenschaft, die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, die freie Meinungsäußerung sowie die Grundsätze für wissenschaftliche Integrität und zum Schutz geistigen Eigentums. Hierzu sollten sie auf die Beratung einer unterstützenden Instanz beim DAAD oder der HRK zurückgreifen können (s. o.).

Die Europäische Union (EU) hat sich zu einer wesentlichen Grundlage für die Internationalisierung der deutschen Wissenschaft entwickelt. Der Europäische Forschungsraum (EFR) und der Europäische Hochschulraum (EHR) stehen für die Freiheit der Wissenschaft sowie die Autonomie und demokratische Verfasstheit der Hochschulen. Eine enge Zusammenarbeit in der EU und eine hohe wissenschaftliche Leistungsfähigkeit möglichst aller EU-Mitgliedstaaten sind zudem die Voraussetzungen dafür, dass das europäische Wissenschaftssystem



im internationalen Wettbewerb auch zukünftig konkurrenzfähig ist. Um die Möglichkeiten der **Zusammenarbeit in Europa** noch besser auszuschöpfen und für die gemeinsamen Werte und Errungenschaften einzutreten, spricht der Wissenschaftsrat unter anderem folgende Empfehlungen aus:

- \_ Der Bund und die Länder sollten sich in der EU für eine Vertiefung der europäischen Kooperation in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik engagieren, u. a. für eine verstärkte Abstimmung nationaler Strategien in der Außenwissenschaftspolitik und einen Ausbau gemeinsamer europäischer Initiativen.
- \_ Bund und Länder sollten daran mitwirken, verbleibende rechtliche, administrative und steuerliche Hürden für wissenschaftliche Kooperationen, Mobilität und internationale Berufsbiographien in Europa abzubauen.
- \_ Der Wissenschaftsrat begrüßt nationale und europäische Förderprogramme, mit denen attraktive Forschungsumfelder in europäischen Staaten mit leistungs- bzw. ressourcenschwächeren Wissenschaftssystemen geschaffen werden können. Auf die bestehende Option, Mittel aus den europäischen Strukturfonds auch im Bereich von Forschung, Hochschule und Wissenschaft einzusetzen, könnten Zielregionen noch konkreter aufmerksam gemacht werden. Das EU-Forschungsrahmenprogramm kann zudem intensiver genutzt werden, um europäische Forschungs- und Infrastrukturprojekte mit Schwellen- und Entwicklungsländern gemeinsam umzusetzen.
- \_ Ein sehr geeignetes Instrument, um Europa für Studierende und Lehrende erfahrbar zu machen, sind Hochschulen mit einem spezifisch europäischen Profil. Denkbar ist ein breites Spektrum von bi- oder internationalen Studiengängen über gemeinsame Fakultäten mit europäischen Partnern sowie bi-nationale Kooperationen in Lehre und Forschung.
- \_ Der Wissenschaftsrat stellt die Idee der Europäischen Hochschule vor, an der Hochschulen jeden Typs ihre Entwicklung ausrichten können. Merkmal solcher Hochschulen oder Hochschulverbünde ist die europäische Ausrichtung, die sich auf jede Leistungsdimension beziehen kann, wobei die Hochschulen Schwerpunkte setzen und sich dem Ziel graduell annähern können. Eine Europäische Hochschule sollte strategische Partnerschaften mit anderen europäischen Hochschulen pflegen und kann mit diesen gemeinsam ein europäisches Hochschulnetzwerk aufbauen. Sie sollte ihren Studierenden eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte und Kultur Europas im globalen Kontext anbieten, und die Studierenden sollten sich mindestens zwei europäische Fremdsprachen und Systemwissen über mindestens zwei europäische Staaten aneignen können. Zudem sollten Auslandsaufenthalte integraler Bestandteil jedes Studiengangs sein. Die Vorschläge des Wissenschaftsrates verfolgen einen breiten Ansatz, denn die europäische Integra-

tion kann durch solche Europäischen Hochschulen besonders gut vorangetrieben werden.

Die Idee der Europäischen Hochschule ist *eine* Entwicklungsoption für die deutschen Hochschulen. Jedoch sind auch andere Formen der internationalen Profilbildung mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten denkbar.

Die Vielzahl der Präsenzen und Aktivitäten der deutschen Wissenschaft im Ausland ist geeignet, die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft bekannt zu machen und die einzelnen Einrichtungen mit ausländischen Partnern zu vernetzen. Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass das AA und die Wissenschaftsorganisationen derzeit ein Konzept dazu erarbeiten, mit welchen neuen Partnerländern durch den Aufbau von zusätzlichen Repräsentanzen, z. B. von DWIH, der wissenschaftliche Austausch gefördert werden sollte und welche Wirkungen damit erzielt werden könnten. Zur **besseren Nutzung der Auslandspräsenzen und -aktivitäten der deutschen Wissenschaft** empfiehlt er u. a. folgende Maßnahmen:

- \_ Es gibt im Ausland ein besonderes Interesse am deutschen Fachhochschulmodell. Daher sollten die Stärken dieses Hochschultyps international bekannter gemacht werden. Hierzu sollten zentrale Beratungskapazitäten z. B. beim DAAD aufgebaut werden.
- \_ Die deutschen Hochschulen sollten in interessierten Staaten verstärkt TNB-Angebote schaffen. Bestehende und zukünftige TNB-Vorhaben sollten an die vorliegenden nationalen Strategien anknüpfen und grundlegende europäische Werte (Wissenschaftsfreiheit, Hochschulautonomie, Meinungsfreiheit, Verantwortung, Toleranz, Solidarität) pflegen und schützen.
- \_ Bund, Länder und die Fördermittelgeber sollten eine längerfristige Unterstützung und Finanzierung erfolgreicher TNB-Angebote anstreben.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen haben mit Hilfe einer großen Vielfalt langjährig erprobter Instrumente, Einrichtungen und Programme ihre Internationalisierung in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich vorangetrieben und dabei einen beachtlichen Stand erreicht. Die strategische Verknüpfung der vorhandenen Einzelmaßnahmen im Sinne eines institutionellen Gesamtkonzepts befindet sich an vielen Einrichtungen noch in der Entwicklung. Der Wissenschaftsrat empfiehlt Hochschulen, die ihre **Internationalisierung gezielt weiterentwickeln** wollen:

- \_ den internationalen Reichtum und Erfahrungsschatz und die kulturelle Vielfalt ihres Personals und ihrer Studierenden zu nutzen, um sich teilweise oder umfassend international aufzustellen;

- \_ ihre Konzepte auf vorhandene Länder- und Regionalstrategien zu stützen, sie an neue weltpolitische Rahmenbedingungen anzupassen und mit einem langfristigen und nachhaltigen Finanzierungskonzept zu unterlegen.

Die Hochschulen sind aufgerufen, sich mit der Frage ihrer Internationalisierung auseinanderzusetzen. Sie können einzelne Elemente der Internationalisierung als besonders bedeutsam auswählen, sich aber auch bewusst gegen eine breit angelegte Internationalisierung entscheiden und stattdessen auf eine regionale Verankerung oder bi-nationale Partnerschaften setzen.

Hochschulen, die sich für eine umfassende Internationalisierung entscheiden, sollten die „**Internationalisierung zu Hause**“ als zentrales Element begreifen, um ihren Studierenden und ihrem Personal auch im Inland in gewissem Maße internationale Erfahrungen zu ermöglichen. Die „Internationalisierung zu Hause“ betrifft aber auch die Verfasstheit der Institution, die die Vielfalt internationaler Perspektiven nutzbringend einsetzen kann. Voraussetzung dafür ist die Beachtung zentraler Werte wie Toleranz, Verantwortung, Solidarität, kulturelle Vielfalt und Meinungsfreiheit, so dass eine offene Atmosphäre geschaffen wird. Dazu empfiehlt der Wissenschaftsrat insbesondere Folgendes:

- \_ Die Hochschulen sollten Lerngruppen national und kulturell gemischt zusammensetzen, die Curricula internationalisieren und ausreichend Kurse zur Vermittlung von Fremdsprachen und interkulturellen Kompetenzen anbieten. Sie sollten die internationalen Erfahrungen und (Sprach-)Kenntnisse ihres Personals gezielt einsetzen und weiterentwickeln und bei der Rekrutierung neuen Personals diese Qualifikationen stärker im Blick haben.

Ein wichtiger Aspekt der Internationalisierung ist die **Entwicklung einer institutionellen Sprachenpolitik**. Sie dient der Ausbildung mehrsprachiger und interkulturell kompetenter inländischer wie ausländischer Hochschulabsolventinnen und -absolventen für einen zunehmend international geprägten Arbeitsmarkt und trägt zur internationalen Sichtbarkeit und Attraktivität einer Hochschule bei. Mehrsprachigkeit ist zugleich Ausdruck der Internationalität von Wissenschaft, zumal in Europa. Den Hochschulen sind u. a. die folgenden Maßnahmen zu empfehlen:

- \_ Hochschulen, die sich für die Ausprägung eines internationalen Profils entscheiden, sollten als Teil der Internationalisierungsstrategie ein Sprachenkonzept erarbeiten, das zwischen Unterrichts-, Prüfungs-, Fach- und Verkehrssprache unterscheidet, disziplinäre Besonderheiten berücksichtigt und die Bereiche Lehre, Forschung und (Selbst-)Verwaltung der Hochschule einbezieht. Mehrsprachigkeit ist nicht gleichzusetzen mit einer möglichst weitgehenden Umstellung des Studienangebots auf die englische Sprache, die Sprachenwahl kann fachlich differenziert erfolgen. Die Beschäftigten der Verwaltung sollten über Englischkenntnisse verfügen.

- \_ Die Hochschulen sollten im Einklang mit ihrer Sprachenpolitik das allgemein- wie auch das fachsprachliche Kursangebot ausbauen. Solche Sprachkurse sollten in den Wahlbereichen der Studienprogramme als Studienleistung anrechenbar sein.
- \_ Hochschulen, die mehr internationale Studierende für sich gewinnen wollen und ihren Absolventinnen und Absolventen internationale Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen wollen, sollten ihr Angebot an fremdsprachigen Studiengängen und Studiengängen, die zu Gemeinsamen Abschlüssen oder Doppelabschlüssen mit ausländischen Hochschulen führen, ausbauen.
- \_ Die Hochschulen sollten die Lehrenden gezielt dabei unterstützen, in zwei Sprachen unterrichten und auch als Person mit einer anderen Muttersprache Lehrveranstaltungen auf Deutsch durchführen zu können. Durch die Einführung passiver Mehrsprachigkeit in der Gremienarbeit können ausländische Lehrende rasch in die akademische Selbstverwaltung einbezogen werden.
- \_ Hochschulen mit einem Sprachenkonzept sollten ihre Sprachausbildung professionalisieren und über ein leistungsstarkes Sprachenzentrum verfügen. Dafür bedarf es angemessen qualifizierten Personals, das in der Regel unbefristet beschäftigt werden sollte.

Die **Internationalisierung der Fachhochschulen (FH)** vollzieht sich unter anderen Rahmenbedingungen als die der Universitäten. Der Wissenschaftsrat begrüßt das geplante Förderprogramm des Bundes für die Fachhochschulen. Darüber hinaus empfiehlt der Wissenschaftsrat zur weiteren Internationalisierung der Fachhochschulen Folgendes:

- \_ Geeignete Anreize und Förderinstrumente sollten dafür sorgen, dass mehr Fachhochschulbeschäftigte aller Personalgruppen lehr-, forschungs- oder transferbezogene Auslandsaufenthalte absolvieren. Zur Erhöhung der Mobilität von Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen sollten Förderorganisationen sowie Bund und Länder bestehende Förderformate anpassen, damit sie von Antragstellerinnen und Antragstellern aus Fachhochschulen besser genutzt werden können, oder alternativ spezifische Förderangebote schaffen.
- \_ Die Fachhochschulen sollten mit Hilfe bestehender Förderprogramme verstärkt ausländische Gastdozentinnen und -dozenten aufnehmen, um ihr Studienangebot zu internationalisieren und Kooperationen in Lehre und Forschung anzustoßen. Bei der Personalrekrutierung sollten sie ein erhöhtes Augenmerk auf internationale Erfahrungen, Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenz legen.

- \_ Die Fachhochschulen sollten die Mobilität ihrer Studierenden gezielt fördern, indem sie in den Curricula Zeitfenster für Auslandsaufenthalte vorsehen und eingehend über Finanzierungsmöglichkeiten informieren.
- \_ Um die Vernetzung der Fachhochschulen mit in- und ausländischen Partnern aus Wissenschaft, Industrie sowie dem Gesundheits- und Sozialsektor zu befördern, sollten Foren und Netzwerke etabliert werden, die die Suche nach Partnern für die Umsetzung von Kooperationsideen erleichtern. Die deutschen TNB-Angebote können ebenfalls genutzt werden, um die Mobilität von FH-Studierenden zu erhöhen und die Internationalisierung dieses Hochschultyps voranzubringen.

In der **Mobilität** ist eine große „globale Vielfalt“ festzustellen: Deutsche Studierende und Lehrende steuern in ihren Auslandsaufenthalten unterschiedliche Länder, insbesondere in Europa, an und es gelingt den deutschen Hochschulen, Studierende und Lehrende aus vielen verschiedenen Staaten innerhalb und außerhalb Europas zu gewinnen. Dies ist eine Stärke des deutschen Wissenschafts-systems, die der Beziehungspflege zu vielen Staaten in der Welt dient und erhalten bleiben sollte. Ohne diese Stärke einzuschränken, bestehen bei der Mobilität in das Ausland und aus dem Ausland noch quantitative und qualitative Entwicklungsmöglichkeiten. Der Wissenschaftsrat spricht folgende Empfehlungen aus:

- \_ Zur Erhöhung der Mobilität deutscher Studierender: Die Hochschulen sollten u. a. Auslandsaufenthalte häufiger als verpflichtende Elemente in den Curricula vorsehen, mit ausländischen Partnereinrichtungen die volle Anerkennung erbrachter Studienleistungen vereinbaren und Informations- und Beratungsangebote zu vorhandenen Fördermöglichkeiten ausweiten. Um die Mobilität in bestimmte Zielländer zu unterstützen, sollten die Hochschulen ihre Kooperationen mit dortigen Partnerhochschulen ausbauen. Der Bund könnte gezielt nach Partnern für den Aufbau nationaler Erasmus-ähnlicher Programme außerhalb Europas suchen und so an der Ausgestaltung einer neuen Generation von Erasmus-Programmen federführend mitwirken.
- \_ Zur Steigerung der Mobilität des wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals: Unter anderem sollten verbleibende Hindernisse für die Durchlässigkeit wissenschaftlicher Berufsverläufe abgebaut werden, beispielsweise bei der tariflichen Einstufung oder der Altersversorgung. Der Bund sollte sich dafür einsetzen, dass die grenzüberschreitende Mitnahme eingeworbener Drittmittel nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit zwischen Staaten ermöglicht und die Förderung grenzüberschreitender Projekte vereinfacht wird, und für das nicht-wissenschaftliche Hochschulpersonal sollten angepasste Mobilitätsformate zum Einsatz kommen.

- \_ Zur Rekrutierung ausländischer Studierender: Die Hochschulen sollten die Auswahl ausländischer Studierender stärker für ihre strategische Profilierung nutzen, indem sie z. B. die Studierendenströme an ihre Hochschule kontinuierlich beobachten und analysieren und die Gewinnung von Studierenden durch gezieltes Marketing oder den Aufbau gemeinsamer Studiengänge besonders forcieren.
- \_ Zur Rekrutierung ausländischen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals: Die Hochschulen sollten ihre Attraktivität für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiter steigern, u. a. durch die Schaffung verlässlicher Karrierewege, Flexibilität bei der Dauer von Forschungs- und Lehraufenthalten und *dual career*-Angebote. Stellenangebote sollten stets international ausgeschrieben werden, in geeigneten Fällen auch für das nicht-wissenschaftliche Personal.
- \_ Zu geflüchteten Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern: Die Integration dieser Gruppen in Deutschland sollte weiter unterstützt werden. Bund, Länder und Hochschulen sollten außerdem dazu beitragen, in Krisenregionen verstärkt Unterstützungsangebote für geflüchtete und gefährdete Studierende sowie Forscherinnen und Forscher aufzubauen – wenn möglich in Kooperation mit Hochschulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort.

Die **Digitalisierung** kann als **strategisches Instrument für die Internationalisierung** von Lehre, Forschung, Transfer und Infrastrukturleistungen eingesetzt werden. Der Wissenschaftsrat spricht dazu u. a. folgende Empfehlungen aus:

- \_ Hochschulen, die sich im Bereich Studium und Lehre international aufstellen wollen, können Blended Learning-Angebote ausbauen oder digitale Lehrformate zur Umsetzung des „*international classroom*“ einsetzen, z. B. indem Studierendengruppen im In- und Ausland virtuell miteinander vernetzt werden.
- \_ Digitale Lehrangebote können in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit für den Kapazitätsaufbau im Ausland genutzt werden. Im Rahmen von Bildungsangeboten neuen Typs können sie z. B. geflüchteten Studierenden einen ortsunabhängigen Zugang zu tertiärer Bildung ermöglichen.
- \_ Die Fördereinrichtungen sollten Programme entwickeln, mit denen die Umsetzung innovativer Ideen zur Verknüpfung und gegenseitigen Verstärkung von virtuellen Angeboten zur Internationalisierung und physischer Mobilität finanziell unterstützt wird.
- \_ Bund und Länder sollten die notwendigen Ressourcen für den Aufbau der erforderlichen digitalen Infrastruktur an den Hochschulen bereitstellen und den Betrieb dieser Infrastrukturen nachhaltig unterstützen. Die Länder soll-

ten die staatlichen Hochschulen auch finanziell in die Lage versetzen, digitale Lehrangebote und Prüfungsformate zu entwickeln und einzusetzen.

Die Aufgaben und Erwartungen an die Hochschulen in der Internationalisierung haben in den vergangenen Jahren zugenommen und die Hochschulen sind diesen neuen Anforderungen bereits in großem Umfang gerecht geworden; damit hat ihre Internationalisierung in quantitativer und qualitativer Hinsicht eine neue Dimension erreicht. Gleichzeitig sind die finanziellen Spielräume der Hochschulen für diese wichtige Querschnittsaufgabe äußerst begrenzt. Internationalisierungsaktivitäten werden vielfach aus Projektmitteln finanziert, was die Nachhaltigkeit vieler Maßnahmen gefährdet. Der Wissenschaftsrat hält eine Anpassung der bestehenden Förderstrukturen an den gestiegenen Bedarf für nötig und spricht zur **Finanzierung der Internationalisierung** die folgenden Empfehlungen aus:

- \_ Internationalisierungsstrategien sollten langfristig, nicht nur durch befristete Projekte, finanzierbar sein. Die Länder sollten für eine auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen sorgen, die dies ermöglicht. Die Internationalisierung sollte, soweit noch nicht der Fall, als Leistungsbereich in die Zielvereinbarungen zwischen Ländern und Hochschulen aufgenommen werden.
- \_ Die Ausstattung der bewährten Fördereinrichtungen, v. a. des DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), sollte verbessert werden. Fördereinrichtungen sollten zusätzliche Mittel für den Bereich Internationales bereitstellen, wenn in Projektanträgen entsprechende Maßnahmen vorgesehen sind.
- \_ Der Bund sollte sich dafür einsetzen, dass die angekündigten Erhöhungen der Mittel für das 9. Forschungsrahmenprogramm und Erasmus+ umgesetzt werden. Die deutschen Hochschulen sollten die europäischen Förderprogramme noch stärker nutzen, z. B. für den Aufbau von TNB-Angeboten.
- \_ Oftmals höherwertige Aufgaben im Zusammenhang mit der Internationalisierung erfordern eine entsprechende Vergütung des dafür zuständigen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals. Dies sollte bei den Mittelzuweisungen der Länder an die Hochschulen wie auch in den Programmen der Fördermittelgeber berücksichtigt werden.

---

# A. Zentrale Herausforderungen und Handlungsfelder

Bedingt durch die zunehmenden globalen Verflechtungen und parallel zu ähnlichen Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern ist die Internationalisierung der Wissenschaft in Deutschland in den vergangenen Jahren rasch vorangeschritten. Durch die Entstehung neuer Wissenschaftsgesellschaften in verschiedenen Teilen der Welt, die neue Kooperationspartner in Lehre und Forschung hervorbringen, hat die Internationalisierung für die deutschen Hochschulen und Forschungsinstitute an Bedeutung gewonnen. Dazu gehört auch, dass sie einem gestiegenen internationalen Wettbewerb und Konkurrenzdruck ausgesetzt sind. Der Wissenschaftsrat hat diese zunehmende Internationalisierung des deutschen Wissenschaftssystems in den vergangenen 25 Jahren wiederholt kommentiert und mit Empfehlungen begleitet. |<sup>1</sup>

|<sup>1</sup> Vgl. z. B. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen (Drs. 727-92), Berlin Mai 1992; Empfehlungen zur Einführung neuer Studienstrukturen und -abschlüsse (Bakalaureus/Bachelor – Magister/Master) in Deutschland, Berlin 2000; Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im Europäischen Forschungsraum, Köln 2010; Stellungnahme zur Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), Bonn, und zur Förderung des internationalen wissenschaftlichen Personentransfers in Deutschland (Drs. 3445-13), Mainz Oktober 2013; Empfehlungen zur Gewinnung, Integration und Qualifizierung internationaler Studierender. Dritter Teil der Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (Drs. 5437-16), Kiel Juli 2016. Der Wissenschaftsrat hat sich der Internationalisierung vorwiegend mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems in Forschung und Lehre gewidmet, diesen Ansatz aber in jüngerer Zeit selbst kritisch reflektiert, z. B. mit Blick auf den „stärker von politischen Rahmenbedingungen geprägte[n] Prozess der Europäisierung“, bei dem Internationalisierung und „Wissenschaftspolitik deutlich im Dienst einer ökonomischen und politischen Zielsetzung“ stünden (s. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im Europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 18 und 30). In geringerem Maße hat sich der Wissenschaftsrat auch der kooperativen Dimension der Internationalisierung zugewandt, insbe-



Die Internationalisierung der Wissenschaft hat immer auch eine politische Dimension. Staaten beschreiten dabei unterschiedliche Wege und legen verschiedene Werteorientierungen zugrunde, z. B. im Hinblick auf die Wissenschaftsfreiheit, die Autonomie der Hochschulen oder die Herangehensweise an internationale Partnerschaften, die stärker wettbewerblich oder stärker kooperativ geprägt sein kann. In der Zusammenarbeit mit anderen Staaten können derartige Unterschiede Herausforderungen darstellen.

Eine zunehmende globale Mobilität führt ferner dazu, dass sich Krisen und politische Umbrüche in einzelnen Ländern unmittelbarer als früher auf das deutsche Wissenschaftssystem auswirken. Zusätzlich zu einer steigenden Anzahl von Studierenden, Studieninteressierten sowie Lehrenden und Forschenden, die internationale Mobilität als Teil ihrer Ausbildung oder Berufstätigkeit schätzen, suchen zunehmend auch solche, die aus ihren Heimatländern geflüchtet sind oder sich günstigere Studien- und Arbeitsbedingungen erhoffen, an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten eine Perspektive für ihre Ausbildung und Berufsausübung.

Schließlich haben in den letzten zwei Jahrzehnten auch innerdeutsche Entwicklungen zu veränderten Rahmenbedingungen geführt. Die Autonomie der Hochschulen ist gewachsen. Die Ausdifferenzierung der Hochschulen ist durch verschiedene Faktoren vorangetrieben worden, z. B. eine heterogener werdende Studierendenschaft, die Exzellenzinitiative und einen zunehmenden Anteil von Studierenden an Fachhochschulen. |<sup>2</sup> Damit sind die Erwartungen an die Hochschulen gestiegen, ein individuelles Profil auszuprägen, das auch ihre strategische Positionierung in Bezug auf ihre internationale Ausrichtung umfasst.

Angesichts des Umfangs und der Bedeutung der Internationalisierung erscheint es daher seitens der deutschen Hochschulen und Forschungsinstitute wie auch der politischen Akteure und der Förderorganisationen notwendig, Ziele und Erwartungen sowie vorhandene Strategien und Instrumente der Internationalisierung in Bezug auf ihre Wirksamkeit und Herausforderungen für Lehre, Forschung, Transfer und Infrastruktur zu überdenken. Insbesondere die Veränderungen auf der „wissenschaftlichen Weltkarte“ sind darüber hinaus der Anlass für den Wissenschaftsrat, sich mit der Internationalisierung der Hochschulen erneut auseinanderzusetzen.

sondere in den Leistungsdimensionen Transfer und Infrastrukturleistungen (s. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im Europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 119).

|<sup>2</sup> Ungeachtet der Tatsache, dass viele deutsche Fachhochschulen als „Hochschulen“, „Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW)“, „Technische Hochschulen“ (TH) oder „Universities of Applied Sciences“ (UAS) firmieren, werden sie im Folgenden unter dem Begriff der Fachhochschulen zusammengefasst.

Es lässt sich unterscheiden zwischen der Internationalisierung und der Internationalität von Wissenschaft. Internationalität ist ein „wesentliches Merkmal der Wissenschaft“, das „auf dem Anspruch einer universellen Geltung ihrer Aussagen“ beruht. Wissen als das grundlegende Element von Wissenschaft ist per definitionem international; eine Beschränkung von Wissen auf einen nationalen Kontext erscheint aus wissenschaftlicher Sicht nicht möglich. Die internationale Zusammenarbeit und der grenzüberschreitende und uneingeschränkte Austausch von Ideen, Wissen und Personen sind aus Sicht der Wissenschaft „grundlegende Voraussetzungen für die Generierung und Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis“. |<sup>3</sup>

Davon abzugrenzen ist die Internationalisierung der Wissenschaft als ein Prozess zunehmender grenzüberschreitender Aktivitäten und länderübergreifender Kooperationen. |<sup>4</sup> Inhaltlich beschreibt die Internationalisierung die Gegenstände bzw. Methoden und Kulturen der Wissenschaft: Forschung kann sich mit Gegenständen im Ausland oder im überstaatlichen Raum befassen, die Methoden oder Diskurse können mehr oder weniger international geprägt sein. In institutioneller Hinsicht bezieht sich die Internationalisierung auf international tätige wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Einrichtungen und Verbände, Allianzen und Verbünde von Hochschulen und Forschungseinrichtungen oder internationale Programme der Forschungsförderung. |<sup>5</sup> Die Internationalisierung hat schließlich auch Auswirkungen auf individueller Ebene.

Vorangetrieben wird die Internationalisierung zum einen von der Entwicklung der Wissenschaft selbst. Forschung wird vermehrt mit Partnern jenseits der eigenen Staatsgrenzen gemeinsam oder arbeitsteilig betrieben, u. a. aus Gründen zunehmender Spezialisierung. Die zunehmende Komplexität und multidisziplinäre Natur der Fragestellungen, z. B. bei großen gesellschaftlichen Herausfor-

|<sup>3</sup> Wissenschaftsrat: Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems, Köln 2013, S. 18.

|<sup>4</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im Europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 17.

|<sup>5</sup> Z. B. *Science Europe*, der Europäische Forschungsrat (ERC), die *European University Association* (EUA), die *Academic Cooperation Association* (ACA), die *League of European Research Universities* (LERU), das *Young European Research Universities Network* (YERUN), die *Coimbra Group*, die *IDEA League*, *The Guild of European Research-Intensive Universities*, die *African Research Universities Alliance* (ARUA), die *International Association of Universities* (IAU), die *Mediterranean Universities Union* (Unimed), das *Network of Universities from the Capitals of Europe* (UNICA), das *International Network of Universities* (INU), das *Worldwide Universities Network* (WUN) oder das *Utrecht Network*. Zur zunehmenden Relevanz internationaler Entwicklungen für regionale und nationale Wissenschaftspolitiken vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im Europäischen Forschungsraum, Köln 2010, S. 20 f.

derungen, erfordert divers und international zusammengesetzte Forschergruppen und den Einbezug unterschiedlicher Perspektiven, um innovative und tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Auch für den Aufbau spezieller Forschungsinfrastrukturen werden aufgrund der Ausdifferenzierung der Disziplinen und aus Kostengründen internationale Kooperationen angestrebt. |<sup>6</sup> Zum anderen gibt es wissenschaftsexterne Triebkräfte, wie die Globalisierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Migrationsbewegungen, den demographischen Wandel, den technologischen Fortschritt sowie die Internationalisierung von Bildungs- und (wissenschaftlichen) Arbeitsmärkten oder von anderen Politikfeldern, die auf die Wissenschaft und die Wissenschaftspolitik zurückwirken und ihre Internationalisierung befördern. Begünstigt wird die Internationalisierung auch durch die Herausbildung des Englischen als Lingua franca. Sowohl bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen wie auch bei der Sprachenwahl für Studienangebote ist weltweit eine starke Tendenz zur Verwendung des Englischen zu beobachten. Dies vergrößert zwar die Reichweite von Publikationen und macht Studienangebote für einen breiteren Adressatenkreis attraktiv, birgt aber auch die Gefahr einer Reduzierung sprachlicher Vielfalt und stellt eine Herausforderung für die Ausdrucksfähigkeit von Forschenden, Lehrenden und Studierenden dar, die Englisch als Fremdsprache erlernt haben. Mit diesen Entwicklungen müssen die wissenschaftlichen Einrichtungen und die politischen Akteure aktiv umgehen.

Internationalisierung ist für die Wissenschaft ein Mittel zur Sicherstellung und Erhöhung der Qualität von Forschung und Lehre: Durch den internationalen Austausch und Diskurs können Methoden und Theorien erweitert und Forschungsergebnisse abgesichert werden, ebenso kann die Einbeziehung verschiedener Perspektiven die Lehre bereichern und den Studienerfolg im Sinne der Trias (Fach-)Wissenschaft, Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarkt Vorbereitung |<sup>7</sup> unterstützen. Mit der Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulen verfolgen die politischen und wissenschaftlichen Akteure neben wissenschaftsintrinsischen aber auch politische, soziale und wirtschaftliche Ziele. Zu diesen Zielen zählen die Erhöhung der akademischen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sowie der Reputation der Wissenschaft und des nationalen Wissenschaftssystems, die Stärkung der Innovationskraft und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Ebenso zählt hierzu die Beachtung von Werten, unter denen Toleranz, Verantwortung, Solidarität, kulturelle Vielfalt und Meinungsfreiheit von besonderer Bedeutung sind. Die Internationalisierung kann

|<sup>6</sup> Dies betrifft nicht nur kostenintensive Großgeräte, sondern auch Sammlungen, Archive, Bibliotheken und Datennetze.

|<sup>7</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum Verhältnis von Hochschulbildung und Arbeitsmarkt. Zweiter Teil der Empfehlung zur Qualifizierung von Fachkräften (Drs. 4925-15), Bielefeld Oktober 2015, S. 9.

als Instrument der Diplomatie eingesetzt werden, indem mit Hilfe von bildungs- und wissenschaftsbezogenen Aktivitäten der Austausch und Dialog zwischen Deutschland und seinen Partnerländern gepflegt wird. Wissenschaftliche, politische und wirtschaftliche Ziele können nebeneinander bestehen, sie können aber auch divergieren und damit Zielkonflikte hervorrufen. Die Internationalisierung von Wissenschaft entwickelt sich damit in einem Spannungsfeld vielfältiger Ziele und unter Mitwirkung der verschiedenen, hinter diesen Zielen stehenden Akteure.

Träger der Internationalisierung in Hochschulbildung und Forschung sind die wissenschaftlichen Einrichtungen, in erster Linie Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, aber auch Institutionen der Wissenschaftsförderung. Dafür steht ihnen und den politischen Akteuren eine große Vielfalt langjährig erprobter Instrumente, Einrichtungen und Programme zur Verfügung, mit deren Hilfe die Internationalisierung des deutschen Wissenschaftssystems in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich vertieft wurde und einen beachtlichen Stand erreicht hat. Die deutschen Hochschulen definieren und verfolgen ihre Ziele in der Internationalisierung weitgehend eigenständig. Dass im deutschen Kontext – wie in anderen pluralistischen Gesellschaften – folglich unterschiedliche wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Akteure ihre jeweils eigenen Ziele mit der Internationalisierung der Wissenschaft verfolgen, führt zu einer Komplexität, die nach außen kommuniziert und nach innen koordiniert werden muss.

Hinzu kommt, dass die verschiedenen Akteure des deutschen Wissenschaftssystems einen unterschiedlichen Stand der Internationalisierung erreicht haben. Einige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen genießen international große Sichtbarkeit und verzeichnen hohe Anteile ausländischen Personals. Mehrere Universitäten sind u. a. durch die Exzellenzinitiative international sichtbarer geworden und haben sich stärker internationalisiert, andere sind im Ausland bisher weniger bekannt. Einige Fachhochschulen sind bereits sehr international aufgestellt. Die Mehrzahl der Fachhochschulen verfügt jedoch nicht über die Vernetzungsinstrumente und die Ressourcen, um sich im Ausland bekannter zu machen – und dies trotz des Interesses vieler Staaten am deutschen Modell der anwendungsorientierten Ausbildung (s. Kap. A.III.2).

Schließlich können die genannten Akteure die Internationalisierung in kooperativer Absicht und zum Nutzen aller beteiligten Partner betreiben oder aber in wettbewerblicher Absicht agieren, beispielsweise um einen Vorteil gegenüber anderen Staaten, wissenschaftlichen Einrichtungen oder einzelnen Forschenden zu erzielen. Es können auch beide Motive gleichzeitig zum Tragen kommen. Die unterschiedlichen Gewichtungen können zu Spannungen zwischen den beteiligten Akteuren führen, aber auch erhebliche Synergien schaffen.

## II.1 Veränderungen der wissenschaftspolitischen Weltkarte

Der weltpolitische Kontext, innerhalb dessen sich die Internationalisierung von Wissenschaft vollzieht, ist von Konstanten und einigen zentralen Veränderungen geprägt. Die Wissenschaft profitiert in Deutschland und vielen anderen europäischen Staaten seit geraumer Zeit weitgehend unverändert von einer unterstützenden und offenen Haltung seitens der Politik und Gesellschaft. Die Wissenschaft einschließlich ihrer internationalen Aktivitäten genießt weiterhin hohes Ansehen. Sie wird als Treiber gesellschaftlichen Fortschritts gesehen und oftmals zur Lösung großer gesellschaftlicher Probleme herangezogen. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen werden finanziell und immateriell unterstützt, dies gilt auch für Maßnahmen zu ihrer Internationalisierung. Der internationale Austausch wird auch als Mittel der politischen Verständigung und des besseren Verständnisses kultureller Besonderheiten angesehen und gefördert, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des europäischen Einigungsprozesses.

Der Bedeutungszuwachs, den die Wissenschaft weltweit erfahren hat, ist an den zum Teil hohen Investitionen in die Wissenschaft ablesbar. Einige Staaten, wie z. B. China, haben die Entwicklung ihrer Wissenschaftssysteme und ihre Internationalisierung unter Einsatz großer finanzieller Ressourcen in kurzer Zeit auf beeindruckende Weise vorangetrieben. Ihre wissenschaftlichen Einrichtungen sind heute in vielen Bereichen sehr gut aufgestellt. |<sup>8</sup> Mit der gestiegenen Wert-

|<sup>8</sup> In China wurde die Anzahl der staatlich anerkannten Hochschulen seit den 1990er Jahren auf 3.321 verdreifacht und die Gesamtzahl der Studierenden mehr als verachtfacht. Der Zugang zur tertiären Bildung liegt mit mehr als 26 % eines Jahrgangs auf einem für ein Schwellenland sehr hohen Niveau. Dieser rasante Ausbau wurde mit beträchtlichen Investitionen unterstützt und ist nun in eine Konsolidierungsphase übergegangen (DAAD: China. Kurze Einführung in das Hochschulsystem und die DAAD-Aktivitäten, 2017). In Indien hat sich die Anzahl der Universitäten und *Colleges* zwischen 2008 und 2017 von 471 auf 757 bzw. von 22 Tsd. auf rund 38 Tsd. erhöht (DAAD: Indien. Kurze Einführung in das Hochschulsystem und die DAAD-Aktivitäten, 2017). Auch Malaysia hat im Zuge eines schnellen Wandels hin zu einer Industrienation in den vergangenen 20 Jahren sein Hochschulsystem stark ausgebaut und ist inzwischen ein interessanter Partner für den Studierendenaustausch und den Aufbau von deutsch-malaysischen Doppelabschlussprogrammen (DAAD: Malaysia. Kurze Einführung in das Hochschulsystem und die DAAD-Aktivitäten, 2017). Trotz großer Herausforderungen im Bereich der Hochschulbildung (ungleiche Bildungschancen, gestiegene Studiengebühren, geringe Zahl an Promotionen usw.) verfügt Südafrika über eine international konkurrenzfähige Hochschullandschaft und hat damit eine Schlüsselstellung auf dem afrikanischen Kontinent inne. Das Hochschulsystem wurde seit dem Ende der Apartheid grundlegend reformiert. Der Anteil der staatlichen Zuschüsse für die Universitäten ist zwischen dem Beginn des Jahrtausends und 2015 zwar von 49 % auf 40 % gesunken, die Regierungsausgaben für Forschung an südafrikanischen Hochschulen sind jedoch in den Jahren 2007 bis 2012 um 450 % gestiegen (DAAD: Südafrika. Daten und Analysen zum Hochschul- und Wissenschaftsstandort, 2016; DAAD: Südafrika. Kurze Einführung in das Hochschulsystem und die

schätzung und Unterstützung für Wissenschaft auch in diesen Staaten vollziehen sich auf der wissenschaftlichen Weltkarte Gewichtverschiebungen. Zum einen gewinnen die deutschen Wissenschaftseinrichtungen damit neue Partner für Kooperationen in Lehre und Forschung hinzu, zum anderen ist die zum Teil beachtliche Strategiefähigkeit, die Investitionsbereitschaft und Veränderungsgeschwindigkeit dieser Länder eine Herausforderung für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen und europäischen Wissenschaft und die Reaktionsfähigkeit der wissenschaftspolitischen Akteure.

Gleichzeitig gehen aktuell weltpolitische Veränderungen innerhalb und außerhalb Europas vor sich, die eine freie, grenzüberschreitende Wissenschaft beeinträchtigen, die Internationalisierung erschweren und die Akteure des Wissenschaftssystems vor Herausforderungen stellen. In mehreren Staaten innerhalb wie außerhalb Europas sind Tendenzen zur Abkehr vom liberalen und weltoffenen Gesellschaftsverständnis und ein Erstarren von Nationalismus zu beobachten. Alarmierend wirkt, dass in einigen Staaten die Hochschulautonomie beschnitten und die Wissenschaftsfreiheit durch Zensur und Berufsverbote eingeschränkt werden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler staatlichen Sanktionen ausgesetzt sind oder ohne rechtstaatliche Verfahren inhaftiert werden. |<sup>9</sup> Dies sind deutlich erschwerte Bedingungen für die freie Ausübung von Wissenschaft, für die neben der institutionellen Autonomie und einer adäquaten Förderung auch ungehinderte Mobilität, freier Ideenaustausch und der uneingeschränkte Zugriff auf Daten und Forschungsinfrastrukturen elementare

DAAD-Aktivitäten, 2017). Der Iran hat eine wissenschaftliche Vormachtstellung in dieser Weltregion; trotz zum Teil schwieriger politischer Entwicklungen baut das Land seinen Hochschulsektor stetig weiter aus und kann auch in der Forschung Erfolge vorweisen. Deutschland ist für den Iran der wichtigste strategische Partner, noch vor China, Russland und dem anglophonen Raum (DAAD: Iran. Kurze Einführung in das Hochschulsystem und die DAAD-Aktivitäten, 2016). In Lateinamerika verfügt Brasilien über einige sehr erfolgreiche nationale Forschungseinrichtungen und renommierte Hochschulen. Seit Auflage des Programms *Ciência sem Fronteiras* im Jahr 2012 haben sich die Kooperationen zwischen deutschen und brasilianischen Hochschulen auf 568 verdoppelt (DAAD: Brasilien. Kurze Einführung in das Hochschulsystem und die DAAD-Aktivitäten, 2016).

|<sup>9</sup> Das *Scholars at Risk*-Netzwerk (SAR) analysiert in seinem Bericht „*Free to Think 2017*“ eine Auswahl von 257 Angriffen in 35 Ländern auf Forschende, Studierende und wissenschaftliche Einrichtungen. Zu diesen Angriffen im Zeitraum von September 2016 bis August 2017 zählen Mord, körperliche Gewalt und plötzliches Verschwinden sowie Inhaftierungen, Strafverfolgungen, Stellenverlust, Reisebeschränkungen oder systemische Vorfälle wie Hochschulschließungen oder militärische Besetzungen von Hochschulcampi (vgl. *Free to Think 2017, Report of the Scholars at Risk Academic Freedom Monitoring Project*, <https://www.scholarsatrisk.org/wp-content/uploads/2017/09/Free-to-Think-2017.pdf>, letzter Zugriff: 09.11.2017). Die erfassten Ereignisse werden dem Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gemeldet und von SAR verifiziert.

Voraussetzungen sind. |<sup>10</sup> Darüber hinaus gibt es Staaten, in denen zwar keine direkten Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit erfolgen, jedoch eine zunehmende Skepsis gegenüber der Wissenschaft als solcher und ihren Ergebnissen sowie eine Geringschätzung wissenschaftlicher, kosmopolitisch ausgerichteter Eliten in Politik und Gesellschaft wahrnehmbar sind. Wissenschaftliche Ergebnisse werden instrumentalisiert oder grundsätzlich nicht akzeptiert und ihre Vertreterinnen und Vertreter sind Anfeindungen ausgesetzt. Solche Vertrauensverluste haben Folgen für die öffentliche Förderung der Wissenschaft und für die Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Darüber hinaus werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vielfach auch in ihrer freien Meinungsäußerung behindert. Derartige Einschränkungen der politischen Freiheiten sind schwieriger im Rahmen einer Außenwissenschaftspolitik zu adressieren als wissenschaftsbezogene Hindernisse.

Neben diesen graduellen Veränderungen sind in der jüngeren Zeit auch abrupte Brüche zu verzeichnen, die erschwerte Bedingungen für die Wissenschaft zur Folge hatten und haben, indem sie den internationalen Austausch oder Fördermöglichkeiten einschränken. Eine solche mögliche Zäsur ist der angekündigte Brexit. Auch massive Kürzungen der Wissenschaftsförderung |<sup>11</sup> sowie deutlich gestiegene Studiengebühren |<sup>12</sup> in einigen Staaten wirken sich nachteilig auf die Ausübung von Wissenschaft und die internationale Zusammenarbeit aus. Alle diese Veränderungen sind nicht ohne Rückwirkung für wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland. Sie werfen Fragen bezüglich ihrer Internationalisierung auf, z. B. zum Umgang mit wissenschaftlichen Partnern unter geänderten politischen Vorzeichen bei Aktivitäten im Inland wie auch im Ausland.

Neben den genannten Veränderungen und Konstanten sind auch die unterschiedlichen Motive von Bedeutung, die Staaten mit ihren Strategien für die In-

|<sup>10</sup> Auch die für Hochschulbildung zuständigen Ministerinnen und Minister der 48 Unterzeichnerländer der Bologna-Erklärung nahmen die Gefährdung dieser Werte jüngst zur Kenntnis und betonten ihre große Bedeutung für den Europäischen Hochschulraum: „*Academic freedom and integrity, institutional autonomy, participation of students and staff in higher education governance, and public responsibility for and of higher education form the backbone of the EHEA [European Higher Education Area]. Having seen these fundamental values challenged in recent years in some of our countries, we strongly commit to promoting and protecting them in the entire EHEA through intensified political dialogue and cooperation.*“, Abschlusserklärung des 10. Ministertreffens nach Bologna, 25. Mai 2018, S. 1 (<http://www.ehea2018.paris/Data/ElFinder/s2/Communique/EHEAParis2018-Communique-final.pdf>, letzter Zugriff: 08.06.2018).

|<sup>11</sup> *European University Association: Public Funding Observatory Report 2017, December 2017* ([http://eua.be/Libraries/governance-autonomy-funding/eua-pfo-report-december-2017.pdf?sfvrsn=2?utm\\_source=webpage&utm\\_medium=publication&utm\\_name=publication-webpage-12-12-2017](http://eua.be/Libraries/governance-autonomy-funding/eua-pfo-report-december-2017.pdf?sfvrsn=2?utm_source=webpage&utm_medium=publication&utm_name=publication-webpage-12-12-2017), letzter Zugriff: 06.04.2018).

|<sup>12</sup> DAAD: Vereinigtes Königreich. Daten und Analysen zum Hochschul- und Wissenschaftsstandort, 2017, S. 8.

ternationalisierung der Wissenschaft verfolgen. Drei dominante Beweggründe werden diskutiert: wirtschaftliche Nutzenerwägungen, politische Ziele (z. B. Staats- und Nationsbildung und -entwicklung) und sozio-kulturelle Ziele (z. B. interkultureller Austausch und Verständigung oder auch Entwicklungszusammenarbeit). |<sup>13</sup> Auch wird zwischen verschiedenen Konzepten von Hochschulen differenziert, die national unterschiedlich ausgeprägt sein bzw. gewichtet werden können, – die Hochschule als „durch Spielregeln gesteuerte Gemeinschaft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“, als „Instrument für die Umsetzung politischer Agenden“, als „repräsentative Demokratie“ oder als „Dienstleistungsunternehmen in einem wettbewerbsgesteuerten Markt“. |<sup>14</sup> Mit diesen Konzepten sind ebenfalls unterschiedliche Ansätze für die Internationalisierung verbunden. |<sup>15</sup>

Von der Entstehung neuer Partner im internationalen Wissenschaftssystem, den Einschränkungen der freien Wissenschaftsausübung in Staaten innerhalb und außerhalb Europas und den unterschiedlichen Motiven für die Internationalisierung sind die Disziplinen in unterschiedlichem Maße und auf verschiedene Weise betroffen. Die Geistes- und Sozialwissenschaften geraten dort, wo der Fokus verstärkt auf der wirtschaftliche Verwertbarkeit der Forschung liegt, unter Rechtfertigungsdruck. Auch unterliegen sie dort, wo die Wissenschaftsfreiheit politisch eingeschränkt wird, aus ideologischen Gründen häufiger Einschränkungen von staatlicher Seite. Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass auch in Deutschland aus ethischen Gründen Einschränkungen für bestimmte Forschungsgebiete gelten, während diese andernorts nicht bestehen. |<sup>16</sup> Auch diese Unterschiede wirken sich auf die deutschen Hochschulen und ihre Internationalisierung aus.

## II.2 Wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa

Seit den 1980er Jahren hat sich die wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa von einer eher randständigen, meist von einzelnen Hochschulen initiierten Aktivität zu einem zentralen, institutionalisierten Bestandteil der Internationalisierung deutscher Hochschulen entwickelt. Ein stetig wachsender Teil der po-

|<sup>13</sup> Vgl. Knight, J.: *Internationalization Remodeled: Definition, Approaches, and Rationales*, in: *Journal of Studies in International Education*, Vol. 8 No. 1, 2004, S. 21 ff.

|<sup>14</sup> Im englischen Original „a rule-governed community of scholars“, „an instrument for national political agendas“, „a representative democracy“ und „a service enterprise embedded in competitive markets“ (Olsen, J. P.: *The institutional dynamics of the European university*, in: Maassen, P.; Olsen, J. P. (Hrsg.): *University dynamics and European integration* (S. 25-55), Dordrecht (NL), Springer, S. 30).

|<sup>15</sup> Ebd.

|<sup>16</sup> Z. B. Pharmaforschung, reproduktionsmedizinische Forschung, sicherheitsrelevante Forschung, Militärforschung.



litischen, wissenschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen dieser Internationalisierung wird auf europäischer Ebene gesetzt. Dazu wurden innerhalb der EU Strukturen und Programme entwickelt. Zudem hat die Europäische Kommission zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten eine Arena geschaffen, in der gemeinsame politische Ziele vereinbart und umgesetzt werden können, wie z. B. die Ausrichtung der tertiären Bildung an gemeinsamen Qualitätsstandards. Für die deutschen Hochschulen ist der Auf- und Ausbau des Europäischen Forschungsraums sowie des Europäischen Hochschulraums daher eine wesentliche Grundlage ihrer Internationalisierung.

Die weltpolitischen Entwicklungen und die Veränderungen der wissenschaftspolitischen Landkarte haben die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit für die deutschen Hochschulen weiter verstärkt. Eine wichtige Herausforderung besteht darin, die bisher schon sehr gute Zusammenarbeit weiter zu strukturieren und zu stärken. Die Europäische Kommission ruft dazu auf, die europäische Hochschul- und Forschungszusammenarbeit mit Zielen wie der Vermittlung der kulturellen Vielfalt und des kulturellen Erbes Europas, der Wertschätzung der gemeinsamen Grundrechte und der offenen Gesellschaft als Grundlage für eine aktive Bürgerschaft zu verbinden. |<sup>17</sup> Die Rede des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron im Herbst 2017, in der er u. a. die Schaffung europäischer Universitäten vorschlug (s. u.), hat dazu einen wichtigen Impuls gegeben.

In der Forschungspolitik verfügt die EU gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten über eine formale Kompetenz. |<sup>18</sup> Der EFR soll den freien Austausch von Wissen über Grenzen hinweg ermöglichen und damit wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt in der EU unterstützen. Das zentrale Instrument ist die europäische Forschungsförderung – die mehrjährigen EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation, derzeit das 8. Rahmenprogramm „Horizont 2020“, einschließlich der Förderung durch den Europäischen Forschungsrat (ERC). Horizont 2020 beinhaltet drei wesentliche Ziele bzw. förderprogrammatische Säulen: wissenschaftliche Exzellenz, eine europäische Führungsrolle in der Industrie und die Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen. Das Ziel einer weltweit führenden Position der EU in der Wissenschaft ist mit einem Budget in Höhe von 24,4 Mrd. Euro unterlegt, die industrielle Forschung wird

|<sup>17</sup> Vgl. Europäische Kommission: *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Strengthening European Identity through Education and Culture. The European Commission's contribution to the Leaders' meeting in Gothenburg, 17 November 2017, Strasbourg, 14.11.2017, COM (2017) 673 final* ([https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-strengthening-european-identityeducation-culture\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-strengthening-european-identityeducation-culture_en.pdf), letzter Zugriff: 24.04.2018).

|<sup>18</sup> S. Artikel 179 bis 190 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).

mit 17,01 Mrd. Euro unterstützt |<sup>19</sup> und weitere 29,68 Mrd. Euro werden für die wissenschaftliche Bearbeitung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen in Europa bereitgestellt. |<sup>20</sup> Die 2012 für die europäische Wissenschaft beschriebenen fünf prioritären Handlungsfelder umfassen effektivere nationale Forschungssysteme, eine optimale länderübergreifende Zusammenarbeit und entsprechenden Wettbewerb, einen offenen Arbeitsmarkt für Forscherinnen und Forscher, Gleichstellung der Geschlechter sowie den optimalen Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen, ihres Zugangs und Transfers. Darüber hinaus wurde nachträglich die Zusammenarbeit mit Drittstaaten als weitere Priorität bei der Umsetzung des EFR aufgenommen. |<sup>21</sup> Gemeinsame europäische Forschungsprojekte und -infrastrukturen werden im *European Strategy Forum on Research Infrastructures* (ESFRI) geplant. Die Initiativen der *Joint Programming Initiatives* (JPI) zielen auf die gemeinsame Bewältigung der großen gesellschaftlichen, europäischen bzw. globalen Herausforderungen durch eine bessere Koordinierung der europäischen Forschung. Zudem wurden im Rahmen von Horizont 2020 *European Network of Research and Innovation Centres and Hubs* (ENRICH) als Konsortien zwischen europäischen Forschungseinrichtungen und

|<sup>19</sup> Dies umfasst Investitionen in Schlüsseltechnologien in Höhe von 13,5 Mrd. Euro sowie die Vereinfachung des Zugangs zu Kapital und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (s. [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuld=FTU\\_2.4.5.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuld=FTU_2.4.5.html), letzter Zugriff: 24.04.2018).

|<sup>20</sup> Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlergehen; Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft, marine und maritime Forschung und Biowirtschaft; sichere, saubere und effiziente Energie; intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr; Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Rohstoffe; Europa in einer sich verändernden Welt – integrative, innovative und reflektierende Gesellschaften; sichere Gesellschaften, Schutz der Freiheit und Sicherheit Europas und seiner Bürger (s. ebd.).

|<sup>21</sup> Europäische Kommission: Eine verstärkte Partnerschaft im Europäischen Forschungsraum im Zeichen von Exzellenz und Wachstum (COM(2012) 392 final), Brüssel, 17.07.2012, [https://ec.europa.eu/research/era/pdf/era-communication/era-communication\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/research/era/pdf/era-communication/era-communication_de.pdf) (letzter Zugriff: 02.01.2018). Die Prioritäten sind mit konkreten Handlungsanforderungen an die Europäische Kommission, die EU-Mitgliedstaaten, die wissenschaftlichen Einrichtungen und die Forschungsförderorganisationen verknüpft. Mit Hilfe eines Monitoring-Mechanismus werden die Fortschritte bei der Verwirklichung der Anforderungen regelmäßig zentral bewertet. Im Jahr 2014 hat die Bundesregierung als erster EU-Mitgliedstaat eine nationale Strategie zum EFR verabschiedet (s. Bundesregierung: Strategie der Bundesregierung zum Europäischen Forschungsraum (EFR) – Leitlinien und nationale Roadmap, [https://www.bmbf.de/pub/BMBF\\_Forschungsstrategie.pdf](https://www.bmbf.de/pub/BMBF_Forschungsstrategie.pdf), letzter Zugriff: 02.01.2018). Das Anliegen einer engeren Kooperation mit Partnern außerhalb Europas findet sich auch in der „3-Os-Strategy“ bestehend aus „Open Innovation“, „Open Science“ und „Open to the world“ wieder, die die Europäische Kommission im Jahr 2016 vorgelegt hat. Der EU-Forschungskommissar Carlos Moedas stellt darin die strategischen Prioritäten seiner politischen Agenda vor (Europäische Kommission: *Open Innovation, Open Innovation, Open to the World – a vision for Europe*, [http://ec.europa.eu/newsroom/dae/document.cfm?doc\\_id=16022](http://ec.europa.eu/newsroom/dae/document.cfm?doc_id=16022), letzter Zugriff: 07.05.2018).

Forschungseinrichtungen in Drittstaaten etabliert. |<sup>22</sup> Mit ihrer Hilfe sollen europäische Forscherinnen und Forscher sowie Unternehmerinnen und Unternehmer weltweit vernetzt werden und damit die Rolle Europas in der Welt in Wissenschaft, Technologie und Innovation gestärkt werden. |<sup>23</sup>

Seit der Unterzeichnung der Sorbonne-Erklärung im Jahr 1998 und der Bologna-Erklärung im Jahr 1999 haben 48 Staaten den Europäischen Hochschulraum geschaffen, |<sup>24</sup> mit dem Ziel vergleichbarer Studienstrukturen |<sup>25</sup> und einem gemeinsamen Verständnis von qualitativ hochwertiger Hochschulbildung einschließlich ihrer Qualitätssicherung und Akkreditierung. Vorangetrieben wurde seitdem auch die europaweite Anerkennung von Studienleistungen und -abschlüssen unter adäquater Anwendung eines einheitlichen Kreditpunktesystems (*European Credit Transfer System (ECTS)*) und den dazugehörigen, bewerteten Lernergebnissen. Die Reformen zielen auch auf eine erleichterte Mobilität von Studierenden zwischen vormals unterschiedlichen nationalen Hochschulsystemen, und der Bologna-Prozess hat sich weltweit zu einem Referenzmodell entwickelt. |<sup>26</sup> Parallel wurden mit dem Erasmus-Programm seit 1987 Auslandsaufenthalte von rund 4,4 Mio. Studierenden unterstützt. |<sup>27</sup> Seit 2014 wird nicht mehr nur der länderübergreifende Austausch von Studierenden gefördert,

|<sup>22</sup> Infolge der Ausschreibung Ende des Jahres 2016 sind drei Konsortien im Aufbau: *Network for European Research and Innovation acceleration in the US* (NearUS Consortium, Koordination: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)), *European Research and Innovation Centre of Excellence in China* (ERICENA, Koordination: *Sociedade Portuguesa de Inovação*) sowie *Centre for Europe-Brazil Business and Innovation Cooperation* (CEBRABIC, Koordination: Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (Fraunhofer IPK), Berlin (<http://enrichcentres.eu/>, siehe auch: <http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/h2020/topics/eng-global-ly-09-2016.html>, letzter Zugriff: 08.01.2018).

|<sup>23</sup> Weitere Beispiele für erfolgreiche europäische Kooperationen sind die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) als gemeinsame Infrastruktur oder das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) mit Sitz in Budapest als eine unabhängige Einrichtung der EU und eine originär europäische Forschungseinrichtung. Ziel des EIT ist es, die Innovationskapazität der Mitgliedstaaten zu steigern und damit zum Wirtschaftswachstum in Europa beizutragen (s. <https://eit.europa.eu/>, letzter Zugriff: 24.04.2018).

|<sup>24</sup> Die Möglichkeit einer Beteiligung am Bologna-Prozess besteht für alle europäischen Staaten, die das Kulturabkommen des Europarates ratifiziert haben und sich zu den Zielen des Prozesses bekennen. Neben den EU-Mitgliedstaaten nehmen mittlerweile 20 weitere Staaten daran teil.

|<sup>25</sup> Bachelor, Master und PhD.

|<sup>26</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (KMK) und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Die Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses 2015-2018. Nationaler Bericht von Kultusministerkonferenz und Bundesministerium für Bildung und Forschung unter Mitwirkung von HRK, DAAD, Akkreditierungsrat, dem Freien Zusammenschluss der Studierendenschaften (FZS), dem Deutschen Studentenwerk (DSW) und Sozialpartnern, 15.02.2018 ([https://www.bmbf.de/files/2018-03-28\\_15-Nationaler\\_Bericht\\_Bologna\\_2018.pdf](https://www.bmbf.de/files/2018-03-28_15-Nationaler_Bericht_Bologna_2018.pdf), letzter Zugriff: 24.04.2018).

|<sup>27</sup> DAAD/Erasmus+: Fact Sheet. 30 Jahre Erasmus, 2017, S. 3.

sondern im zusammengeführten Erasmus+-Programm auch die Auslandsmobilität im schulischen, beruflichen und hochschulischen Bereich (einschließlich Auslandsaufenthalten von nicht-wissenschaftlichen Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeitern). |<sup>28</sup> Für die Jahre 2014 bis 2020 steht ein Gesamtbudget von 14,774 Mrd. Euro zur Verfügung. |<sup>29</sup> In einer erneuerten Agenda für die Hochschulbildung hat die Europäische Kommission 2017 weitere Schwerpunkte jenseits von Mobilität gesetzt, die die Beiträge der Hochschulen dazu explizit in den Blick nehmen. |<sup>30</sup>

In der Tat treiben auch die Hochschulen eine engere europäische Zusammenarbeit in Bildung und Forschung voran. So arbeiten im Hochschulverband EUCOR – *The European Campus* beispielsweise fünf Universitäten in der Grenzregion zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz |<sup>31</sup> seit 2015 institutionalisiert zusammen. |<sup>32</sup> In einer weiteren europäischen Initiative haben sich die Universitäten Lorraine, Lüttich, Luxemburg, Trier, Saarbrücken und Kaiserslautern in Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland zur „Universität der Großregion“ zusammengeschlossen. Ein Beispiel für sich entwickelnde europäische Hochschulkooperationen ist auch das in elf Staaten vertretene *Consortium Linking Universities of Science and Technology for Education and Research* (CLUSTER). |<sup>33</sup>

|<sup>28</sup> An Erasmus+ sind neben den EU-Mitgliedstaaten Island, Liechtenstein, Norwegen, die Türkei und Mazedonien beteiligt.

|<sup>29</sup> Im Rahmen von Erasmus+ werden außerdem Partnerschaften und Kooperationsprojekte zwischen Hochschulen mit verschiedenen Instrumenten und Programmlinien unterstützt (DAAD/Erasmus+: Fact Sheet. 30 Jahre Erasmus, 2017, S. 6.).

|<sup>30</sup> Diese sind (1) Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Missverhältnisse zwischen Kompetenznachfrage und -angebot und Förderung herausragender Leistungen bei der Kompetenzentwicklung, (2) die Schaffung inklusiver und vernetzter Hochschulsysteme, (3) der Beitrag der Hochschuleinrichtungen zur Innovation in den übrigen Bereichen der Gesellschaft sowie (4) die Förderung effektiver und effizienter Hochschulsysteme (Europäische Kommission: Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine europäische Erneuerungsagenda für die Hochschulbildung (COM(2017) 247 final), Brüssel, 30.05.2017, <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2017/DE/COM-2017-247-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>, letzter Zugriff: 23.03.2018).

|<sup>31</sup> Die Universitäten Basel, Freiburg, Haute-Alsace, Straßburg und das Karlsruher Institut für Technologie (KIT).

|<sup>32</sup> Der Rechtsstatus als Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) erlaubt es ihnen, europäische Fördermittel als tri-nationale Gemeinschaft zu beantragen und damit administrative und rechtliche Hindernisse bei der Kooperation zu reduzieren. Der EVTZ ist ein von der EU anerkannter Rechtsträger, der die Finanzierung z. B. aus INTERREG-Mitteln ermöglicht.

|<sup>33</sup> CLUSTER versteht sich als „*Multi-location European University*“ mit etwa 3 Tsd. Professoren und Professorinnen, 11 Tsd. wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, 14 Tsd. Doktorandinnen und Doktoranden sowie insgesamt mehr als 140 Tsd. Studierenden (s. <https://cluster.org/>, letzter Zugriff: 06.04.2018).

Zudem bietet die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) an 186 Mitgliedshochschulen in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Luxemburg paritätische, bi-nationale Studiengänge mit Doppelabschlüssen an. |<sup>34</sup>

Ein neuer Vorschlag für eine engere europäische Zusammenarbeit betrifft die Gründung von Europäischen Hochschulen. In seiner Rede „Initiative für Europa“ an der Universität Paris-Sorbonne im September 2017 skizzierte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron seine Vision für Europa. Für den Bereich der Bildung regte er an, bis zum Jahr 2024 mindestens 20 sogenannte Europäische Universitäten einzurichten, die ein Netzwerk von Universitäten aus mehreren europäischen Staaten sein sollen. Im Studienverlauf soll jede bzw. jeder Studierende mindestens zwei europäische Sprachen sprechen und Lehrveranstaltungen in diesen Sprachen belegen. Auch soll die Hälfte eines Jahrgangs – egal ob Studierende oder Auszubildende – bis zum 25. Lebensjahr mindestens sechs Monate in einem anderen europäischen Land verbracht haben. |<sup>35</sup> Der Europäische Rat unterstützt diese Initiative. |<sup>36</sup> Noch im Jahr 2018 soll eine Pilot-ausschreibung für derartige Europäische Hochschulen veröffentlicht werden. Die Mittel sollen zunächst aus dem Erasmus+-Programm bereitgestellt werden; einzelne EU-Mitgliedstaaten, unter anderem Deutschland, planen, sich mit zusätzlichen Mitteln an der Finanzierung zu beteiligen. Mehrere Hochschulen bzw. Hochschulverbände haben bereits erste Schritte unternommen, um sich für eine Bewerbung als europäische Universitätsallianzen zu positionieren.

Für grenzüberschreitende Aktivitäten innerhalb der EU bestehen jedoch auch administrative und rechtliche Hindernisse. Eingeworbene Forschungsfördermittel können oftmals nur im eigenen Land abgerufen werden, da das *Money Follows Researcher*-Prinzip |<sup>37</sup> nur in wenigen Fällen angewendet wird. |<sup>38</sup> Nationale For-

|<sup>34</sup> Und zusätzlich einige tri-nationale Studienprogramme. Ziel ist die Förderung der deutsch-französischen Mobilität von Studierenden und Promovierenden: Deutsch-französische Studierendengruppen absolvieren gemeinsam die Hälfte des Studiums in Deutschland und die andere Hälfte in Frankreich. Der EUCOR und die „Universität der Großregion“ bieten viele ihrer transnationalen Studienangebote unter dem Dach der DFH an. Die DFH wird zu 50 % von Deutschland (Bund (BMBF, AA) und Länder) und zu 50 % von Frankreich finanziert.

|<sup>35</sup> S. <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatspraesident-Macron-im-Wortlaut> (letzter Zugriff: 25.04.2018).

|<sup>36</sup> S. Europäischer Rat: Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates, Brüssel, 14.12.2017, CO EUR 24 CONCL 7. Zur Idee europäischer Hochschulen siehe auch Borgwardt, A.: „*Doing European!*“ – Wie Hochschulen das europäische Projekt befördern können – Ein Beitrag zur Debatte im Vorfeld der Konferenz „Wissenschaft hält Europa zusammen“, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2017 (<http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/13799.pdf>, letzter Zugriff: 25.04.2018).

|<sup>37</sup> Bei der *Money Follows Researcher*-Initiative handelt es sich um ein freiwilliges Bemühen in Form einer Absichtserklärung einer Reihe nationaler Forschungsfördereinrichtungen, die grenzüberschreitende Mitnahme der von ihnen gewährten Mittel zu gewährleisten. Forschungsförderorganisationen, die das

schungsförderorganisationen bieten wenige Möglichkeiten, Anträge für gemeinsame, internationale Forschungsprojekte zu stellen, und das sogenannte *Lead Agency*-Verfahren wird nur in wenigen Staaten umgesetzt. |<sup>39</sup> Obwohl die unterschiedlichen Schritte einer wissenschaftlichen Laufbahn von der Europäischen Kommission beschrieben sind und damit die Grundlage für eine gegenseitige Anerkennung innerhalb der EU gegeben ist, |<sup>40</sup> bestehen für eine Karriere in der Wissenschaft mit Stationen in mehreren EU-Mitgliedstaaten noch Schwierigkeiten in der Praxis, in Deutschland z. B. bei der tariflichen Einstufung oder bei der Alterssicherung. |<sup>41</sup>

Prinzip derzeit anwenden, sind die DFG, der österreichische Wissenschaftsfonds (FWF), der *Danish Council for Independent Research* (DFF), die *Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek* (NWO), die *Research Councils UK* (RCUK) und der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) (vgl. *Science Europe*: [http://www.scienceurope.org/wp-content/uploads/2014/05/SE\\_Crossborder\\_Collab\\_FIN\\_LR.pdf](http://www.scienceurope.org/wp-content/uploads/2014/05/SE_Crossborder_Collab_FIN_LR.pdf), letzter Zugriff: 14.12.2017).

|<sup>38</sup> ERC-finanzierte Projekte können innerhalb der EU-Mitgliedstaaten und der Assoziierten Staaten transferiert werden. Der *Principal Investigator* (PI) muss zur Wahrnehmung der Förderung 50 % seiner Arbeitszeit in diesen Staaten verbringen. Bei Verbundprojekten hingegen ist das Projekt an die Einrichtung gebunden und verbleibt in der Regel bei der ursprünglichen Einrichtung, wenn der PI an eine andere wechselt. Eine Übertragung des Projektes ist jedoch möglich, wenn beide Einrichtungen und die Europäische Kommission einverstanden sind. Es ist auch ein Wechsel in einen Drittstaat möglich, solange die Mindestteilnahmeregelung von drei Partnern aus drei EU-Mitgliedstaaten oder Assoziierten Staaten erfüllt ist.

|<sup>39</sup> Ziel des *Lead Agency*-Verfahrens ist es, die Förderung grenzüberschreitender Projekte zu vereinfachen. Anträge werden nur bei einer nationalen Förderorganisation eingereicht und von dieser evaluiert, die Partnerorganisation schließt sich dem Ergebnis der *Lead Agency* an und die Finanzierung der Antragstellerinnen bzw. Antragsteller erfolgt durch die jeweilige nationale Fördereinrichtung. Ein solches Abkommen existiert zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz und gilt für Kooperationsprojekte in der Einzelförderung, bei Schwerpunktprogrammen und für Forschergruppen (vgl. DFG, [http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/antragstellung\\_oesterreich\\_schweiz/antragstellerhinweise.pdf](http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/antragstellung_oesterreich_schweiz/antragstellerhinweise.pdf), letzter Zugriff: 14.12.2017).

|<sup>40</sup> Die Europäische Kommission unterscheidet die Niveaus R1 – *First Stage Researcher* (bis zum Abschluss der Promotion), R2 – *Recognised Researcher* (Promovierte, die noch nicht vollständig unabhängig arbeiten), R3 – *Established Researcher* (unabhängig arbeitende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) und R4 – *Leading Researcher* (in ihrem Feld führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) und beschreibt jeweils die notwendigen und wünschenswerten Kompetenzen (Europäische Kommission, Generaldirektion Forschung und Innovation: *Towards a European framework for research careers*, Brussels, 21 July 2011, [https://era.gv.at/object/document/1509/attach/Towards\\_a\\_European\\_Framework\\_for\\_Research\\_Careers\\_final.pdf](https://era.gv.at/object/document/1509/attach/Towards_a_European_Framework_for_Research_Careers_final.pdf), letzter Zugriff: 25.04.2018).

|<sup>41</sup> So müssen verbeamtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Mehrzahl der Länder weiterhin finanzielle Nachteile bei ihrer Alterssicherung hinnehmen, wenn sie freiwillig aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden, z. B. um eine Tätigkeit im Ausland aufzunehmen. Auf eigenen Antrag aus dem Beamtenverhältnis entlassene Beamtinnen und Beamte verlieren ihre versorgungsrechtlichen Ansprüche. Sie werden in diesem Fall in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert.

Ziel der Umsetzung des EFR ist die Schaffung „einheitlicher Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation“ durch die Integration der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten innerhalb der EU. |<sup>42</sup> Mit Hilfe der EU-Forschungsförderung und der gemeinsamen Programmplanung soll die Effektivität nationaler Forschungssysteme gesteigert und die transnationale Zusammenarbeit und Wettbewerbsfähigkeit verstärkt werden. Tatsächlich bestehen im EFR jedoch große Unterschiede hinsichtlich der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und Innovationskraft, der Finanzausstattung für Wissenschaft sowie des Internationalisierungsgrades. Während einige europäische Staaten, darunter auch Deutschland, die öffentlichen Mittel für Wissenschaft zwischen 2008 und 2016 erhöht haben, |<sup>43</sup> sind in Folge der Wirtschafts- und Euro-Krise ab 2008 in anderen europäischen Staaten Rückgänge zu verzeichnen gewesen. |<sup>44</sup> Internationale Austauschbeziehungen und fremdsprachige Studienangebote finden sich gemäß einer Untersuchung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) an west- und nordeuropäischen Hochschulen deutlich ausgeprägter als an süd- und osteuropäischen. |<sup>45</sup> Deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen verzeichnen als Folge dieser Entwicklung ein erhöhtes Interesse und eine gestiegene Zuwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus bestimmten europäischen Staaten. Gleichzeitig bestehen aber auch Anreize für die deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen, Forscherinnen und Forscher gezielt aus leistungsschwächeren Staaten abzuwerben, was jedoch langfristig zu einem Verlust von Kooperationspartnern und zu einer weiteren Schwächung dieser Systeme beitragen kann. Einige Programme der

|<sup>42</sup> S. <http://www.horizont2020.de/einstieg-era.htm> (letzter Zugriff: 17.01.2018).

|<sup>43</sup> Z. B. Dänemark, Schweden, die Benelux-Staaten, Deutschland, Frankreich, Polen und Österreich (s. *European University Association: Public Funding Observatory Report 2017, December 2017*, [http://eua.be/Libraries/governance-autonomy-funding/eua-pfo-report-december-2017.pdf?sfvrsn=2?utm\\_source=webpage&utm\\_medium=publication&utm\\_name=publication-webpage-12-12-2017](http://eua.be/Libraries/governance-autonomy-funding/eua-pfo-report-december-2017.pdf?sfvrsn=2?utm_source=webpage&utm_medium=publication&utm_name=publication-webpage-12-12-2017), letzter Zugriff: 25.04.2018).

|<sup>44</sup> Z. B. in Großbritannien, Spanien, Griechenland, Italien, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und den Balkanstaaten (s. *European University Association: Public Funding Observatory Report 2017, December 2017*, [http://eua.be/Libraries/governance-autonomy-funding/eua-pfo-report-december-2017.pdf?sfvrsn=2?utm\\_source=webpage&utm\\_medium=publication&utm\\_name=publication-webpage-12-12-2017](http://eua.be/Libraries/governance-autonomy-funding/eua-pfo-report-december-2017.pdf?sfvrsn=2?utm_source=webpage&utm_medium=publication&utm_name=publication-webpage-12-12-2017), letzter Zugriff: 25.04.2018).

|<sup>45</sup> Berücksichtigt wurden z. B. die Intensität des Studierendenaustausches und das Angebot englischsprachiger Studiengänge (Centrum für Hochschulentwicklung (CHE): *Wie unterschiedlich sind Europas Hochschulen? Leistungsmessung vor dem Hintergrund verschiedener Missionen*, 2017). ([http://www.che.de/downloads/Wie\\_unterschiedlich\\_sind\\_Europas\\_Hochschulen\\_2017.pdf](http://www.che.de/downloads/Wie_unterschiedlich_sind_Europas_Hochschulen_2017.pdf), letzter Zugriff: 24.03.2018).

EU-Forschungsförderung sollen dabei helfen, die unterschiedliche Leistungsstärke der EU-Mitgliedstaaten im Bereich Forschung und Innovation auszugleichen. |<sup>46</sup> Diese Programme fordern, im Rahmen von Horizont 2020 zugleich auch Mittel aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF), z. B. dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder dem Europäischen Sozialfonds (ESF), gezielt einzusetzen, um schwächere Wissenschaftsstandorte strukturell zu unterstützen. |<sup>47</sup> Mittel- und langfristig kann sonst die bestehende Spreizung in der Leistungsfähigkeit der europäischen Wissenschaftssysteme das Zusammenwachsen des europäischen Hochschul- und Forschungsraums beeinträchtigen. Im Wettbewerb mit anderen dynamischen Wissenschaftsregionen wird es künftig noch stärker darauf ankommen, dass Europa insgesamt, d. h. flächendeckend, auf hohem wissenschaftlichen Niveau bestehen kann.

Unterschiede in der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und Ressourcenausstattung für die Wissenschaft sind auch zwischen europäischen und außereuropäischen Wissenschaftssystemen festzustellen. Während in vielen west- und nordeuropäischen Ländern die nationalen Fördersysteme für Forschung und Mobilität zumeist gut ausgebaut sind, zum Teil eigene Programme zur Förderung von Spitzenforschung existieren und Instrumente für den Wissenstransfer etabliert sind, ist dies in Schwellen- und Entwicklungsländern oftmals noch nicht der Fall. Das globale Wissenschaftssystem würde von einer größeren Forschungsbeteiligung aus vielen afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Staaten profitieren, doch deren relativ leistungsschwache Wissenschaftssysteme setzen dem bislang Grenzen. Damit geht wertvolles Potenzial für die Wissenschaft, aber auch für die gesellschaftliche Entwicklung dieser Länder verloren. Bestimmte Perspektiven sind im internationalen Wissenschaftsdiskurs nicht vertreten, die Lehre und Forschung stark bereichern könnten. In diesen Ländern fehlen oft starke Anknüpfungspunkte für Kooperationen, die mit anderen leistungsstarken Wissenschaftssystemen innerhalb und außerhalb Europas leichter zu realisieren sind. Eine Zusammenarbeit mit Partnern in Schwellen- und Entwicklungsländern kann sich auch schwieriger gestalten, da eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen – in Bezug auf Know-how wie auch materielle und finanzielle Ressourcen –

|<sup>46</sup> Z. B. die Maßnahme „Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung“ im Rahmen von Horizont 2020. Dazu dienen insbesondere drei Maßnahmen: *Teaming* (Partnerschaften zwischen exzellenten Forschungseinrichtungen und forschungs-, entwicklungs- und innovationsschwachen Regionen), *Twinning* (Partnerschaften von Forschungseinrichtungen) und EFR-Lehrstühle, für die herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewonnen werden sollen (vgl. <http://www.horizont2020.de/einstieg-verbretung.htm>, letzter Zugriff: 07.06.2018).

|<sup>47</sup> S. <https://ec.europa.eu/research/regions/index.cfm?pg=synergies#> (letzter Zugriff: 08.06.2018).



kaum umzusetzen ist. Afrikanische Universitäten beispielsweise bilden bisher nur in geringem Maße ihren wissenschaftlichen Nachwuchs selbst aus; gemessen an der Einwohnerzahl entsteht nur ein geringer Teil aller Forschungsarbeiten weltweit auf diesem Kontinent. |<sup>48</sup> An südafrikanischen Hochschulen erwerben zwar viele Studierende aus anderen afrikanischen Ländern einen Studienabschluss, jedoch werden im Land noch deutlich zu wenige Promotionen abgeschlossen, um den künftigen Bedarf an Forschenden und Lehrenden an den Hochschulen zu decken. |<sup>49</sup> Trotz unterstützender Programme |<sup>50</sup> fehlt es in Schwellen- und Entwicklungsländern vielfach auch an attraktiven Rückkehrmöglichkeiten für Graduierte und Promovierte, die an deutschen Hochschulen ausgebildet wurden und in ihren Heimatländern als Partner für gemeinsame Forschungsprojekte und Austauschprogramme fungieren könnten.

Einzelne afrikanische Staaten haben in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge beim Ausbau ihrer Wissenschaftssysteme erzielt |<sup>51</sup> und sehr erfolgreich

|<sup>48</sup> Vgl. Skupien, S.: Zwischen Autonomie und Abhängigkeit. Forschungsk Kooperationen mit Afrika sind im Fluss, WZB-Mitteilungen, Heft 159, März 2018, S. 31-33, <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2018/f-21220.pdf> (letzter Zugriff: 28.06.2018).

|<sup>49</sup> DAAD: Südafrika. Kurze Einführung in das Hochschulsystem und die DAAD-Aktivitäten, 2017, S. 5; DAAD: Südafrika. Daten und Analysen zum Hochschul- und Wissenschaftsstandort, 2016, S. 14 u. 28. Zur Bedeutung von Forschungsuniversitäten für den afrikanischen Kontinent siehe auch Cloete, N.; Maassen, P.: *Roles of Universities an the African Context*, in: Cloete, N.; Maassen, P.; Bailey, T. (Hrsg.): *Knowledge Production and Contradictory Functions in African Higher Education. African Minds* 2015, S. 1-18 sowie Cloete, N.; Bunting, I.; Maassen, P.: *Research Universities in Africa: an empirical overview of eight flagship universities*, ebd., S. 18-32.

|<sup>50</sup> Das Rückkehrerprogramm des Centrums für Internationale Migration (CIM) unterstützt Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie berufserfahrene Fachkräfte aus Entwicklungs- und Schwellenländern, die sich in Deutschland oder einem anderen OECD-Staat qualifiziert haben, bei der Rückkehr in ihre Heimat (s. <https://www.cimonline.de/de/2616.asp>, letzter Zugriff: 08.01.2018). Im Rahmen der Deutsch-Pakistanischen Forschungsk Kooperation wird mit Mitteln des AA die Verstetigung des wissenschaftlichen Austausches zwischen pakistanischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in der Regel zuvor ihre Promotion mit Hilfe eines DAAD-Stipendiums in Deutschland absolviert haben, und ihren deutschen Gasthochschulen durch gemeinsame Forschungsprojekte gefördert (s. <https://www.daad.de/hochschulen/ausschreibungen/projekte/de/11342-foerderprogramme-finden/?s=1&projektid=57388843>, letzter Zugriff: 08.01.2018). Die Förderlinie „Deutsch-Arabische Forschungspartnerschaften“ des Programms „Deutsch-Arabische Transformationspartnerschaft“ richtet sich an zurückkehrende (DAAD-)Alumni, die Unterstützung bei der Fortführung ihrer wissenschaftlichen Laufbahn in ihren Heimatländern erhalten sollen (s. <https://www.daad.de/hochschulen/programme-regional/arabischer-raum/de/27682-deutsch-arabische-transformationspartnerschaft/>, letzter Zugriff: 08.01.2018).

|<sup>51</sup> Ein Beispiel ist Ghana, das seine Hochschullandschaft stark ausbaut. Existierten 1994 nur sechs öffentliche Universitäten, so umfasste der tertiäre Bildungssektor im Jahr 2015 insgesamt 187 durch das *National Accreditation Board* anerkannte Universitäten (davon neun staatliche), *Colleges*, *Polytechnics* und andere öffentliche und private Institute (DAAD: Länderinformation Ghana, <https://www.daad.de/laenderinformationen/ghana/land/de/5490-berblick-hochschulsystem-und-internationalisierung/>, letzter Zugriff: 15.12.2017).

Kooperationen mit wissenschaftlichen Partnern außerhalb Afrikas aufgebaut. Problematisch ist jedoch, dass die Kooperationen aufgrund fehlender nationaler Fördersysteme auf afrikanischer Seite oftmals nicht nachhaltig sind und es bislang nur vereinzelt eine innerafrikanische wissenschaftliche Zusammenarbeit gibt. Ein solches Beispiel ist die *African Research Universities Alliance* (ARUA), ein 2015 gegründeter Zusammenschluss von 16 forschungsstarken afrikanischen Universitäten, die die Gründung gemeinsamer Exzellenzzentren anstreben. |<sup>52</sup> ARUA hat zudem eine strategischen Kooperation mit einer europäischen Hochschulallianz, *The Guild of European Research-Intensive Universities* |<sup>53</sup>, vereinbart. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa bietet Anknüpfungspunkte zur Unterstützung von weniger leistungsstarken Wissenschaftssystemen in Drittstaaten. Die EU hat die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit mit diesen Staaten erkannt und im Rahmen von Horizont 2020 Mittel für die Zusammenarbeit mit Forschungsorganisationen in etwa 130 Entwicklungsländern eingeplant. |<sup>54</sup> Dies geschieht aus der Einsicht, dass langfristig auch Europa von einer Stärkung anderer Wissenschaftssysteme Vorteile hat.

Bestehende Asymmetrien zwischen inner- und außereuropäischen Staaten mit mehr oder weniger leistungsfähigen und nachhaltigen Wissenschaftssystemen bieten Chancen und Risiken. Einerseits ist bereits heute eine Elitenbildung in der Internationalisierung zu beobachten, die z. B. darin zum Ausdruck kommt, dass bestimmte internationale Forschungsinfrastrukturen de facto eher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus finanzstarken Staaten zugänglich sind. Auch verfügen einige wenige Verlage, bei denen wissenschaftliche Zeitschriften mit hohen Rankings konzentriert sind, zunehmend über eine Monopolstellung. Ihre herausgehobene Position erlaubt es ihnen, hohe Publikationsgebühren oder Abonnementpreise zu verlangen; damit sind sowohl die Zeitschriften als auch Veröffentlichungen in ihnen vornehmlich für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ressourcenstarken Staaten möglich. Durch die Schwäche einzelner Wissenschaftssysteme entfaltet sich das Potenzial des weltweiten Wissenschaftssystems nicht. Andererseits bieten Kooperationen zwischen unterschiedlich leistungsstarken Partnern den schwächeren oder finanziell schlechter ausgestatteten die Möglichkeit, sich mit Hilfe der stärkeren weiterzuentwickeln, ohne im gleichen Umfang Ressourcen bereitstellen zu müssen.

|<sup>52</sup> S. <http://arua.org.za/> (letzter Zugriff: 04.05.2018).

|<sup>53</sup> *The Guild* wurde 2016 gegründet und umfasst 19 forschungsstarke Universitäten in 14 europäischen Staaten (s. <http://www.the-guild.eu/>, letzter Zugriff: 14.05.2018).

|<sup>54</sup> S. [http://ec.europa.eu/research/participants/docs/h2020-funding-guide/cross-cutting-issues/international-cooperation\\_en.htm](http://ec.europa.eu/research/participants/docs/h2020-funding-guide/cross-cutting-issues/international-cooperation_en.htm) (letzter Zugriff: 08.06.2018).

Ein zentraler Zielkonflikt bei der Motivation für die Internationalisierung besteht zwischen Kooperation auf der einen Seite und der Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite. Damit können sich z. B. Spannungsfelder ergeben zwischen dem Anstreben partnerschaftlicher internationaler Kooperationsbeziehungen einerseits und einer internationalen Vormachtstellung andererseits oder auch zwischen dem Abwerben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf der einen Seite und der Unterstützung eines produktiven Umfeldes in den Heimatländern auf der anderen Seite. Widersprüche können auch zwischen der politischen Setzung von nationalen Internationalisierungszielen und der individuellen Gestaltung der Internationalisierung einer Institution oder eines Netzwerks entstehen. Ein Spannungsverhältnis kann ferner bestehen zwischen einer betont auf Innovation und wirtschaftliche Ziele gerichteten Agenda der Internationalisierung einerseits und einer zugleich partizipativen, auf Kooperation und auch auf kulturelle Aspekte ausgerichteten Strategie andererseits sowie zwischen nationalen Alleingängen oder einem gemeinsamen Agieren von Partnern mit ähnlichen Zielvorstellungen und Wertesystemen. Schwierigkeiten in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit können auch entstehen, wenn bei der Internationalisierung unterschiedliche Vorstellungen vom Umgang mit Themen wie IT- und Datensicherheit sowie dem Schutz geistigen Eigentums zum Tragen kommen.

Ein weiteres Spannungsverhältnis ergibt sich aus dem Wachstum und der international zunehmenden Bedeutung des privaten Hochschulsektors. |<sup>55</sup> Zahlreiche private Hochschulen, vor allem in den USA und Brasilien, sind profitorientiert und haben auch Dependancen im Ausland, insbesondere im Nahen Osten sowie in Süd- und Südostasien. Diese Zunahme kommerzieller privater Hochschulen bedeutet eine veränderte Konkurrenzsituation für die öffentlichen und privaten, nicht unternehmerisch aufgestellten Hochschulen in Deutschland, auch im Bereich der Internationalisierung. Im Inland gibt es damit zusätzliche Akteure, die zum Teil gute Bedingungen für Lehre und Forschung bereithalten und damit attraktive Studien- und Arbeitsumfelder für einheimische und ausländische Studierende und Lehrende bieten. Im Ausland müssen die deutschen Hochschulen die Angebote privater Hochschulen ebenfalls mit im Blick haben, z. B. wenn sie transnationale Bildungsangebote planen.

|<sup>55</sup> Zwischen dem Wintersemester 1995/96 und dem Wintersemester 2016/17 hat sich die Zahl der Studierenden an privaten Hochschulen in Deutschland beispielsweise von 15.948 auf 211.569 erhöht. Die Zahl der Studierenden an kirchlichen Hochschulen ist im gleichen Zeitraum von 21.180 auf 31.837 gestiegen (Statistisches Bundesamt: Private Hochschulen 2016, Zusammenfassende Übersicht 1 – Entwicklung der Hochschulen nach Trägern). Im Jahr 2007 gab es in Deutschland 114 private Hochschulen, im Jahr 2016 waren es 126 (Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 / Reihe 4.5 (fortlaufende Jahrgänge); jeweils nach Anhang 1).

In Deutschland besteht auf nationaler Ebene für die Internationalisierung der Hochschulen und der Wissenschaft ein breites Spektrum an Strategien, Abstimmungsmechanismen, Instrumenten und Leitlinien (s. Kap. A.III.1), zu denen auch die Präsenzen und Aktivitäten der deutschen Wissenschaftseinrichtungen im Ausland gehören (s. Kap. A.III.2). Dieser nationale Rahmen ist der Hintergrund, vor dem die Hochschulen ihre Internationalisierung und ihre diesbezüglichen Strategien gestalten (s. Kap. A.III.3). Besonderen Bedingungen unterliegt die Internationalisierung der Fachhochschulen (s. Kap. A.III.4). Spezifische Handlungsfelder bestehen bei der Mobilität in das Ausland und aus dem Ausland (s. Kap. A.III.5) sowie im Bereich der Digitalisierung (s. Kap. A.III.6).

### III.1 Der nationale Rahmen für die Internationalisierung der Hochschulen

Eine wesentliche Grundlage für die Internationalisierung der deutschen Wissenschaft ist die im Februar 2017 verabschiedete „Strategie zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung“ der Bundesregierung. Sie zielt darauf ab, neuen Herausforderungen wie der Globalisierung, der Digitalisierung, der Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums und der Herausbildung neuer, globaler Innovationszentren außerhalb der etablierten Wissenschaftsstandorte zu begegnen. |<sup>56</sup> Neben der Internationalisierungsstrategie gibt es Strategien für einzelne Länder und Regionen, z. B. die China-

|<sup>56</sup> Die Strategie legt fünf Zielfelder fest: (1) Exzellenz durch weltweite Kooperation stärken, (2) Deutschlands Innovationskraft international entfalten, (3) Bildung und Qualifizierung international ausbauen, (4) die globale Wissensgesellschaft gemeinsam mit Schwellen- und Entwicklungsländern gestalten sowie (5) gemeinsam globale Herausforderungen bewältigen (BMBF: Strategie zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung. Strategie der Bundesregierung, <https://www.bmbf.de/pub/Internationalisierungsstrategie.pdf>, letzter Zugriff: 03.04.2018). Im Juni 2017 hat die Bundesregierung einen umfangreichen Bericht über den Ausbau der europäischen und internationalen Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Forschung in den vergangenen Jahren vorgelegt (BMBF: Bericht zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2014-2016, [https://www.bmbf.de/pub/Bundesbericht\\_Internationale\\_Kooperation.pdf](https://www.bmbf.de/pub/Bundesbericht_Internationale_Kooperation.pdf), letzter Zugriff: 22.12.2017).

Strategie |<sup>57</sup> und die Afrika-Strategie des BMBF |<sup>58</sup> oder die Strategie der Bundesregierung zum Europäischen Forschungsraum. |<sup>59</sup>

Die Internationalisierungsstrategie und ihre Umsetzung berührt die Zuständigkeitsbereiche des BMBF, des AA und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Alle drei Ministerien sind am Aufbau und an der Finanzierung von Initiativen und Programmen zur Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulen beteiligt. Dafür greifen sie auf die einschlägigen Förderorganisationen zurück, insbesondere den DAAD und die AvH, über die seit Jahrzehnten etablierte Auslandbeziehungen unterhalten werden. |<sup>60</sup> Das AA fördert über die AvH ein globales Netzwerk von Stipendiatinnen und Stipendiaten und unterstützt beispielsweise die von der AvH durchgeführte Philipp Schwartz-Initiative und das vom DAAD durchgeführte „Leadership for Syria“-Programm. Die Maßnahmen des AA im Bereich Bildung und Wissenschaft sind in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) gebündelt, für deren wissenschaftsbezogenen Teil in jüngerer Zeit auch der Begriff „Außenwissenschaftspolitik“ oder *science diplomacy* geprägt wurde. In der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung sind wissenschaftspolitische ebenso wie wirtschafts-, außen- und entwicklungspolitische Zielsetzungen verankert, die die Ressorts mit unterschiedlicher Gewichtung umsetzen. Den

|<sup>57</sup> Sie bildet die Grundlage für die Zusammenarbeit mit dem Land in Forschung, Wissenschaft und Bildung bis zum Jahr 2020 (BMBF: China-Strategie des BMBF 2015-2020 – Strategischer Rahmen für die Zusammenarbeit mit China in Forschung, Wissenschaft und Bildung, [https://www.bmbf.de/pub/China\\_Strategie\\_Langfassung.pdf](https://www.bmbf.de/pub/China_Strategie_Langfassung.pdf), letzter Zugriff: 22.12.2017).

|<sup>58</sup> BMBF: Die Afrika-Strategie 2014-2018 – Afrika als Partner in Bildung und Forschung, [https://www.bmbf.de/pub/Afrika\\_Strategie\\_dt.pdf](https://www.bmbf.de/pub/Afrika_Strategie_dt.pdf) (letzter Zugriff: 22.12.2017).

|<sup>59</sup> Bundesregierung: Strategie der Bundesregierung zum Europäischen Forschungsraum (EFR) – Leitlinien und nationale Roadmap, [https://www.bmbf.de/pub/BMBF\\_Forschungsstrategie.pdf](https://www.bmbf.de/pub/BMBF_Forschungsstrategie.pdf) (letzter Zugriff: 02.01.2018).

|<sup>60</sup> Das BMBF fördert eine große Vielfalt internationaler FuE-Maßnahmen. Im Jahr 2015 wurden z. B. insgesamt 1.947 Projekte deutscher Einrichtungen mit internationalem Bezug finanziert (s. BMBF: Bericht der Bundesregierung zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2014-2016, Juni 2017, S. 85). Darüber hinaus stellt das BMBF z. B. über den DAAD Mittel zur Integration von Flüchtlingen an deutschen Hochschulen bereit und unterhält die Deutschen Geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland. Das AA hat im Jahr 1992 die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in Genf gegründet. Das BMZ finanziert über den DAAD verschiedene Hochschulkoooperationsprogramme zwischen Hochschulen in Deutschland und in Entwicklungsländern, Stipendienprogramme für Studierende und Forschende aus Entwicklungsländern oder – in wenigen Fällen – eine breite Zusammenarbeit im Bildungsbereich einschließlich der Hochschulbildung im Rahmen bilateraler oder regionaler Vorhaben der technischen Zusammenarbeit. Es fördert im Programm „Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit (*exceed*)“ fünf internationale Kompetenzzentren, in denen deutsche Hochschulen und ihre Partner in Entwicklungsländern gemeinsam große Herausforderungen wie Ernährungssicherheit, Wassermanagement oder Gesundheit bearbeiten.

Strategien und Maßnahmen der drei Ministerien liegen jedoch auch jeweils eigene Politikziele zugrunde.

Neben der Strategie der Bundesregierung gibt es die im Jahr 2013 zwischen Bund und Ländern vereinbarte Strategie der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) zur Internationalisierung der Hochschulen, die sich an Bund, Länder und die Hochschulen richtet. Kernthemen sind die strategische Internationalisierung der einzelnen Hochschulen, die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Internationalisierung, die Etablierung einer Willkommenskultur sowie eines internationalen Campus, die Steigerung der Auslandsmobilität der Studierenden sowie der internationalen Attraktivität des Hochschulstandorts Deutschland, die Gewinnung exzellenter (Nachwuchs-) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland, der Ausbau internationaler Forschungs Kooperationen sowie die Etablierung von Angeboten transnationaler Bildung. Zielvorstellungen mit Handlungsansätzen für jedes dieser Felder adressieren z. B. die Verankerung verbindlicher Mobilitätsfenster in den Curricula, eine verbesserte Anerkennung von im Ausland erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen oder verstärkte Angebote der Hochschulen für integrierte internationale Studiengänge mit Partnerhochschulen im Ausland. |<sup>61</sup>

Den genannten Strategien von Bund und Ländern liegen kooperative und wettbewerbliche Elemente zugrunde. Eine partnerschaftliche Herangehensweise, die von Austausch und Dialog gekennzeichnet ist, prägt z. B. die deutschen transnationalen Bildungsangebote im Ausland (s. Kap. A.III.2). Gleichzeitig strebt die Bundesrepublik damit Vorteile für die nationale Wirtschaft und Wissenschaft an, z. B. durch die Rekrutierung und Qualifizierung von ausländischen Studienabsolventinnen und -absolventen sowie Fachkräften. Deutschland trägt zur Entwicklung leistungsfähiger Wissenschaftssysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern bei und beteiligt sich an der Ausbildung zukünftiger Führungskräfte für Wissenschaft und Gesellschaft. |<sup>62</sup> Gleichzeitig können auf diese Weise neue Märkte erschlossen und zukünftige Kooperationspartner gewonnen werden. Kompetitive und kooperative Ziele koexistieren und konkurrieren miteinander.

Deutschland als Studienort sowie als Wissenschafts- und Innovationsstandort scheint seit einiger Zeit, auch aufgrund politischer und wirtschaftlicher Ent-

|<sup>61</sup> GWK: Strategie der Wissenschaftsminister/innen von Bund und Ländern für die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland, April 2013 ([https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Beschluss-Internationalisierungsstrategie\\_\\_1\\_.pdf](https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Beschluss-Internationalisierungsstrategie__1_.pdf), letzter Zugriff: 26.04.2018).

|<sup>62</sup> BMBF: Strategie zur Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung. Strategie der Bundesregierung, S. 69 (<https://www.bmbf.de/pub/Internationalisierungsstrategie.pdf>, letzter Zugriff: 03.04.2018).

wicklungen, an Attraktivität für internationale Studierende und Forschende zu gewinnen. Neben externen Faktoren tragen dazu auch allgemeine Charakteristika des deutschen Wissenschaftssystems bei, vor allem die Gebührenfreiheit eines Studiums in den allermeisten Ländern und die verlässliche und stetig gewachsene (öffentliche) Förderung der Grundlagenforschung anhand wissenschaftsgeleiteter Auswahlverfahren. Auch sind die für die Wissenschaft bereitgestellten Haushaltsmittel anders als in vielen anderen Staaten in den letzten Jahren deutlich erhöht worden. |<sup>63</sup> Die Förderquoten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gehören im Vergleich mit ausgewählten nationalen und europäischen Forschungsfördereinrichtungen bzw. -programmen zu den höchsten (s. Anhang, Abbildung 1). |<sup>64</sup> Dies gilt sowohl für die Förderung von Einzelprojekten als auch für viele Exzellenzprogramme. |<sup>65</sup> Die wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland sind bei der Beantragung von Mitteln aus den Exzellenzförderprogrammen der EU sehr erfolgreich. Bis zum 1. März 2018 wurden 1.221 Bewilligungen des ERC nach Deutschland vergeben, dies entspricht einem Anteil von 15,2 % (s. Anhang, Tabelle 1). Zudem bieten die deutschen Hochschulen und Forschungsinstitute oftmals einen sehr guten Infrastrukturzugang und verfügen über etablierte Instrumente für den Transfer in die Praxis. Diese Gegebenheiten werden international als Wettbewerbsvorteile des deutschen Wissenschaftssystems angesehen und steigern das Interesse an einem Studien- oder Forschungsaufenthalt in Deutschland. Weniger positiv als in der Forschungsförderung ist die Ausgangslage im Bereich der Bildungsinvestitionen. Die Ausgaben für die tertiären Bildungseinrichtungen in Deutschland lagen auch im Jahr 2014 nur bei 1,2 % des Bruttoinlandsproduktes und damit weiterhin unter dem OECD-Schnitt von 1,5 %. |<sup>66</sup> Die den Hochschulen zur Verfügung stehenden Grundmittel sind zu gering. |<sup>67</sup>

|<sup>63</sup> Z. B. durch die finanziellen Aufwüchse für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation (PFI) oder die Exzellenzinitiative bzw. Exzellenzstrategie, aber auch den Hochschulpakt und weitere Fördermaßnahmen von Bund und Ländern.

|<sup>64</sup> Unter den dargestellten Fördereinrichtungen und -programmen weist nur der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung deutlich bessere Förderquoten auf als die DFG.

|<sup>65</sup> Die Bewilligungsquote (Verhältnis der Zahl der Bewilligungen zur Zahl der Anträge) im Emmy Noether-Programm lag im Durchschnitt der Jahre 2013-2016 bei 21,9 % (Basis: Neuanträge; DFG: Jahresbericht 2016, Aufgaben und Ergebnisse, S. 181). Die durchschnittliche Förderquote bei den Reinhart Koselleck-Projekten lag in den Jahren 2013-2017 bei rund 24 % (DFG nachrichtlich, März 2018). Demgegenüber lagen z. B. die Förderquoten in den verschiedenen ERC-Programmen im Jahr 2014 nur zwischen 8,3 % und 14,7 % (s. Anhang, Abbildung 1).

|<sup>66</sup> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Bildung auf einen Blick 2017. OECD-Indikatoren, Tabelle B2.1.

|<sup>67</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems, Köln 2013, S. 56.

Verbunden mit dem nationalen Rahmen für die Internationalisierung sind verschiedenartige deutsche Aktivitäten und Präsenzen der deutschen Wissenschaftseinrichtungen im Ausland. Sie unterstützen die Vernetzung deutscher Hochschulen und Forschungsinstitute in Lehre und Forschung und stellen Informationen über das deutsche Wissenschaftssystem bereit.

Eine Möglichkeit für deutsche Hochschulen, im Ausland präsent zu sein, sind Angebote transnationaler Bildung. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass eine deutsche Hochschule die akademische Verantwortung |<sup>68</sup> für Hochschulen, Studiengänge oder einzelne Studienmodule in einem anderen Land übernimmt, die sich an die dortigen Studieninteressierten richten. |<sup>69</sup> Dadurch sind sie von einer gewissen Asymmetrie gekennzeichnet, die sie von symmetrischer angelegten grenzüberschreitenden Studienangeboten unterscheidet, wie z. B. der Deutsch-Französischen Hochschule (s. Kap. A.II.2). TNB-Vorhaben können sich im Laufe der Zeit zu symmetrischen Kooperationsformen weiterentwickeln. Die meisten deutschen TNB-Angebote werden durch den DAAD gefördert oder haben in der Aufbauphase eine solche Unterstützung erhalten. |<sup>70</sup>

In den deutschen TNB-Vorhaben waren 2017 weltweit insgesamt etwa 31 Tsd. Studierende, vorwiegend an gemeinsamen Hochschulen, eingeschrieben (s. Anhang, Abbildung 2). Die studierendenstärksten Angebote sind in der arabischen Welt und in Asien angesiedelt (s. Anhang, Tabelle 2). In über der Hälfte der Studiengänge erwerben die Studierenden einen deutschen Studienabschluss. Eine andere Möglichkeit ist der Erwerb eines Studienabschlusses der Hochschule des Sitzlandes, jedoch werden die Studiengänge nach den Kriterien des deutschen Akkreditierungsrats akkreditiert. |<sup>71</sup> Fast alle TNB-Studierenden haben die Möglichkeit, einen Teil ihres Studiums ohne Zeitverlust und bei vol-

|<sup>68</sup> Die akademische Verantwortung zielt nach Auffassung des DAAD in erster Linie auf Studieninhalte (Curricula) ab, umfasst aber auch Merkmale wie den Einsatz deutscher Hochschullehrerinnen und -lehrer zumindest für einen Teil der Lehrveranstaltungen im Ausland, die Vergabe von Abschlüssen der deutschen Hochschule und/oder in Deutschland akkreditierten Abschlüssen und qualitätssichernde Maßnahmen durch die deutsche Hochschule (DAAD: Transnationale Bildung in Deutschland. Positionspapier des DAAD, 2012, S. 3).

|<sup>69</sup> Vgl. DAAD: Wissenschaft weltoffen 2017, S. 34.

|<sup>70</sup> Wichtiges Kriterium für den Erhalt einer DAAD-Förderung ist der Deutschlandbezug der TNB-Aktivität, z. B. durch curriculare Inhalte, die Übertragung deutscher Lehrmodelle, integrierte Deutschlandaufenthalte oder die Vermittlung der deutschen Sprache.

|<sup>71</sup> DAAD: Wissenschaft weltoffen 2017, S. 38.



ler Anrechnung der erbrachten Studienleistungen an einer deutschen Hochschule zu absolvieren. |<sup>72</sup>

Mit den TNB-Angeboten entsprechen deutsche Hochschulen unterschiedlichen Zielen. Ausländische Studierende in deutschen TNB-Vorhaben sind an einer Ausbildung nach den Standards und der hohen Qualität des deutschen Hochschulsystems interessiert. In der Regel erhoffen sie sich durch ein solches Studium – oftmals ergänzt durch einen Aufenthalt an einer deutschen Hochschule oder in einem deutschen Unternehmen – bessere Karrierechancen. Deutsche Hochschulen, die TNB-Angebote aufbauen, zielen auf neue Kooperationen in Forschung und Lehre, die Gewinnung qualifizierter Studierender und Lehrender sowie einen Reputationsgewinn. Außerdem können die Programme und Einrichtungen für Auslandsaufenthalte der eigenen Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler genutzt werden. Aus politischer Perspektive sind die TNB-Vorhaben attraktiv, um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für das deutsche Wissenschaftssystem und den sonstigen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Zudem können sie für die Umsetzung nationaler Länder- oder Regionalstrategien genutzt werden und die Sichtbarkeit Deutschlands im Ausland erhöhen. TNB-Maßnahmen können auch entwicklungspolitisch bedeutsam sein, da durch den Bildungsexport der Kapazitätsaufbau in den Gastländern befördert wird. |<sup>73</sup> Auf Seiten der Gaststaaten – häufig Schwellenländer – hat das Interesse an TNB-Angeboten seinen Ursprung zumeist in einem gestiegenen Bedarf nach höherer Bildung. In der Regel erhoffen sie sich zudem Unterstützung und Impulse für den Auf- und Ausbau des eigenen Hochschulsystems.

Wegen seines Anwendungs- und Praxisbezuges stößt das Modell der deutschen Fachhochschulen im Ausland auf besonders großes Interesse. |<sup>74</sup> Im Aufbau von Bildungseinrichtungen nach diesem Vorbild sehen Schwellen- und Entwicklungsländer mit einer sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft eine Möglichkeit, ihren zunehmenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken.

|<sup>72</sup> Ebd.

|<sup>73</sup> S. DAAD: Transnationale Bildung in Deutschland. Positionspapier des DAAD, 2012, S. 14.

|<sup>74</sup> Ein Beleg dafür ist die Beteiligung der Fachhochschulen an den Förderprogrammen des DAAD für TNB-Angebote. Gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtzahl der in Deutschland eingeschriebenen Studierenden von rund 32 % bis 35 % in den vergangenen Jahren sind Vorhaben von Fachhochschulen in der TNB-Förderung überdurchschnittlich stark vertreten. Nach Auswertungen des DAAD wurden mehr als die Hälfte (52 %) aller geförderten TNB-Vorhaben in den Jahren 2010 bis 2015 federführend oder alleinverantwortlich von Fachhochschulen durchgeführt. Ein hohes Interesse am deutschen FH-Modell und am dualen Studienmodell besteht nach Angaben des DAAD in Ländern mit einer starken Präsenz deutscher Industrieunternehmen, beispielsweise in Mexiko, sowohl von Seiten der Hochschulen als auch der Industrie. Außerdem verhandelt der DAAD derzeit über den Aufbau eines kostenpflichtigen Beratungsprogramms zum FH-Modell in China (DAAD nachrichtlich, Juni 2018).

Dies hat in der Vergangenheit bereits zur Gründung einiger transnationaler Bildungsvorhaben im Ausland geführt, die auf anwendungsorientierte Lehre ausgerichtet sind, wie die *German Jordanian University* (GJU) in Amman oder die *Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie* (DMHT) in Ulaanbaatar. Auch in Industriestaaten, die bei hohen Akademikerquoten eine hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit verzeichnen, kann das Modell der praxisorientierten Hochschulbildung wichtige Dienste leisten, um Qualifikationen anzubieten, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Die Chancen, das Fachhochschulmodell in interessierten Partnerstaaten zu übertragen, könnten jedoch besser ausgeschöpft werden, auch für die weitere Internationalisierung dieses Hochschultyps in Deutschland.

Aus Mitteln des AA werden derzeit vier Exzellenzzentren weltweit sowie sieben Fachzentren in Afrika gefördert, in denen deutsche und ausländische Hochschulen und Forschungsinstitute thematisch zusammenarbeiten. Mit den Exzellenzzentren sollen die besonderen Stärken der deutschen Wissenschaft herausgestellt und die internationale Vernetzung insbesondere in der Nachwuchsausbildung vorangetrieben werden; die Fachzentren sollen helfen, die Ausbildungsqualität von Führungskräften an afrikanischen Hochschulen zu verbessern, Forschungskapazitäten aufzubauen und afrikanische Hochschulen und Forschungseinrichtungen miteinander wie auch mit deutschen Partnern zu vernetzen.

Ein Vernetzungsinstrument der deutschen Wissenschaft im Ausland, das anders als die TNB nicht nur den Hochschulen vorbehalten ist, sondern das gesamte Wissenschaftssystem einbezieht, sind die DWIH im Ausland. Zu ihren originären Aufgaben gehört es, als „Schaufenster der deutschen Wissenschaft“ die Sichtbarkeit der deutschen Forschungs- und Hochschullandschaft zu erhöhen und diese im Ausland bekannt zu machen, als erste Anlaufstelle für Informationen und Beratung zum deutschen Wissenschaftssystem zu dienen und Kontakte in Deutschland zu vermitteln sowie die Vernetzung von Akteuren aus Wissenschaft und Wirtschaft voranzutreiben. Die DWIH werden seit Anfang 2017 institutionell über den DAAD gefördert. In Zusammenarbeit mit dem AA und den Mitgliedseinrichtungen der Allianz der Wissenschaftsorganisationen ist vor kurzem eine neue Governance-Struktur eingeführt worden, die die strategische Steuerung der Häuser verbessern und eine aktive Beteiligung der Wissenschaftsorganisationen an ihnen sichern soll.

Zu den weiteren Auslandspräsenzen der deutschen Wissenschaft, die der Vernetzung dienen, gehören auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie z. B. die zehn von der Max Weber Stiftung unterhaltenen geisteswissenschaftli-

chen Institute im Ausland |<sup>75</sup> und das Deutsche Archäologische Institut (DAI) mit zahlreichen Zweigstellen im Ausland. |<sup>76</sup> Außerdem gibt es befristet finanzierte Förderinstrumente, z. B. die im Aufbau befindlichen, BMBF-initiierten *Maria Sibylla Merian Centres for Advanced Studies* in wissenschaftlich und politisch wichtigen Staaten in Asien, Lateinamerika und Afrika. |<sup>77</sup> Mit Hilfe dieser internationalen Forschungskollegs soll die Internationalisierung der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften in Deutschland vorangebracht werden, dem gestiegenen Bedarf an Wissen über diese Länder und Regionen Rechnung getragen und die Kooperation mit ihnen intensiviert werden.

Einzelne Hochschulen und Hochschulverbände sowie Forschungseinrichtungen haben zudem Verbindungsbüros, Niederlassungen oder Institute im Ausland aufgebaut, um sich in den Zielländern zu vernetzen und wissenschaftliche Nachwuchskräfte für sich zu gewinnen. Diese Büros sind häufig auch an den DWIH beteiligt.

Die deutschen Botschaften und Konsulate wirken an der Außenrepräsentanz des deutschen Wissenschaftssystems ebenfalls mit und halten Informations- und Beratungsangebote bereit.

Schließlich gibt es mit den neu etablierten *European Network of Research and Innovation Centres and Hubs* inzwischen auch gemeinsame europäische Vernetzungsinstrumente in Drittstaaten, mit denen die Rolle Europas in der Welt in Wissenschaft, Technologie und Innovation gestärkt werden soll (s. Kap. A.II.2).

### III.3 Internationalisierung und Internationalisierungsstrategien der Hochschulen

Die Prozesse der Internationalisierung sind an den deutschen Hochschulen unterschiedlich weit fortgeschritten. |<sup>78</sup> Befördert wurde die Strategieentwicklung an Hochschulen durch Wettbewerbe wie die Exzellenzinitiative bzw. Exzellenzstrategie. Unterstützend gewirkt hat auch das 2009 ins Leben gerufene Interna-

|<sup>75</sup> S. <https://www.maxweberstiftung.de/institute.html> (letzter Zugriff: 07.06.2018).

|<sup>76</sup> S. <https://www.dainst.org/> (letzter Zugriff: 07.06.2018).

|<sup>77</sup> Erste Forschungskollegs dieser Art werden derzeit in Delhi (Indien), Guadalajara (Mexiko) und São Paulo (Brasilien) vorbereitet. Ein weiteres Forschungskolleg wird ab 2018 in Accra (Ghana) eingerichtet, ein deutsch-chinesisches Kolleg ist in Planung (s. <https://www.bmbf.de/de/maria-sibylla-merian-centres-5181.html>, letzter Zugriff: 07.06.2018). Das jeweilige Gastland soll sich mit 50 % an der Finanzierung beteiligen.

|<sup>78</sup> Eine Sonderstellung nehmen die Kunst- und Musikhochschulen ein, die traditionell einen sehr hohen Anteil ausländischer Studierender verzeichnen; dies entspricht jedoch nicht notwendigerweise einer dezidierten Internationalisierungsstrategie.

tionalisierungsaudit der Hochschulrektorenkonferenz. |<sup>79</sup> Gemäß einer Erhebung des DAAD haben insgesamt etwa 75 % von 159 deutschen Hochschulen eine Internationalisierungsstrategie, wobei sie bei rund 30 % Teil der Gesamtstrategie ist. Bei den befragten Universitäten geben rund 84 % an, über eine Internationalisierungsstrategie zu verfügen, bei weiteren etwa 10 % ist sie in Arbeit oder geplant. Von den befragten Fachhochschulen haben 77 % eine Internationalisierungsstrategie, entweder als eigenständige oder als Teil einer Gesamtstrategie, und bei rund 19 % ist sie geplant oder in der Ausarbeitung. |<sup>80</sup> Häufig sind die Internationalisierungsbemühungen vorrangig auf Studium und Lehre ausgerichtet, insbesondere auf die Studierendenmobilität und den Aufbau gemeinsamer Studiengänge mit Partnerhochschulen im Ausland. Zumeist werden quantitative Zielzahlen, z. B. mit Blick auf die Anzahl ausländischer Studierender oder die Anzahl internationaler Studiengänge gesetzt. Andere Handlungsfelder, wie Forschung, Transfer oder die Internationalisierung der Verwaltung, bleiben oftmals außer Acht. |<sup>81</sup>

Die strategische Verknüpfung der vorhandenen Einzelmaßnahmen im Sinne eines institutionellen Gesamtkonzepts für die Internationalisierung ist an vielen Hochschulen noch in der Entwicklung. Eine Ursache dafür, Internationalisierungsaspekte nicht als Querschnittsaufgabe zu integrieren, kann darin liegen, dass für die Internationalisierung keine gesonderten Grundmittel zur Verfügung stehen, sondern die Hochschulen diese Aktivitäten ganz überwiegend aus Projektmitteln finanzieren. Zudem kann die Erwartung, dass alle Hochschulen über eine Internationalisierungsstrategie verfügen sollten, dazu führen, dass Internationalisierungskonzepte separat ausgewiesen werden.

|<sup>79</sup> Mit Stand Januar 2018 haben bisher 80 Hochschulen das Audit durchlaufen (s. <https://www.hrk.de/audit/audit/hochschulen/>). Bis Ende 2016 wurde das Audit vom BMBF gefördert, seit Anfang 2017 wird es auf Selbstkostenbasis angeboten. Bereits auditierte Hochschulen können an einem Re-Audit teilnehmen.

|<sup>80</sup> Von 262 eingeladenen Hochschulen haben 159 an der Online-Befragung teilgenommen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von knapp 61 %. Rund 30 % der teilnehmenden Hochschulen sind Universitäten und etwa 48 % Fachhochschulen; die übrigen sind Kunst- und Musikhochschulen, Technische Universitäten sowie Pädagogische und Theologische Hochschulen (DAAD: Umfrage des DAAD zur Internationalisierung der deutschen Hochschulen, 2018. Unveröffentlichtes Dokument).

|<sup>81</sup> HRK: Auf internationale Erfolge aufbauen. Beispiele guter Internationalisierungspraxis an deutschen Hochschulen, 2015, S. 28. Ein Beispiel für eine erfolgreiche internationale Kooperation im Bereich Infrastrukturen zwischen einer großen Anzahl von Hochschulen und anderen Organisationen in derzeit 85 Staaten weltweit ist die Initiative *Education Roaming* (eduroam). Sie ermöglicht Mitarbeitenden und Studierenden der teilnehmenden Universitäten und Organisationen einen Internetzugang an den Standorten aller beteiligten Organisationen unter Verwendung ihres eigenen Benutzernamens und Passwortes (s. <https://www.eduroam.org/>, letzter Zugriff: 03.05.2018).

Internationale Kooperationsbeziehungen deutscher Hochschulen in Forschung und Lehre existieren in großer Zahl. Mitte des Jahres 2016 waren im Hochschulkompass der HRK mehr als 32 Tsd. internationale Kooperationen erfasst, die von 301 deutschen Hochschulen mit fast 5.300 Hochschulen in 154 Staaten vereinbart wurden. |<sup>82</sup> Viele Hochschulen haben längerfristige, meist bilaterale Partnerschaften mit ausländischen Hochschulen aufgebaut. Insbesondere größere Universitäten und Fachhochschulen haben sich auch zu Verbänden und Netzwerken zusammengeschlossen, um ihre Internationalisierung gemeinsam mit ähnlich aufgestellten Hochschulen im In- und Ausland weiterzuentwickeln. |<sup>83</sup> Einige Hochschulen haben alleine oder in Kooperation mit anderen Verbindungsbüros im Ausland eröffnet. |<sup>84</sup> Insgesamt ist ein Trend zu übergreifenden strategischen Partnerschaften zu beobachten, die sich auf verschiedene Bereiche der Hochschule erstrecken und von der gesamten Hochschule getragen und gelebt werden.

Im Jahr 2014 waren 52 % der ausländischen Doktorandinnen und Doktoranden in Promotionsprogrammen, 44 % der ausländischen Masterstudierenden und 11 % der ausländischen Bachelorstudierenden in Studienprogrammen eingeschrieben, deren Unterrichtssprache ausschließlich Englisch war. |<sup>85</sup> Es besteht also ein nicht unerhebliches Interesse an fremd- bzw. englischsprachigen Studiengängen und diese tragen zur Internationalisierung der Hochschulen bei. Wenige deutsche Hochschulen setzen bisher gezielt darauf, einen Großteil ihrer Studiengänge auf Englisch oder in anderen Fremdsprachen anzubieten, um verstärkt ausländische Studierende zu gewinnen oder deutschen Studierenden ein größeres fremdsprachiges Studienangebot zu unterbreiten. So sind die Anteile fremdsprachiger Studiengänge im Vergleich z. B. mit den Niederlanden oder den skandinavischen Staaten sehr gering. Gemäß dem Hochschulkompass der HRK wurden 2018 von insgesamt 10.296 grundständigen Studiengängen 247 in

|<sup>82</sup> Rund die Hälfte davon waren Partnerschaften im Rahmen des Erasmus-Programms. Technische Universitäten und kleine Universitäten schließen überdurchschnittlich viele Kooperationsvereinbarungen mit ausländischen Partnern außerhalb des Erasmus-Programms ab (DAAD: Internationalität an deutschen Hochschulen. Siebte Erhebung von Profildaten 2016, S. 56 f.). Die Eintragungen zu den internationalen Kooperationen im HRK-Hochschulkompass werden von den Hochschulen selbst vorgenommen und können daher unvollständig sein.

|<sup>83</sup> Im Verbund UAS7 e. V. beispielsweise treiben sieben forschungsorientierte deutsche Fachhochschulen auch ihre Internationalisierung gemeinsam voran.

|<sup>84</sup> Die Freie Universität Berlin verfügt über Verbindungsbüros in Brüssel, Kairo, Moskau, Neu Delhi, New York, São Paulo und Peking. Die Universität zu Köln unterhält Auslandsrepräsentanzen in New York, Neu Delhi und Peking. Die Ruhr-Universität Bochum, die Universität Duisburg-Essen und die Technische Universität Dortmund betreiben als Universitätsallianz Ruhr gemeinsam drei Verbindungsbüros in New York, Moskau und São Paulo.

|<sup>85</sup> DAAD: STIBET-Evaluation 2014.

einer Fremdsprache angeboten, d. h. etwa 2,4 %. Im Bereich der weiterführenden Studienangebote lag der Anteil mit 13,1 % deutlich höher; hier gab es bei 9.179 Studiengängen insgesamt 1.200 fremdsprachige Studienangebote. |<sup>86</sup> Eine große Zahl deutscher Hochschulen, nämlich 167 von 398, verfügte im Jahr 2017 über keine englischsprachigen Studienangebote. Bei 129 der Hochschulen lag der Anteil bei unter 10 %. Auch im Masterbereich bietet eine große Zahl der Hochschulen keine englischsprachigen Studienprogramme an (s. Anhang, Tabelle 3). Einige Hochschulen bieten in Kooperation mit ausländischen Partnern Studiengänge an, die zu einem Gemeinsamen Abschluss (*joint degree*) oder einem Doppelabschluss (*double degree*) führen. Einen Gemeinsamen Abschluss verleihen die Partnerhochschulen gemeinsam, wohingegen beim Doppelabschluss zwei Hochschulgrade – nämlich die der beteiligten Partnerhochschulen – verliehen werden. Im Wintersemester 2007/08 wurden 253 Studiengänge angeboten, die zu einem Gemeinsamen Abschluss oder einem Doppelabschluss führten (von insgesamt 11.265 Studiengängen, damit 2,2 %). |<sup>87</sup> Im Wintersemester 2017/18 hatte sich diese Zahl auf 688 erhöht (von insgesamt 19.011 Studiengängen, damit 3,6 %) (s. Anhang, Tabelle 4). Es geht mit dem Befund geringer Anteile von fremdsprachigen Studienangeboten einher, dass auch nur wenige deutsche Hochschulen bisher eine dezidierte Sprachenpolitik erarbeitet und strategisch verankert haben, wenngleich die HRK bereits im Jahr 2011 eine Empfehlung dazu vorgelegt hat. |<sup>88</sup>

Bezüglich der internationalen Kooperation in der Forschung ist als ein Aspekt die gemeinsame Publikationstätigkeit mit ausländischen Partnern zu nennen. Im Jahr 2014 wurden 54 % der Publikationen deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Kooperation mit ausländischen Partnern erarbeitet. |<sup>89</sup> In Deutschland ist der Anteil internationaler Ko-Publikationen seit 2004 um 23 % gestiegen und liegt inzwischen auf ähnlichem Niveau wie in Frankreich

|<sup>86</sup> S. <https://www.hochschulkompass.de/home.html> (Stand: Mai 2018). Fast alle fremdsprachigen Studiengänge an deutschen Hochschulen werden auf Englisch durchgeführt. An niederländischen Hochschulen wurden im Jahr 2017 von insgesamt 1.102 Studiengängen 93 im Bachelorbereich und 513 im Masterbereich auf Englisch angeboten, das entspricht 23 % aller Bachelor- bzw. 74 % aller Masterprogramme. 49 Bachelor- und 74 Masterstudiengänge wurden sowohl auf Englisch als auch auf Niederländisch durchgeführt (12 % bzw. 11 %). 264 Bachelor- und 109 Masterprogramme wurden ausschließlich auf Niederländisch angeboten (65 % bzw. 16 %) (s. <https://vsnu.nl/files/documenten/Factsheets/Factsheet%20Taalbeleid.pdf>, letzter Zugriff: 12.06.2018).

|<sup>87</sup> HRK: Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, Wintersemester 2007/2008, Statistiken zur Hochschulpolitik 3/2007, S. 18.

|<sup>88</sup> HRK: Sprachenpolitik an deutschen Hochschulen. Empfehlung der 11. Mitgliederversammlung der HRK am 22. November 2011.

|<sup>89</sup> Diese Angabe umfasst alle deutschen Publikationen, d. h. nicht nur die, die an Hochschulen entstanden sind, sondern auch die an außeruniversitären Forschungseinrichtungen erarbeiteten.

(57 %), Großbritannien (56 %) und Kanada (52 %). Noch höhere Anteile erreichten kleinere Länder wie z. B. die Schweiz (70 %), Österreich (67 %) und Belgien (66 %) (s. Anhang, Abbildung 3).

Die zunehmende internationale Zusammensetzung in der Studierendenschaft und unter den Forschenden und Lehrenden an den deutschen Hochschulen (s. Anhang, Abbildung 4 sowie Tabelle 5 und Tabelle 6) geht mit einer gestiegenen Verantwortung bei der Betreuung und Integration dieser Gruppen einher, auf die die Hochschulen noch nicht in jeder Hinsicht angemessen vorbereitet sind. Sie stellt erhöhte Anforderungen an die Ausgestaltung der Lehre, an die Beratung und Betreuung internationaler Studierender und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie deren Integration in die Studierendenschaft bzw. das Kollegium, an die verwaltungsbezogenen Prozesse der Hochschulen und die Abstimmung mit den zuständigen kommunalen Behörden. Die deutschen Hochschulen entwickeln in diesem Zusammenhang auch Strategien für die „Internationalisierung zu Hause“. Diese zielen darauf ab, die Institution zu einem international aufgestellten Lehr-, Forschungs-, Interaktions- und Diskursraum zu entwickeln, indem Maßnahmen und Instrumente eingeführt werden, mit denen die internationale und interkulturelle Vielfalt ausländischer Studierender und Lehrender fruchtbar gemacht wird und z. B. auch Studierenden, die keinen Auslandsaufenthalt absolvieren, internationale Erfahrungen ermöglicht und interkulturelle Kompetenzen vermittelt werden. Allerdings könnten die Hochschulen ihre diesbezüglichen Aktivitäten noch deutlich ausbauen und das vorhandene Potenzial besser ausschöpfen.

Für Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben haben, stellen sich vor der Aufnahme eines Hochschulstudiums, währenddessen und beim Übertritt von der Hochschule in die Erwerbstätigkeit besondere Anforderungen, denen sich der Wissenschaftsrat bereits in seinen Empfehlungen zur Gewinnung, Integration und Qualifizierung internationaler Studierender zugewandt hat. |<sup>90</sup> Untersuchungen zeigen erhöhte Studienabbruchquoten ausländischer Studierender im Vergleich zu denen deutscher Studierender. Im Absolventenjahrgang 2012 beispielsweise beendeten 41 % der Bildungsausländer ihr Bachelorstudium in Deutschland ohne Abschluss, unter den deutschen Studierenden waren es 28 %. |<sup>91</sup> Die Schwierigkeiten internationaler

|<sup>90</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Gewinnung, Integration und Qualifizierung internationaler Studierender. Dritter Teil der Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (Drs. 5437-16), Kiel Juli 2016.

|<sup>91</sup> Studienanfänger aus Lateinamerika und Westeuropa brachen ihr Studium am häufigsten ab (59 % bzw. 55 %). Die Abbruchquote der Bildungsausländer aus Afrika lag bei 41 % und die der aus den asiatischen Staaten außerhalb Ostasiens bei 30 %. Die geringste Quote beim Studienabbruch verzeichnen die ostasiatischen Studierenden mit 19 % (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW): Die

Studierender in Zusammenhang mit ihrem Studium in Deutschland beziehen sich insbesondere auf die Suche nach einer Unterkunft, den fehlenden Kontakt zu deutschen Studierenden bzw. zur deutschen Bevölkerung, die Orientierung im Studiensystem, die Finanzierung des Studiums und die Verständigung in der deutschen Sprache. |<sup>92</sup>

Es gibt bereits übergreifende Programme, um den Studienerfolg ausländischer Studierender zu verbessern. Zu nennen ist beispielsweise das DAAD-Stipendien- und Betreuungsprogramm STIBET, in dessen Rahmen die Hochschulen Mittel für die Vergabe von Stipendien und für die fachliche und soziale Betreuung ausländischer Studierender erhalten. |<sup>93</sup>

#### III.4 Ausgangsbedingungen und Chancen der Internationalisierung an Fachhochschulen

Für die Internationalisierung der Fachhochschulen sind einige spezifische Aspekte relevant. Gegenwärtig liegt die Mehrzahl dieser Hochschulen beim Grad ihrer Internationalisierung noch hinter den Universitäten zurück. Ein Indikator dafür ist, dass die Anteile der DAAD-Individualgeförderten wie auch die DAAD-Förderbeträge sowohl in der Individualförderung als auch in Projekten und Programmen an den Fachhochschulen im Jahr 2016 deutlich geringer waren als an den Universitäten. |<sup>94</sup> Auch die Anteile der internationalen Studierenden und des internationalen wissenschaftlichen Personals sind an den Fachhochschulen geringer als an den Universitäten (s. Anhang, Tabelle 7 und Tabelle 8). Und schließlich absolvieren weniger Fachhochschulstudierende einen Auslandsaufenthalt (s. Anhang, Abbildung 5 sowie Kap. A.III.5.a).

Entwicklung der Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen. Statistische Berechnungen auf der Basis des Absolventenjahrgangs 2012. Forum Hochschule 4/2014, Hannover, S. 3 und S. 10 ([http://www.dzhw.eu/pdf/pub\\_fh/fh-201404.pdf](http://www.dzhw.eu/pdf/pub_fh/fh-201404.pdf), letzter Zugriff: 09.01.2018). Es ist darauf hinzuweisen, dass die genannten Anteile wahrscheinlich überhöht und damit verzerrend sind, denn erstens strebt eine nicht geringe Zahl der erfassten Studierenden vermutlich gar keinen Studienabschluss in Deutschland an. Dies gilt insbesondere für Studierende aus Westeuropa, die als *free mover* in Deutschland studieren und daher fälschlicherweise in der Statistik enthalten sind. Zweitens ist die Wahrscheinlichkeit bei ausländischen Studierenden, dass sie ihren Abschluss in einem anderen Land als Deutschland erwerben, vermutlich größer als bei deutschen Studierenden.

|<sup>92</sup> Apolinarski, B.; Poskowsky, J.: Ausländische Studierende in Deutschland 2012, Ergebnisse der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), 2013, S. 48 ([https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/51\\_soz20\\_auslaenderbericht.pdf](https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/51_soz20_auslaenderbericht.pdf), letzter Zugriff: 09.01.2018).

|<sup>93</sup> S. <https://www.daad.de/hochschulen/betreuung/stibet/de/> (letzter Zugriff: 01.06.2018).

|<sup>94</sup> DAAD: Internationalität an deutschen Hochschulen. Siebte Erhebung von Profildaten 2016, S. 39 und S. 41.



Für die langsamer voranschreitende Internationalisierung dieses Hochschultyps sind strukturelle Gründe anzuführen. So sind viele Förderinstrumente mit internationaler Zielrichtung auf die Forschung und die Phase der Promotion ausgerichtet. Im Transfer oder in der Weiterbildung, die neben der Lehre Stärken der Fachhochschulen sind, sind internationale Kooperationen und auch die entsprechenden Förderformate bisher weniger ausgeprägt. Außerdem verfügen die Fachhochschulen über wenig oder kein Personal im Bereich des Wissensmanagements und im Mittelbau, das die planerischen und operativen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Internationalisierung übernehmen könnte. Durch das in der Regel hohe Lehrdeputat sind auch die Spielräume für Professorinnen und Professoren eingeschränkt, um internationale Kooperationen zu initiieren und langfristig zu pflegen. Nicht alle Professorinnen und Professoren können eigene Forschungsaktivitäten entfalten, über die internationale Partner – auch aus Industrie und Gesellschaft – für grenzüberschreitende Kooperationen gewonnen werden. Auch aufgrund der spezifischen Karrierewege des wissenschaftlichen Personals an Fachhochschulen, die oftmals stärker auf die Wirtschaft und gemeinnützige Einrichtungen ausgerichtet sind, sind Forschungs- und Lehraufenthalte an ausländischen Hochschulen weniger verbreitet. Dennoch haben etliche Fachhochschulen in den vergangenen Jahren damit begonnen, Strategien für ihre Internationalisierung zu entwickeln. Einige unter ihnen haben ein klares internationales Profil ausgebildet, da internationale Erfahrungen und interkulturelle Kompetenzen nicht nur für den globalisierten Arbeitsmarkt erforderlich sind, sondern zunehmend auch in den beruflichen Tätigkeitsfeldern, auf die ein Fachhochschulstudium vorbereitet, wie in regionalen Unternehmen, die auch international tätig sind, oder in sozialen Einrichtungen, die sich auch an ausländische Zielgruppen wenden. Insgesamt bestehen im deutschen Hochschulsystem auch hier noch weitere Möglichkeiten der Internationalisierung.

### III.5 Mobilität von Studierenden sowie wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal

Aus der Perspektive der Internationalisierung deutscher Hochschulen spielt die Mobilität in das bzw. aus dem Ausland eine große Rolle. Deutschland ist ein attraktives Ziel für ausländische Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Deutsche Hochschulen gewinnen viele ausländische Studierende für sich und entsenden zugleich einen hohen Anteil inländischer Studierender ins Ausland.

Die bilateralen Wanderungsbilanzen zwischen Deutschland und anderen Ländern sind nicht immer ausgeglichen. So ist das Interesse ausländischer Studierender sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus etlichen Staaten an einem Aufenthalt in Deutschland größer als das der Deutschen an diesen Ländern. In bestimmte Staaten zieht es wiederum viele deutsche Studierende, For-

schende und Lehrende, von dort gibt es jedoch ein geringeres Interesse an einem Aufenthalt an deutschen Hochschulen (s. Anhang, Abbildung 6 und Abbildung 7 sowie Tabelle 5 und Tabelle 6). Auffällig ist jedoch, dass Mobilität zwischen Deutschland und einer Vielzahl anderer Länder stattfindet und sich die Austausch- und Wanderungsbewegungen nicht auf wenige Staaten beschränken. In deutschen Hochschulen kann diese Vielfalt zu einer akademisch und kulturell bereichernden Atmosphäre zum einen durch temporäre Auslandsaufenthalte ihrer Mitglieder und durch Rückkehrende mit internationalen Erfahrungen, zum anderen durch die Aufenthalte oder die Rekrutierung von Personen aus dem Ausland beitragen. Die Auslandsmobilität spielt somit auch eine zentrale Rolle für die „Internationalisierung zu Hause“, insbesondere für einheimische Studierende, die selbst keinen Auslandsaufenthalt absolvieren. Sich dieser Vielfalt bewusst zu sein und sie institutionell fruchtbar einzusetzen, sie strategisch in Forschung, Lehre und Transfer zu nutzen, ist eine der wichtigen Aufgaben im Kontext der Internationalisierung, bei der die gestalterischen Möglichkeiten deutscher Hochschulen bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind.

### III.5.a Mobilität in das Ausland

#### *Studierende*

Insgesamt ist die Studierendenmobilität in den vergangenen zehn Jahren gestiegen. So lag der Anteil aller Studierenden bzw. Absolventinnen und Absolventen mit studienbezogenen Auslandsaufenthalten von mindestens drei Monaten im Jahr 2007 bei 23 % und im Jahr 2015 bei 30 %. |<sup>95</sup> Gemäß einem Entschluss der Wissenschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern sollte jede zweite deutsche Hochschulabsolventin bzw. jeder zweite Hochschulabsolvent studienbezogene Auslandserfahrung sammeln und mindestens jede bzw. jeder dritte einen Auslandsaufenthalt von mindestens drei Monaten oder 15 ECTS-Punkten nachweisen können. |<sup>96</sup> Während die deutschen Hochschulen bei der Mobilität aus dem Ausland bereits 2017 das für 2020 gesetzte Ziel erreicht haben, dass mindestens 350 Tsd. ausländische Studierende an deutschen Hochschulen studieren |<sup>97</sup>, ist das Ziel in der Mobilität in das Ausland noch nicht erreicht. Die Zahl der Erasmus-Studierenden aus Deutschland hat sich von 1988 bis 2015 von weniger als 1.000 auf mehr als 30 Tsd. erhöht und hat damit

|<sup>95</sup> DAAD/DZHW: Internationalität im Studium 2015, Projektbericht Dezember 2015, S. 7.

|<sup>96</sup> GWK: Strategie der Wissenschaftsminister/innen von Bund und Ländern für die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland, April 2013 ([https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Beschluss-Internationalisierungsstrategie\\_\\_1\\_.pdf](https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Beschluss-Internationalisierungsstrategie__1_.pdf), letzter Zugriff: 26.04.2018).

|<sup>97</sup> Ebd.

eine gute Entwicklung genommen. |<sup>98</sup> Gemäß der aktuellen Mobilitätsstudie des DAAD und des DZHW ist im Vergleich zum Jahr 2015 die Gesamtquote der Mobilität *in höheren Semestern* über alle Hochschul- und Studienarten jedoch nur geringfügig von 37 % auf 38 % angestiegen. |<sup>99</sup> Daher wäre weiterhin eine deutliche Mobilitätssteigerung nötig, um das 50 %-Ziel von Bund, Ländern und DAAD zu erreichen. Zu beachten ist, dass die Mobilität sich aufgrund der Expansion der Hochschulbildung relativ zwar nur geringfügig erhöht hat, in absoluten Zahlen aber ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen ist. |<sup>100</sup>

Im Jahr 2015 absolvierten insgesamt 59 % der mobilen Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen einen Auslandsaufenthalt in Westeuropa. |<sup>101</sup> Die beliebtesten Zielländer der deutschen Studierenden sind die nordischen Länder, Spanien, Frankreich und Großbritannien (s. Anhang, Abbildung 6). Auch Studierende, die einen Abschluss an einer ausländischen Hochschule anstreben, wählen hierfür vor allem Zielländer in Europa und die USA (s. Anhang, Tabelle 9). Die Mobilität in Länder, die in Zukunft für Wissenschaft und Wirtschaft interessant sein werden oder es bereits sind, wie Russland oder China, ist niedrig, wenngleich die Anteile steigen – im Fall von Ostasien beispielsweise von 4 % im Jahr 2007 auf 8 % im Jahr 2015. |<sup>102</sup>

Studierende mit nicht-akademischer Bildungsherkunft sind unter den mobilen Studierenden weniger stark vertreten, und damit auch Fachhochschulstudierende, die häufiger als Universitätsstudierende als erste in ihrer Familie ein

|<sup>98</sup> Gemessen an der Zahl der Studierenden im 5. und 6. Hochschulsesemester lag der Anteil der Erasmus-Studierenden im Jahr 2015 bei 7,8 %. Für Studierende an Universitäten lag der Anteil bei fast 11 %, an Fachhochschulen war er mit unter 5 % deutlich niedriger (vgl. DAAD: Internationalität an deutschen Hochschulen. Siebte Erhebung von Profildaten 2016, S. 23 f.).

|<sup>99</sup> Grund dafür sind Mobilitätssteigerungen im Masterstudium an Fachhochschulen und im Staatsexamen (Master FH: +7 Prozentpunkte, Staatsexamen: +5 Prozentpunkte). Im Bachelorstudium an Universitäten hingegen stagniert der Anteil an studienbezogenen Auslandsaufenthalten, beim Bachelorstudium an Fachhochschulen und beim Masterstudium an Universitäten sind sogar leichte Rückgänge festzustellen. Absolventenbefragungen von INCHER und DZHW und die 21. Sozialerhebung kommen aufgrund anderer methodischer Herangehensweisen mit 25 % bzw. 28 % zu deutlich niedrigeren Anteilen (vgl. DAAD: Wissenschaft weltweit 2017, S. 78).

|<sup>100</sup> Im Jahr 2004 befanden sich 66.400 deutsche Studierende im Ausland, im Jahr 2014 waren es 137.300 (DAAD: Wissenschaft weltweit kompakt 2017, Deutsche Studierende im Ausland seit 1991, Hochrechnung, S. 13).

|<sup>101</sup> 13 % der Studierenden gingen für einen Studienaufenthalt nach Nordamerika, 9 % nach Osteuropa, 8 % nach Ostasien, 7 % nach Süd- und Mittelamerika, 6 % nach Süd-, Vorder- und Zentralasien, 5 % nach Afrika und 3 % nach Australien/Ozeanien (Woisch, A.; Willige, J.: Internationale Mobilität im Studium 2015. Ergebnisse der fünften Befragung deutscher Studierender zur studienbezogenen Auslandsmobilität, Projektbericht Dezember 2015, DAAD/DZHW, S. 46).

|<sup>102</sup> Nur 5 % der mobilen Studierenden an Universitäten absolvierten 2015 einen Auslandsaufenthalt in Ostasien, hingegen 13 % der auslandsmobilen FH-Studierenden (ebd., S. 48).

Hochschulstudium aufnehmen (s. Anhang, Abbildung 5). |<sup>103</sup> Auch Studierende mit dem Abschlussziel Staatsexamen haben eine geringere Mobilitätsneigung. |<sup>104</sup> Dies schließt auch die Lehramtsstudierenden und die Studierenden der Rechtswissenschaften ein. |<sup>105</sup>

#### *Wissenschaftliches und nicht-wissenschaftliches Personal*

Auf einem deutlich niedrigeren Niveau bewegt sich die Mobilität des wissenschaftlichen Personals. Im Jahr 2015 verbrachten über 16 Tsd. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen von deutschen Wissenschaftsorganisationen geförderten Gastaufenthalt im Ausland und damit rund 7 % des gesamten wissenschaftlichen Personals an deutschen Hochschulen. |<sup>106</sup> Da in diese Angaben nicht alle Förderorganisationen und die von den wissenschaftlichen Einrichtungen selbst unterstützten Auslandsaufenthalte nicht einbezogen sind, liegt die tatsächliche Zahl der Aufenthalte deutscher Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler vermutlich deutlich höher. Außerdem wurden im Jahr 2015 im Rahmen des Erasmus+-Programms insgesamt 2.857 Lehraufenthalte absolviert. Der Anteil der ausreisenden Erasmus-Dozentinnen und -Dozenten an der Gesamtzahl der wissenschaftlichen Beschäftigten an deutschen Hochschulen erhöhte sich im Zeitraum von 2007 bis 2014 nur leicht. |<sup>107</sup> Dies könnte u. a. auf die Exzellenzinitiative zurückgehen, mit der an vielen Universitäten zusätzliche Instrumente für den Austausch von wissenschaftlichem Personal geschaffen wurden. Das Erasmus-Programm wird vom wissenschaftlichen Personal der verschiedenen Hochschultypen unterschiedlich stark genutzt (s. Anhang, Abbildung 8). Wie die Erasmus-Studierenden, so reisen auch die Erasmus-Dozentinnen und -Dozenten bevorzugt in nord- und westeuropäische Länder, aber auch nach Polen (s. Anhang, Abbildung 7). Für das wissenschaftliche Personal an Fachhochschulen sind die Hürden, zeitweise im Ausland zu lehren und zu

|<sup>103</sup> Auch Studierende mit familiären Verpflichtungen und Studierende aus den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften, Sprach- und Kulturwissenschaften/Sport sowie Mathematik/Naturwissenschaften sind unter den nicht-mobilen Studierenden stark vertreten (ebd., S. 88 ff.).

|<sup>104</sup> Die Quote beträgt 29 % (ebd., S. 20).

|<sup>105</sup> In den Staatsexamensstudiengängen ist die Mobilitätsquote in der Fächergruppe Medizin mit 31 % am höchsten, gefolgt von den Lehramtsstudierenden mit 29 % und den Studierenden der Rechtswissenschaften mit 27 % (ebd., S. 22).

|<sup>106</sup> S. DAAD: Wissenschaft weltweit 2017, S. 122. Zu den Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern zählen Personen, die sich ohne Anstellung für eine befristete Dauer im Rahmen einer finanziellen Förderung im Ausland aufhalten und in Lehre und Forschung an ausländischen Hochschulen oder Forschungseinrichtungen tätig sind.

|<sup>107</sup> Er stieg von 5,9 % auf 6,6 %, 2015 erfolgte dann ein Rückgang auf nur noch 6,0 %. Ursächlich für den Rückgang ist vermutlich unter anderem die (verwaltungstechnische) Umstellung auf das neue Erasmus+-Programm an den Hochschulen (HRK/GES nachrichtlich, Mai 2018 und Abbildung 8).

forschen, besonders hoch, da es kaum Beurlaubungs- und Vertretungsmöglichkeiten an der eigenen Hochschule gibt und Förderformate dafür fehlen.

Auch für das nicht-wissenschaftliche Hochschulpersonal besteht seit einiger Zeit im Rahmen von Erasmus+ die Möglichkeit, Fort- und Weiterbildungsaufenthalte im europäischen Ausland zu verbringen. Einige wissenschaftliche Einrichtungen bieten eigene Programme für Auslandsaufenthalte dieser Beschäftigtengruppe an. |<sup>108</sup> Nach Erhebungen des DAAD stieg die Zahl der Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die über Erasmus+ einen Auslandsaufenthalt absolviert haben, zwischen 2008 und 2014 von rund 300 auf 1.165. |<sup>109</sup> Zu den Aktivitätsformaten gehören Hospitationen an ausländischen Hochschulen sowie die Teilnahme an Workshops, Seminaren und Sprachkursen.

### III.5.b Mobilität aus dem Ausland

#### *Studierende*

Immer mehr Studierende weltweit sind mobil und immer mehr Studierende steuern Deutschland als Zielland an. Die Anzahl der internationalen Studienbewerberinnen und -bewerber sowie der Studierenden an deutschen Hochschulen ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen: Im Wintersemester 2008/09 waren etwa 239 Tsd. ausländische Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben, im Wintersemester 2016/17 waren es knapp 360 Tsd. (s. Anhang, Tabelle 7). |<sup>110</sup> Auch die Zahl der ausländischen Bewerbungen für ein Studium in Deutschland über die Servicestelle „uni-assist“ ist zwischen 2010 und 2017 deutlich stärker als die Zahl der tatsächlich in Deutschland Studierenden angestiegen (s. Anhang, Abbildung 9). Im Hinblick auf die Herkunftsnationen der ausländischen Studierenden in Deutschland ist eine große Vielfalt zu konstatieren und aus verschiedenen Herkunftsländern sind Zuwächse zu verzeichnen (s. Anhang, Abbildung 10). Der Anteil der ausländischen Studierenden (Bildungsausländerinnen und -ausländer) lag im Wintersemester 2016/17 an den

|<sup>108</sup> Die Leibniz-Gemeinschaft hat in Kooperation mit dem AA im Jahr 2013 ein Entsendeprogramm für leitende Wissenschaftsadministratorinnen und -administratoren aufgelegt. Im Rahmen des Programms können Leitungs- und Führungspersonen aus den administrativen Bereichen der Leibniz-Institute für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten an einer deutschen Auslandsvertretung hospitieren und dort Einblick in Projekte mit Wissenschaftsbezug nehmen (s. Wietholtz-Eisert, A.; Haubrich Seco, M.: Hospitationen im Ausland auch für administratives Personal, in: DUZ 01/2017, S. 69 ff.).

|<sup>109</sup> Vgl. Knoke, M.: Fit fürs internationale Parkett, in: DUZ 11/2017, S. 45.

|<sup>110</sup> Davon waren 265.480 Bildungsausländerinnen und -ausländer, d. h. ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben, und 93.410 Bildungsinländerinnen und -inländer, d. h. ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung an einer Schule in Deutschland erworben oder in Deutschland eine Begabten- oder Eignungsprüfung bestanden haben.

Universitäten bei 10,9 % und an den Fachhochschulen bei 7,1 % (s. Anhang, Tabelle 7). Der durchschnittliche Anteil an Universitäten und Fachhochschulen von 9,0 % ist damit niedriger als in einigen anderen Staaten, die über leistungsstarke Wissenschaftssysteme verfügen, wie z. B. Großbritannien, Frankreich und Kanada (s. Anhang, Abbildung 11, im Jahr 2014). Auf der Liste der beliebtesten Gastländer aller Auslandsstudierenden weltweit stand Deutschland im Jahr 2014 auf Platz 5 (s. Anhang, Abbildung 12).

Nach Daten des DAAD beabsichtigten von den Bildungsausländerinnen und -ausländern unter den Studierenden im Jahr 2014 über die Hälfte, nach Abschluss des Studiums in Deutschland zu bleiben (s. Anhang, Abbildung 13 und Abbildung 14) und demselben Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen gelingt dies auch (s. Anhang, Abbildung 15). Im Jahr 2013 gingen knapp zwei Drittel der in Deutschland verbliebenen Bildungsausländer-Studierenden einer bezahlten Vollzeitätigkeit nach (s. Anhang, Abbildung 16). Einem hohen Anteil derjenigen, die sich für einen weiteren Verbleib in Deutschland im Anschluss an das Studium entscheiden, gelingt somit der Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt.

#### *Wissenschaftliches und nicht-wissenschaftliches Personal*

Auch für internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewinnen deutsche Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen an Attraktivität – aufgrund der dargestellten Vorteile des deutschen Wissenschaftssystems, aber auch, da bisher attraktive Zielländer wie die USA oder Großbritannien inzwischen unsicherere berufliche Perspektiven bieten. Seit vielen Jahrzehnten ist die AvH der zentrale Akteur für die Förderung von Aufenthalten ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland. Sie vergibt Stipendien und Forschungspreise in kompetitiven Förderprogrammen, bietet mit der Alexander von Humboldt-Professur ein spezifisches Instrument für die Rekrutierung von Spitzenforscherinnen und -forschern<sup>111</sup> und unterhält ein weltumspannendes Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Zudem ermöglichen viele im Rahmen der Exzellenzinitiative neu geschaffene *Fellowships* an den Universitäten Gastaufenthalte von ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland. Im Jahr 2015 waren an den deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen fast 87 Tsd. ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tätig, davon über 43 Tsd. hauptberuflich Beschäftigte an deutschen Hochschulen und über 8 Tsd. an außeruniversitären Forschungsinstituten, hinzu kamen mindes-

<sup>111</sup> S. <https://www.humboldt-professur.de/de> (letzter Zugriff: 26.04.2018).

tens 35 Tsd. ausländische Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. |<sup>112</sup> Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer am hauptberuflichen wissenschaftlichen Personal lag im Jahr 2016 an Universitäten bei durchschnittlich 14,1 % und an Fachhochschulen bei 4,7 % (s. Anhang, Tabelle 8). Zwischen 2007 und 2015 ist der Anteil des ausländischen Wissenschaftspersonals von 9,6 % auf 11,2 % gestiegen, von knapp 25 Tsd. auf rund 43 Tsd. (s. Anhang, Tabelle 5).

Der Anteil der ausländischen Professorinnen und Professoren an der Gesamtzahl der Professoren lag im Jahr 2016 an den Universitäten bei 10,0 %, an den Fachhochschulen bei 2,5 % und damit deutlich darunter (s. Anhang, Tabelle 8). Der Anteil der ausländischen Professorinnen und Professoren ist zwischen 2007 und 2015 nur geringfügig angestiegen, von 5,5 % auf 6,4 % (s. Anhang, Tabelle 6). Im Vergleich mit einigen anderen europäischen Staaten sind die Ausländeranteile bei den wissenschaftlichen Beschäftigten und Professorinnen und Professoren auf einem niedrigen Niveau. |<sup>113</sup> Auch der Anteil von Promotionen von Ausländerinnen und Ausländern war mit 17,1 % im Jahr 2015 geringer als z. B. in den USA, Großbritannien und Kanada (s. Anhang, Tabelle 10). Dies liegt allerdings auch daran, dass die Promotionsintensität von einheimischen Hochschulabsolventinnen und -absolventen in Deutschland höher ist als in den genannten Staaten.

An einigen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen bietet sich u. a. auch wegen der unterschiedlichen Mission ein anderes Bild der Ausländeranteile als an den deutschen Hochschulen: So stammten im Jahr 2016 z. B. an den Max-Planck-Instituten knapp 43 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Ausland (s. Anhang, Abbildung 17). |<sup>114</sup>

### *Geflüchtete Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*

Die deutschen Hochschulen haben in den vergangenen Jahren eine beträchtliche Zahl von geflüchteten Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wis-

|<sup>112</sup> DAAD: Wissenschaft weltoffen 2017, S. 94 und Statistisches Bundesamt: Fachserie 14 / Reihe 3.6.

|<sup>113</sup> In Großbritannien beispielsweise waren im Jahr 2015/16 mindestens 29 % des gesamten wissenschaftlichen Hochschulpersonals Ausländerinnen und Ausländer, in Schweden lag der Anteil des ausländischen wissenschaftlichen Personals 2016 bei 32 % und in der Schweiz stammten 2016 insgesamt 44 % des Personals an Universitäten und 24 % des Personals an Fachhochschulen aus dem Ausland. In den gleichen Jahren lag der Anteil der ausländischen Professorinnen und Professoren in der Schweiz bei 50 % und in Schweden bei 28 % (*Higher Education Statistics Agency*, nach Online-Tabelle [staff\_sfr243\_1516\_table\_3]; *Statistics Sweden/Higher Education Authority: Employees in Higher Education 2016*, nach Online-Tabelle [UF23SM1701]; Bundesamt für Statistik/Schweizerisches Hochschulinformationssystem (BFS/SHIS): Personal der schweizerischen Hochschulen).

|<sup>114</sup> Der Ausländeranteil unter den Max-Planck-Direktorinnen und -Direktoren lag im selben Jahr bei 35 % (s. [https://www.mpg.de/internationales/zahlen\\_fakten](https://www.mpg.de/internationales/zahlen_fakten), letzter Zugriff: 22.02.2018).

senschaftlern aufgenommen. Sie haben eine Fülle von Unterstützungsangeboten aufgebaut, wie spezielle Studienvorbereitungskurse und (Rechts-)Beratung, kostenlose Deutschkurse, Stipendien oder auch Programme zur Weiterqualifizierung von geflüchteten Lehrerinnen und Lehrern. Gemäß einer Befragung der HRK unter ihren Mitgliedshochschulen hat sich die Zahl der Neu-Immatrikulationen von geflüchteten Studierenden für ein Bachelor- oder Masterstudium oder eine Promotion zwischen dem Wintersemester 2016/17 und dem Wintersemester 2017/18 auf fast 3.000 nahezu verdreifacht. |<sup>115</sup> Dies deutet darauf hin, dass vielen geflüchteten Studieninteressierten inzwischen nach Abschluss der Vorbereitungsphase der Einstieg in ein Studium gelingt.

Die fachliche und sprachliche Vorbereitung von Flüchtlingen in Studienkollegs und vergleichbaren Einrichtungen der Hochschulen wird vom DAAD im Rahmen des Förderprogramms „Integration von Flüchtlingen ins Fachstudium“ (INTEGRA) unterstützt. |<sup>116</sup> Im Jahr 2017 haben mehr als 10 Tsd. geflüchtete Studieninteressierte an diesen Vorbereitungskursen teilgenommen. |<sup>117</sup> Außerdem gibt es an den deutschen Hochschulen zahlreiche ehrenamtliche Studierendeninitiativen, die geflüchtete Studieninteressierte beim Einstieg in das Studium unterstützen, z. B. mit Mentoring-Programmen und Deutschkursen. Der DAAD fördert aus Mitteln des BMBF im Rahmen des „Welcome-Programms“ 600 dieser Initiativen. |<sup>118</sup>

Die Aufnahme von geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für einen begrenzten Zeitraum wird ebenfalls mit verschiedenen Förderinstrumenten unterstützt, u. a. mit Stipendien der „Philipp Schwartz-Initiative“ der AvH oder der „Akademie im Exil“. |<sup>119</sup> Viele deutsche Hochschulen haben sich dem weltweit tätigen *Scholars at Risk*-Netzwerk angeschlossen, für das die AvH bis 2019 das deutsche Sekretariat stellt. Die rund 500 Mitgliedsinstitutionen bieten befristete Stellen sowie Beratung und Vernetzungsmöglichkeiten für ge-

|<sup>115</sup> Die Datengrundlage der Befragung ist laut HRK äußerst heterogen und beruht zum Teil auf Schätzungen, da der Flüchtlingsstatus an den Hochschulen nicht automatisch erhoben wird (s. <https://www.hrk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/hrk-befragung-immer-mehr-fluechtlinge-qualifizieren-sich-im-studium-immatrikulationen-fast-verdreif/>, letzter Zugriff: 27.04.2018).

|<sup>116</sup> S. <https://www.daad.de/der-daad/fluechtlinge/infos/de/41996-foerderprogramm-integration-von-fluechtlingen-ins-fachstudium-integra/> (letzter Zugriff: 01.06.2018).

|<sup>117</sup> S. <https://idw-online.de/de/news690771> (letzter Zugriff: 14.03.2018).

|<sup>118</sup> S. ebd. und <https://www.daad.de/der-daad/fluechtlinge/infos/de/41993-foerderprogramm-welcome-studierende-engagieren-sich-fuer-fluechtlinge/> (letzter Zugriff: 12.06.2018).

|<sup>119</sup> Die „Akademie im Exil“ wurde vom Institut für Turkistik der Universität Duisburg-Essen, dem Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen (KWI) und dem Forum Transregionale Studien in Berlin gegründet und wird durch die VW-Stiftung gefördert (s. [https://www.uni-due.de/imperia/md/content/turkistik/pressemitteilung\\_academy\\_in\\_exile.pdf](https://www.uni-due.de/imperia/md/content/turkistik/pressemitteilung_academy_in_exile.pdf), letzter Zugriff: 22.05.2018).



fährdete Forscherinnen und Forscher an. Auch aus Mitteln der EU-Forschungsförderung werden Initiativen für geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefördert. |<sup>120</sup>

### III.6 Digitalisierung und Internationalisierung

Die Digitalisierung bietet Chancen für die Internationalisierung der gesamten Hochschule. Im Bereich Studium und Lehre können Webauftritte, Online-Plattformen und Datenbanken der Information über die Gastländer und die aufnehmenden Hochschulen für Studien- und Lehraufenthalte im Ausland sowie über die Anerkennung von Studienleistungen dienen, Vorbereitungs- und Sprachkurse bereitstellen und dazu beitragen, Hindernisse und Vorbehalte gegenüber einem Auslandsaufenthalt abzubauen. Zwar werden diese Möglichkeiten von Hochschulen zum Teil schon genutzt, allerdings noch nicht flächendeckend und in dem Maße, wie es von Studierenden nachgefragt wird. |<sup>121</sup> Instrumente wie offene Online-Kurse, Online-Programme und virtuelle Module gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden im Ausland ermöglichen zudem internationale Begegnungen und gemeinsames Lernen. Damit können sie auch nicht-mobilen Studierenden zu einem Studium mit internationalen Elementen und interkulturellen Erfahrungen verhelfen. Digitale Lehrformate könnten darüber hinaus auch eingesetzt werden, um den „*international classroom*“ zu verwirklichen, indem Studierendengruppen nicht nur innerhalb der eigenen Hochschule divers zusammengesetzt werden, sondern zusätzlich mit Studierenden und Lehrenden aus dem Ausland virtuell vernetzt werden. Digitale Angebote können folglich dazu beitragen, das gesamte Studium international aufzustellen und die „Internationalisierung zu Hause“ voranzubringen.

Für die Gewinnung ausländischer Studierender und Lehrender für ein Studium bzw. eine Tätigkeit an deutschen Hochschulen werden z. B. fremdsprachige Informationsangebote auf den hochschuleigenen Websites angeboten. Über reine Informations- und Marketingzwecke hinaus können digitale Medien der Vorbereitung und Betreuung ausländischer Studierender dienen, z. B. durch die Be-

|<sup>120</sup> Ein Beispiel ist das im Rahmen von Horizont 2020 geförderte Projekt „*Bridge for Researchers in Danger Going to Europe*“ (BRIDGE), mit dem ab dem Frühjahr 2018 insgesamt 220 geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dabei unterstützt werden, ihre wissenschaftliche Arbeit fortzuführen. Beteiligt sind neben der koordinierenden Universität Bielefeld die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich, die Universität Sofia „St Kliment Ohridski“, die Türkische Anstalt für Wissenschaftliche und Technologische Forschung in Ankara (TÜBITAK) sowie die drei griechischen Forschungseinrichtungen Zentrum für Forschung und Technologie (CERTH), Nationales Zentrum für Sozialforschung (EKKE) und Stiftung für Europäische und Außenpolitik (ELIAMEP).

|<sup>121</sup> Vgl. Hochschulforum Digitalisierung/Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW): Auslandsmobilität und digitale Medien, Arbeitspapier Nr. 23, Juli 2016.

reitstellung von Online-Studieneingangstests und Online-Kursen zur Vorbereitung auf das Studium oder virtuelle Elemente in Mentoring- oder Buddy-Programmen, wie Austauschplattformen oder Gruppen in sozialen Medien. Angebote wie die BMBF-geförderte Bildungsplattform *Kiron Open Higher Education* |<sup>122</sup> eröffnen Flüchtlingen durch digitale Lehr- und Lernangebote einen ortsunabhängigen Zugang zu tertiärer Bildung und bieten damit die Möglichkeit eines gleitenden Einstiegs ins Hochschulsystem. Türkische und deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben 2017 mit Hilfe von Crowdfunding die *Off-University* |<sup>123</sup> ins Leben gerufen, eine Online-Plattform, über die entlassene oder geflohene türkische Forscherinnen und Forscher Vorlesungen halten und sich weiterhin mit ihren Studierenden austauschen können.

Im Bereich Forschung und Transfer können digitale Medien nicht nur zur grenzüberschreitenden Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sondern z. B. auch für die Sammlung, Archivierung und Bereitstellung von Daten über Ländergrenzen hinweg genutzt werden. Digitale Angebote kommen auch beim Aufbau von Expertise seitens deutscher Hochschulen in Schwellen- und Entwicklungsländern zum Einsatz. |<sup>124</sup> Diese Aktivitäten werden jedoch durch die in diesen Regionen zum Teil unzureichende IT-Infrastruktur eingeschränkt. Bisher setzten nur wenige Hochschulen digitale Medien gezielt und strategisch für ihre Internationalisierung ein. |<sup>125</sup>

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Internationalisierung der verschiedenen Hochschulen und Hochschultypen in Deutschland unterschiedlich weit vorangeschritten ist. In einigen Bereichen legen Vergleiche mit anderen Staaten mit einem leistungsfähigen Bildungs- und Wissenschaftssystem nahe, dass der Rahmen des Möglichen noch nicht ausgeschöpft ist. In der Forschung ist das deutsche Wissenschaftssystem im internationalen Vergleich bereits recht gut aufgestellt, es gibt zahlreiche Kooperationen und Partnerschaf-

|<sup>122</sup> S. <https://kiron.ngo/> (letzter Zugriff: 01.06.2018).

|<sup>123</sup> S. <http://www.off-university.de/> (letzter Zugriff: 01.06.2018).

|<sup>124</sup> Die Technische Hochschule Köln bietet mit Unterstützung des DAAD und des BMZ beispielsweise den *Massive Open Online Course* (MOOC) „*Disasters and Ecosystems: Resilience in a Changing Climate*“ an, der insbesondere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Bearbeitung dieser Problemfelder ausbilden soll. An der ersten Runde des MOOC haben über 12 Tsd. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 183 Staaten teilgenommen (s. <http://www.tt.th-koeln.de/blog/news/the-mooc-on-disasters-and-ecosystems-resilience-in-a-changing-climate-has-been-relaunched/>, letzter Zugriff: 05.01.2018).

|<sup>125</sup> Vgl. Hochschulforum Digitalisierung: Zur Rolle und Bedeutung von digitalen Medien in Internationalisierungsstrategien deutscher Hochschulen, Arbeitspapier Nr. 12, September 2015.

ten, Deutschland verfügt über viele Förderinstrumente und partizipiert auch sehr gut an supranationalen Förderangeboten.

Währenddessen besteht bei der internationalen Zusammensetzung des wissenschaftlichen Personals sowie bei der Internationalisierung von Studium und Lehre noch größerer Handlungsbedarf. Recht hoch ist die Mobilität ausländischer Studierender nach Deutschland. Jedoch sagt die Frequenz von Wanderungsbewegungen allein noch wenig darüber aus, welche institutionellen Gewinne deutsche Hochschulen oder das deutsche Wissenschaftssystem als Ganzes dadurch generieren und wie diese im Verhältnis zu dem Aufwand stehen, den die Mobilität verursacht. Auffallend sind Unterschiede zwischen der Mobilität aus dem Ausland und in das Ausland. Während die größten Gruppen ausländischer Studierender in Deutschland im Jahr 2015 aus außereuropäischen Staaten, nämlich China und Indien, stammten (s. Abbildung 10), zog es die meisten deutschen Studierenden im gleichen Jahr in die deutschen Nachbarländer Österreich und die Niederlande. China liegt als Zielland deutscher Studierender erst auf Platz 6 und Indien ist unter den beliebtesten 15 Gastländern deutscher Studierender gar nicht vertreten (s. Tabelle 9). Studierende der Ingenieurwissenschaften bildeten in den letzten Jahren die mit Abstand größte Gruppe unter den ausländischen Studierenden mit Abschlussabsicht in Deutschland; |<sup>126</sup> die deutschen Studierenden der Ingenieurwissenschaften hingegen haben eine unterdurchschnittliche Mobilitätsneigung. |<sup>127</sup> Auch gibt es Unterschiede in der Wahl der Länder für Auslandsaufenthalte zwischen deutschen Studierenden und deutschen Lehrenden bzw. Forschenden. Eine zentrale Frage ist, wie die Mobilität weiter erhöht und das daraus entstehende Potenzial stärker genutzt werden kann. Dabei ist zu betrachten, wie die Erfahrungen und Perspektiven aus Auslandsaufenthalten deutscher Hochschulangehöriger einerseits sowie die ausländischer Studierender und des wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals aus dem Ausland andererseits in Lehre, Forschung, Transfer und Verwaltung für die einzelne Hochschule fruchtbar gemacht werden können.

|<sup>126</sup> DAAD: Wissenschaft weltoffen 2017, S. 49.

|<sup>127</sup> Woisch, A.; Willige, J.: Internationale Mobilität im Studium 2015. Ergebnisse der fünften Befragung deutscher Studierender zur studienbezogenen Auslandsmobilität, Projektbericht Dezember 2015, DAAD/DZHW, S. 88 ff.

---

# B. Empfehlungen

## **B.1 ZUR INTERNATIONALISIERUNG DER WISSENSCHAFT UNTER NEUEN WELTPOLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN**

---

Die Anerkennung von Wissenschaft als Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt hat in den vergangenen Jahren weltweit insgesamt zugenommen. Etliche außereuropäische Staaten investieren intensiv in ihre Wissenschaftssysteme. Auf der wissenschaftlichen Weltkarte sind viele neue interessante Kooperationsmöglichkeiten in Forschung und Lehre entstanden. Deutschland ist seinerseits sehr attraktiv für ausländische Studierende, die Bilingualität und Mobilität der jungen Generation haben zugenommen. Deutschland verfügt über ein umfangreiches Stipendienangebot für internationale Studierende sowie Doktorandinnen und Doktoranden. Die Gesellschaft ist offen für Fachkräfte aus dem Ausland und erlaubt einen Verbleib zur Arbeitssuche nach dem Abschluss. Auch das wissenschaftliche Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist zunehmend international zusammengesetzt und international vernetzt.

Gleichzeitig mit diesen positiven Entwicklungen gibt es gegenläufige Tendenzen. Sie zeigen sich in Verschiebungen des politischen Kräftefeldes an verschiedenen Orten in der Welt, in Europa und innerhalb Deutschlands. Der Ausbau nationaler Wissenschaftssysteme geht nicht zwangsläufig einher mit einem Bekenntnis zur Freiheit der Wissenschaft. Es entstehen zwar neue Wissenschaftsgesellschaften, doch haben diese zum Teil anders geartete Ziele in der Internationalisierung als Deutschland, sind z. B. stark auf das eigene Wirtschaftswachstum ausgerichtet oder in der Meinungs- und Forschungsfreiheit politisch eingeschränkt. Es gibt auch wissenschaftsfeindliche Tendenzen und sogar die mögliche einseitige Aufkündigung für unerschütterlich gehaltener, langjährig bestehender Partnerschaften. Zu diesen gewandelten Umständen muss sich das deutsche Wissenschaftssystem verhalten. Die mobilen Studierenden, Doktorandinnen und Doktoranden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch die Institutionen müssen über die Chancen, Herausforderungen und Risiken informiert und dafür sensibilisiert werden.

Internationalität ist ein wesentliches Merkmal von Wissenschaft (s. Kap. A.I). In der Forschung ist der internationale Bezugsrahmen oftmals selbstverständlich und es besteht ein intrinsisches Interesse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an internationaler Zusammenarbeit und Vernetzung. Oft geht die Internationalisierung einer Institution von der grenzüberschreitenden Forschungskoooperation aus. Viele Organisationen und Programme der Forschungsförderung berücksichtigen bereits internationale Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Mobilität. Auch für den Studierendenaustausch gibt es seit Langem nationale und europäische Förderangebote. Nicht immer sind beide Bereiche in einer Hochschule auch miteinander verknüpft. In der Lehre und der Ermöglichung von Mobilität von Studierenden und Personal unter den neuen Rahmenbedingungen sieht der Wissenschaftsrat besonderen Handlungsbedarf.

Für die Positionierung der Hochschulen bezüglich ihrer Internationalisierung ist zum einen die politische Rahmensetzung in Deutschland von Bedeutung, auf die zunächst eingegangen werden soll (s. Kap. B.I.1). Für die Definition ihrer eigenen Internationalisierungsziele sollten sich deutsche Hochschulen im Umgang mit der geänderten wissenschaftspolitischen Weltkarte einige Aspekte besonders vergegenwärtigen (s. Kap. B.I.2). Gerade in Europa bieten sich zudem besondere Chancen für die deutschen Hochschulen, die in Kapitel B.I.3 erläutert werden. Auf die Möglichkeiten, welche die Präsenzen der deutschen Wissenschaftseinrichtungen im Ausland für eine bessere internationale Vernetzung der Hochschulen bieten, geht das Kapitel B.I.4 ein.

#### I.1 Der nationale Rahmen für die Internationalisierung der Hochschulen

Bund und Länder setzen den nationalen Rahmen für die Internationalisierungsbestrebungen deutscher Hochschulen und haben eine wesentliche Rolle dabei, hierfür förderliche Bedingungen zu schaffen. Eine solche Rahmensetzung ist gerade dann von großer Bedeutung, wenn sich die Beziehungen zu anderen Staaten ändern oder schwierig gestalten. Die übergreifenden Leitlinien Deutschlands für die Internationalisierung der Wissenschaft haben sich über viele Jahrzehnte bewährt und sollten beibehalten werden: die Verknüpfung und das Ausbalancieren von wettbewerblichen, an deutschen Interessen orientierten Zielen mit einem partnerschaftlichen, kooperativen Ansatz und die Achtung und Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit. Ausdruck davon sind der Austausch und Dialog mit Partnerländern sowie die Etablierung einer Willkommenskultur für ausländische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Weil das weltweite Wissenschaftssystem sich sehr dynamisch entwickelt und zunehmend unübersichtlich darstellt, wird fundiertes und aktuelles Wissen über die einzelnen Staaten und ihre jeweilige Wissenschaftslandschaft, gerade auch zu neuen Partnerländern, benötigt. Der DAAD hält umfassende länderspezifische Informationen bereit und beobachtet wissenschaftspolitische Verände-

rungen wie z. B. Mobilitätsentwicklungen aus und nach Deutschland weltweit. Zusammen mit den Reise- und Sicherheitshinweisen des Auswärtigen Amtes sowie Beratungsangeboten seiner Auslandsvertretungen und dem Länderinformationsportal der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit steht damit bereits eine gute allgemeine Informationsgrundlage zur Verfügung. Sie kann sowohl von Institutionen wie von Individuen genutzt werden.

Wissen über andere Länder und ihre Wissenschaftssysteme wird aber auch durch gemeinsame Forschungsarbeit erworben. Dies geschieht sowohl in zahlreichen Einzelprojekten wie auch in Verbänden. Ein neues Beispiel sind die im Aufbau befindlichen *Maria Sibylla Merian Centres for Advanced Studies* in Asien, Lateinamerika und Afrika, mit denen dem gestiegenen Bedarf an Wissen über diese Länder und Regionen nachgekommen wird (s. Kap. A.I.1). Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verfügen außerdem mit den Regionalstudien über Fächer, die in einer globalisierten Welt wertvolle Erkenntnisse über andere Weltregionen hervorbringen. Sowohl kurzfristige Veränderungen, z. B. durch angespannte politische Lagen, als auch langfristige Ziele, für die regionalspezifische Expertise erforderlich ist |<sup>128</sup>, werden zu einer intensiveren Nutzung solcher Informations-, Beratungs- und Vernetzungsangebote führen.

Zur weiteren Ausgestaltung von Kooperationen deutscher Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen empfiehlt der Wissenschaftsrat einige zentrale Maßnahmen:

- \_ Die politischen Akteure sollten in Abstimmung mit den wissenschaftlichen Einrichtungen und den Förderorganisationen vorhandene Instrumente für eine bessere Außenwahrnehmung und Kenntnis des deutschen Wissenschaftssystems im Ausland besser nutzen und neue schaffen, um seine Stärken zur Geltung zu bringen. Längst nicht allen (neuen und alten) Partnerländern ist das deutsche Wissenschaftssystem in seiner Komplexität mit einer föderalen Struktur, einer differenzierten Institutionenstruktur und Hochschullandschaft sowie vielfältigen Karrierewegen vertraut. Seine Stärken werden daher nicht immer angemessen wahrgenommen und einzelne Institutionen können nur unzureichend eingeordnet werden. Darüber hinaus sollten auch die deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Charakteristika des deutschen Wissenschaftssystems kennen, um diese im Ausland bekannt machen zu können. Überblickswissen über das deutsche System sollte daher leicht zugänglich gemacht werden. Alle beteiligten Akteure sollten sich be-

|<sup>128</sup> S. DFG: Kleine Fächer – große Dynamik. Zur Beteiligung Kleiner Fächer an den Förderprogrammen der DFG, Juli 2017. Solche Expertise wird u. a. durch regionalwissenschaftliche Fächer an den Hochschulen bereitgestellt, die gegenwärtig nur noch an wenigen Standorten vertreten und strukturell gefährdet sind.

wusst sein, dass die Internationalisierung der Wissenschaft immer eine politische Dimension hat.

- \_ Zur Intensivierung der internationalen Beziehungen sollten die bestehenden Vernetzungsinstrumente im Ausland stärker genutzt werden, wie die DWIH, die Deutschen Geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland oder die TNB-Angebote. Die DWIH sollten sich breiter aufstellen und die gesamte Vielfalt des deutschen Wissenschaftssystems repräsentieren und im Ausland bekannt machen, insbesondere auch die Fachhochschulen, die forschungsnahe Wirtschaft einschließlich mittelständischer Unternehmen sowie den Gesundheitssektor. |<sup>129</sup>
- \_ Es wird empfohlen, die vorhandenen Institutionen zu nutzen und z. B. beim DAAD oder bei der HRK eine zentrale Beratungsstelle zu verankern, die die wissenschaftlichen Einrichtungen und ihre Mitglieder bei der Ausgestaltung von Kooperationsverträgen mit ausländischen Einrichtungen berät und geschlossene Vereinbarungen überprüft. Diese Stelle könnte zudem bei Bedarf Moderatorinnen bzw. Moderatoren für Vertragsverhandlungen mit ausländischen wissenschaftlichen Partnern bereitstellen. Außerdem sollte sie Informationen über wissenschaftsspezifische Risiken und forschungsrelevante Rechtsfragen, z. B. zu IT- und Datensicherheit sowie zum Schutz geistigen Eigentums, bereitstellen und zu diesen Themen beraten. Sie sollte Kompetenz insbesondere zu den Zielländern bereithalten, zu denen von Seiten der Wissenschaft ein hoher Beratungsbedarf besteht, und diesbezüglich flexibel sein.
- \_ Das AA, der DAAD und die GIZ sollten sich mit ihren Beratungsangeboten offensiver an die wissenschaftlichen Einrichtungen wenden und – gemeinsam mit der HRK – für eine systematische Unterrichtung der deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu außenwissenschaftsrelevanten Fragen Sorge tragen. Gezielte Schulungen und Workshops für ausreisende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende können darüber hinaus über die Zielländer, ihre Wissenschafts- und Hochschulsysteme informieren und für sicherheitspolitische Themen und mögliche nicht-wissenschaftsbezogene Risiken im Gastland sensibilisieren. Für die Ausrichtung solcher Informationsveranstaltungen sollten die zuständigen

|<sup>129</sup> Der Gesundheitssektor umfasst z. B. Krankenhäuser und Kliniken, Krankenkassen, Verbände und Vereinigungen, Unternehmen der Gesundheitswirtschaft, gemeinnützige Einrichtungen, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen. In einer Richtlinie der EU wird die erhöhte Mobilität im Bereich der Gesundheitsberufe explizit gefordert (s. Europäisches Parlament/Rat der EU: Richtlinie 2013/55/EU vom 20. November 2013 zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“) (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32013L0055>, letzter Zugriff: 04.06.2018).

Ministerien eng mit den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten.

- \_ Regionalstudien leisten einen wesentlichen Beitrag zum Wissen über politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen in verschiedenen Weltregionen und Staaten. Sie fungieren als Mittler zwischen den Kulturen, analysieren Phänomene von struktureller und kultureller Differenz in europäischer wie globaler Dimension und bieten Modelle an, wie zwischen Kulturen, politischen oder sozialen Ordnungen „übersetzt“ und verhandelt werden kann. Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass die Wissenschaftseinrichtungen und ihre Träger sich bei der Unterstützung und Aufrechterhaltung der Regionalstudien koordinieren. Er bekräftigt seine Empfehlungen, die Regionalstudien – auch unabhängig von der kurzfristigen gesellschaftlichen Nachfrage – als Fächer zu pflegen und mit den systematischen Fächern zu verzahnen, denn fundiertes Wissen über verschiedene Weltregionen wird in absehbarer Zeit wichtiger werden. |<sup>130</sup> Regionalstudien sollten in erster Linie wissenschaftliche Expertise hervorbringen und Studierende für diese Regionen interessieren, in zweiter Hinsicht bilden sie kurzfristig nützliche Informationsquellen für politische Beratung zu bestimmten Ländern. Der Wissenschaftsrat ruft die Hochschulen dazu auf, das Potenzial der Regionalstudien als mögliches Element ihrer Internationalisierungsstrategien zu nutzen, zumal Deutschland auf diesem Gebiet auch im internationalen Vergleich besonders gute Voraussetzungen bietet.

## 1.2 Umgang der Hochschulen mit den sich verändernden weltpolitischen Rahmenbedingungen

Die deutschen Hochschulen verfügen, ebenso wie andere wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland, über erheblichen Gestaltungsspielraum bei der Verfolgung eigener Ziele der Internationalisierung. Sie müssen ihre Vorstellungen dazu allerdings im Rahmen gegebener struktureller und finanzieller Rahmenbedingungen in Deutschland umsetzen und ihre Strategien dabei zugleich flexibel an die sich verändernden weltpolitischen Rahmenbedingungen anpassen. So unterhalten sie beispielsweise Beziehungen nicht nur in Staaten, mit denen Deutschland eng verbunden ist, sondern auch in Ländern, mit denen sich die politischen Beziehungen schwierig gestalten. Sie berücksichtigen bei der Auswahl ihrer internationalen Partner zwar häufig, aber nicht notwendigerweise, eine Werteorientierung, die ihrer eigenen ähnlich ist. Wissenschaftliche Kooperationsbeziehungen haben auch eine diplomatische Funktion: Sie können dazu

|<sup>130</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu den Regionalstudien (area studies) in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Drs. 7381-06), Mainz Juli 2006.



dienen, zwischenstaatliche Beziehungen zu pflegen, politisch schwierige Phasen zu überwinden und friedliche gesellschaftliche Entwicklungen zu fördern. Asymmetrien und Ungleichgewichte in der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, unterschiedliche Vorstellungen von geistigem Eigentum und wissenschaftlicher Integrität oder gegensätzliche politische Kooperationsstrategien können jedoch die internationale Zusammenarbeit empfindlich beeinträchtigen (s. Kap. A.II.1 und A.II.3).

Im Umgang mit der geänderten und sich weiter verändernden globalen Wissenschaftslandschaft empfiehlt der Wissenschaftsrat den Hochschulen wie auch den Forschungseinrichtungen nachdrücklich, folgende Grundsätze in ihre Internationalisierungsaktivitäten einzubeziehen:

- \_ Die wissenschaftlichen Einrichtungen und ihre Mitglieder sollten mit alten und neuen Partnern möglichst eine Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen anstreben. Institutionen und Individuen sollten sich das Spektrum der Kooperationsmöglichkeiten bewusst machen und auch die langfristigen Effekte ihres Handelns für beide Seiten bedenken. So kann man zwar im Umgang mit Kooperationspartnern kurzfristig einseitige Vorteile generieren. Langfristig kann dies jedoch zum Verlust des Partners, zu dessen nachhaltiger Schwächung oder zur Schwächung des anderen Wissenschaftssystems führen. Mit Partnern aus ähnlich leistungsstarken Wissenschaftssystemen ist ein einseitiger Wissenstransfer als problematisch abzulehnen. Auch die Personalrekrutierung sollte flexibel und zu beiderseitigem Vorteil gestaltet werden (*brain sharing* statt *brain drain*). Anstelle einer vollständigen Abwerbung von Personen können wiederholte Gastaufenthalte, Einladungen auch von Promovierenden, gemeinsame Sommerschulen, gemeinsame Berufungen usw. dazu führen, dass beide Seiten profitieren.
- \_ Im Umgang mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Staaten, die mit der Internationalisierung der Wissenschaft eine dezidiert politische Agenda verfolgen, sollten die Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihre eigenen Werte und Mindestanforderungen deutlich machen und fest verankern, z. B. mit Blick auf die freie Ausübung der Forschung, den Umgang mit Forschungsergebnissen und die freie Meinungsäußerung. Sie sollten sich mit den ausländischen Partnern anhand institutionenübergreifend gültiger Konventionen über die Grundsätze für die wissenschaftliche Integrität verständigen |<sup>131</sup> sowie Regelungen zur Beteiligung der Projektpartner an Publikatio-

|<sup>131</sup> Dientlich können z. B. der *European Code of Conduct for Research Integrity* der *European Science Foundation* (ESF) (2010), die Europäische Charta für Forscher – Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern der Europäischen Kommission (2005) oder die Veröffentlichung *Responsible Conduct in the Global Research Enterprise: A Policy Report* (2012) des *InterAcademy Council* (IAP) – *the global network of sci-*

nen und zum Schutz geistigen Eigentums treffen. Hierzu sollten sie auf die Beratung einer unterstützenden Instanz beim DAAD oder der HRK zurückgreifen können (s. Kap. B.I.1).

- Wenn sich die deutschen Wissenschaftseinrichtungen für bedrohte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit im In- und Ausland einsetzen, sollten sie sorgfältig prüfen, welches Mittel im Einzelfall zielführend erscheint. Angesichts der Bedrohungen, der die Wissenschaft und einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einigen Staaten innerhalb und außerhalb Europas ausgesetzt sind, kann es einerseits sinnvoll sein, dass neben den zentralen wissenschaftspolitischen Einrichtungen wie der HRK auch einzelne Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Ausland offensiv für die Wissenschaftsfreiheit eintreten. |<sup>132</sup> Andererseits sind auch die zahlreichen nicht medienwirksamen Aktivitäten für die Aufrechterhaltung von Austauschbeziehungen von besonderer Bedeutung, da sie gegebenenfalls eine Gefährdung der Beteiligten vermeiden können. Jede Einrichtung muss die möglichen Risiken, die sie mit dem von ihr gewählten Vorgehen eingeht, für sich selbst abwägen, die gewählte Strategie kontinuierlich überprüfen und an veränderte Gegebenheiten anpassen. Der Schutz der betroffenen ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollte stets oberste Priorität haben.

### I.3 Wissenschaft und Hochschulen in Europa

Für die Internationalisierung der deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen hat die Zusammenarbeit in Europa besondere Bedeutung. Die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit nach innen und außen ist die Voraussetzung dafür, dass die etablierten europäischen Wissenschaftssysteme auch zukünftig konkurrenzfähige Akteure im internationalen Wettbewerb bleiben. Die Europäische Union ist ein Chancenraum, der nicht nur für die Freizügigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger, den gemeinsamen Binnenmarkt oder eine gemeinsame Währung steht, sondern in dem auch die Wissenschaftsfreiheit so-

*ence academies* sein (vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu wissenschaftlicher Integrität | Positionspapier (Drs. 4609-15), Stuttgart April 2015, S. 12 ff.).

|<sup>132</sup> Die HRK hat wiederholt öffentlich entsprechende Vorkommnisse verurteilt, z. B. in offenen Briefen des HRK-Präsidenten an den türkischen Staatspräsidenten und das Staatsoberhaupt des Iran, in denen Gerichtsprozesse bzw. die Verhängung der Todesstrafe gegen inhaftierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisiert und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien, insbesondere der Schutz der akademischen Freiheit, angemahnt wurde (s. <https://www.hrk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/tuerkei-hrk-praesident-kritisiert-gerichtsprozesse-gegen-wissenschaftler-4271/> und <https://www.hrk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/iran-hrk-praesident-protestiert-gegen-todesstrafe-fuer-wissenschaftler-djalali-4278/>, letzter Zugriff: 12.06.2018).

wie die Autonomie und demokratische Verfasstheit der Hochschulen hohe Werte darstellen. Diese Errungenschaften und Werte gilt es – auch innerhalb der EU – zu erhalten und zu schützen. Obwohl in der EU bereits zahlreiche Anker für die gemeinsame Organisation von Forschung existieren, sind viele Internationalisierungsprozesse derzeit noch auf nationaler Ebene angesiedelt. Ungeachtet des Umstandes, dass sie in der Hochschulbildung nicht über eine formale Kompetenz verfügt, könnte die Europäische Kommission vor diesem Hintergrund bei der Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulen der EU-Mitgliedstaaten in Zukunft noch stärker unterstützend tätig werden.

Die wirtschaftliche Stärke verleiht Deutschland und seinem Wissenschaftssystem besonderes Gewicht und bietet Chancen für die intensivierte Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten. Deutschland hat besonders günstige Voraussetzungen, um die Zusammenarbeit im Europäischen Forschungs- und Hochschulraum voranzutreiben und auf ein höheres Niveau zu heben. Vor diesem Hintergrund können die deutschen Hochschulen ihren Beitrag dazu leisten, Europa für möglichst viele junge Menschen erlebbar zu machen, um diese als Unterstützerinnen und Unterstützer für das EU-Projekt zu gewinnen, die Errungenschaften der europäischen Einigung fortzuschreiben und die Integration zu vertiefen. Der Wissenschaftsrat begrüßt in diesem Zusammenhang die für 2018 beschlossene und für die Jahre 2021 bis 2027 angekündigte Erhöhung der Mittel für das Europäische Forschungsrahmenprogramm und Erasmus+. |<sup>133</sup>

Die bestehenden Unterschiede in der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, Ressourcenausstattung und Internationalität der Wissenschaftssysteme in Europa können das Zusammenwachsen des europäischen Hochschul- und Forschungsraums mittel- und langfristig beeinträchtigen. Hierbei spielen auch die deutschen Hochschulen und Forschungsinstitute eine Rolle. Durch die Abwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus weniger leistungsstarken EU-Wissenschaftssystemen in andere, die zum Teil durch eine gezielte Abwerbung verstärkt wird, werden die Wissenschaftssysteme der Herkunftsländer weiter geschwächt. Der Europäische Forschungsraum als Ganzer wird global aber nur wettbewerbsfähig sein, wenn die Wissenschaftssysteme der Mitgliedstaaten eine hohe Qualität aufweisen.

|<sup>133</sup> Die Ausstattung der EU-Forschungsförderung steigt 2018 um 110 Mio. Euro auf 11,2 Mrd. Euro. Für Erasmus+ stehen ab 2018 insgesamt 2,3 Mrd. Euro zur Verfügung. Im Mai 2018 hat die Europäische Kommission den EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 vorgestellt und angekündigt, das nächste EU-Forschungs- und Innovationsförderprogramm Horizont Europa mit 100 Milliarden Euro auszustatten und das Erasmus+-Programm auf ein Volumen von 30 Milliarden Euro zu verdoppeln.

Aufgrund der Bedeutung Europas für die Internationalisierung deutscher Hochschulen und Forschungseinrichtungen richtet der Wissenschaftsrat die folgenden Empfehlungen an die politischen Akteure:

- \_ Der Bund sollte sich in der EU dafür engagieren, dass die verschiedenen nationalen Strategien in der Außenwissenschaftspolitik abgestimmt werden und gemeinsame europäische Initiativen, wie z. B. die durch Horizont 2020 geförderten *European Network of Research and Innovation Centres and Hubs* (s. Kap. A.II.2), |<sup>134</sup> ausgebaut werden.
- \_ Der Bund sollte sich außerdem für eine Aufrechterhaltung und Vertiefung der europäischen Kooperation im Bereich von Wissenschaft und Wissenschaftspolitik einsetzen. Dies erscheint auch als die angemessene Strategie im Umgang mit europäischen Partnerstaaten, in denen nationalistische oder anti-europäische Tendenzen zu beobachten sind und die die Wissenschaftsfreiheit teilweise einschränken. Wissenschaftliche Kooperationen können auch innerhalb Europas dazu dienen, die Brücken in politisch angespannten Situationen aufrecht zu erhalten.
- \_ Als wirtschaftlich und wissenschaftlich erfolgreiches Land trägt Deutschland eine besondere Verantwortung dafür, die wissenschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der EU und im Europäischen Hochschulraum zu stärken und sollte mittels seiner Beiträge zum europäischen Strukturfonds daran mitwirken, leistungsfähige Wissenschaftssysteme in der gesamten EU aufzubauen.
- \_ Verbleibende Hindernisse für Mobilität und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in der Hochschulbildung und dem Personenaustausch sind abzubauen. Der Bund und die Länder sollten daran mitwirken, rechtliche, administrative und steuerliche Hürden für wissenschaftliche Kooperationen und die Gestaltung wissenschaftlicher Berufsbiographien in Europa aufzuheben, und damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtern.
- \_ Die politischen Akteure sollten sich in der EU dafür einsetzen, dass nationale Unterstützungsinstrumente für die Ausbildung von Schülern und Studierenden für Auslandsaufenthalte genutzt werden können. Das würde die Mobilität der Studierenden in Europa sehr befördern.
- \_ Bund und Länder sollten darauf dringen, dass die EU-Mitgliedstaaten verstärkt gemeinsame Verhandlungspositionen dazu erarbeiten, wie der Ausbau der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EU und außereuropäischen Staaten gestaltet und gefördert werden soll. Dies bezieht sich auf den

|<sup>134</sup> Diese werden derzeit als gemeinsame Einrichtungen europäischer Forschungseinrichtungen in den USA, in China und in Brasilien zur Kooperation mit dortigen Partnern aufgebaut.

gemeinsamen Kapazitätsaufbau im Ausland, die Stärkung des wissenschaftlichen Diskurs aus aus verschiedenen Perspektiven und die gemeinsame Bearbeitung internationaler Fragestellungen oder globaler Herausforderungen mit Drittländern.

- \_ Der Bund sollte außerdem stärker auf eine europäische Agenda und gemeinsame Initiativen zur Sicherung der Wissenschaftsfreiheit und zur Unterstützung für bedrohte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hinwirken.

Bei der Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen in der EU und außereuropäischen Partnern spielen die nationalen und länderübergreifenden Förderorganisationen eine wichtige Rolle. Im Zusammenwirken des Bundes mit den entsprechenden nationalen und internationalen Adressaten sollten nach Auffassung des Wissenschaftsrats die folgenden Ziele in den Blick genommen werden:

- \_ Der Wissenschaftsrat begrüßt nationale und europäische Förderprogramme, mit denen attraktive Forschungsumfelder in europäischen Staaten mit leistungs- bzw. ressourcenschwächeren Wissenschaftssystemen geschaffen werden können. Grundsätzlich sollten aus Sicht des Wissenschaftsrates Forschungsmittel auch künftig nach dem Kriterium der wissenschaftlichen Exzellenz vergeben werden, um die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Europa zu halten. Der Wissenschaftsrat befürwortet zugleich die Kooperation zwischen unterschiedlich starken Partnerregionen und begrüßt die geschaffene Möglichkeit, im Rahmen von Horizont 2020 zugleich auch Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung oder dem Europäischen Sozialfonds gezielt einzusetzen, um Wissenschaftsstandorte strukturell zu stützen. Auf die bestehende Option, EFRE- oder ESF-Mittel auch zur Strukturförderung im Bereich von Forschung, Hochschule und Wissenschaft einzusetzen, könnten Zielregionen noch konkreter aufmerksam gemacht werden.
- \_ Der Bund sollte sich dafür einsetzen, dass in Programmen der Einzelförderung die grenzüberschreitende Mitnahme von eingeworbenen Drittmitteln gegenseitig ermöglicht (*Money Follows Researcher*-Prinzip) und das *Lead Agency*-Verfahren umgesetzt wird (s. Kap. A.II.2). Der Bund sollte sich in der EU zudem dafür stark machen, dass Kooperationen zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen aus der EU – auch aus verschiedenen Mitgliedstaaten – und außereuropäischen Partnern ermöglicht werden, gerade auch in großen Forschungsverbänden, wie z. B. Forschergruppen.
- \_ Um die Wissenschaftssysteme in Schwellen- und Entwicklungsländern langfristig zu stärken und als Kooperationspartner zu erhalten, sollte Deutschland insbesondere auch mit seinen europäischen Partnern die Rückkehr und Reintegration von Studierenden, Promovierten sowie Lehrenden und Forschenden

in diese Staaten erleichtern, z. B. durch Fördermaßnahmen zum Aufbau von Graduiertenkollegs in den entsprechenden Staaten, zur Einrichtung von Fach- und Exzellenzzentren sowie Nachwuchsgruppen vor Ort oder durch Unterstützung beim Aufbau eines Forschungsumfeldes einschließlich der notwendigen Infrastruktur im Heimatland. |<sup>135</sup> Die geförderten Zentren in Schwellen- und Entwicklungsländern können im Idealfall als Kooperationspartner für deutsche wissenschaftliche Einrichtungen fungieren. Deutschland trägt eine Mitverantwortung für den weiteren Verbleib und Karriereweg von Graduierten und Promovierten, die mit deutschen Förderprogrammen für eine zeitweise Tätigkeit an deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewonnen wurden.

- Eine Voraussetzung für eine nachhaltige Stärkung des globalen Wissenschaftssystems ist zudem eine intensivierete Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Deutschland sollte derartige Kooperationen gemeinsam mit seinen europäischen Partnern unterstützen. Das EU-Forschungsrahmenprogramm kann verstärkt genutzt werden, um gemeinsame europäische Forschungs- und Infrastrukturprojekte mit Schwellen- und Entwicklungsländern umzusetzen.

An die deutschen Hochschulen selbst richten sich die folgenden Empfehlungen des Wissenschaftsrats. Sie zielen insbesondere darauf ab, durch die Schaffung europäisch geprägter Hochschultypen, -modelle und -kooperationen Europa für Studierende und Lehrende erfahrbar zu machen, Studierende für die europäische Integration zu gewinnen und diese voranzutreiben. Denkbar ist ein breites Spektrum von bi- oder internationalen Studiengängen über gemeinsame Fakultäten mit europäischen Partnern bis hin zu Hochschulen und Hochschulverbänden, die sich umfassend europäisch aufstellen (s. u.). Je nach Hochschulprofil und regionaler Lage können sich auch bi-nationale Kooperationen als geeignet erweisen, z. B. nach dem Modell der Deutsch-Französischen Hochschule (s. Kap. A.II.2) oder der *European Medical School* (EMS) Oldenburg-Groningen, an

|<sup>135</sup> Bereits heute steht die DAAD-Sachmittelhilfe Deutschland-Alumni offen, die mindestens drei Monate in Deutschland studiert oder geforscht haben und an einer ausländischen Hochschule beschäftigt sind. Ziele des Programms sind die Stärkung der Forschung und teilweise der Lehre an der ausländischen Hochschule, die Intensivierung der bestehenden Kooperationen mit deutschen Hochschulen und die nachhaltige Absicherung der vorausgegangenen Studien- oder Forschungsphase in Deutschland (s. <https://www.daad.de/deutschland/alumni/foerderprogramm-fuer-auslaendische-alumni/de/37486-sachmittelprogramm/>, letzter Zugriff: 08.01.2018). Mit dem „Partnerschaften für den Gesundheitssektor in Entwicklungsländern“-Programm (PAGEL) finanziert der DAAD die praktischen Ausbildungsabschnitte für Medizinerinnen und Mediziner, die hierfür in ihre Heimatländer zurückkehren (s. <https://www.daad.de/der-daad/unsere-aufgaben/entwicklungszusammenarbeit/foerderprogramme/hochschulen/infos/de/44500-pagel-partnerschaften-fuer-den-gesundheitssektor-in-entwicklungslaendern/>, letzter Zugriff: 08.01.2018).

der seit einigen Jahren ein grenzüberschreitender Medizinstudiengang angeboten wird. |<sup>136</sup> Eine solche europäische Prägung erscheint für die deutschen Hochschulen besonders naheliegend und leicht umsetzbar, jedoch sind auch andere Formen der internationalen Profilbildung mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten denkbar. |<sup>137</sup>

Unabhängig von den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten und des Europäischen Rates (s. Kap. A.II.2) entwickelt der Wissenschaftsrat im Folgenden eine eigene Idee zur Europäischen Hochschule. Er entwirft eine Zielvorstellung, die Hochschulen unterschiedlichen Typs Anregungen für alle ihre Leistungsdimensionen geben soll. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates umfassen verschiedene Aspekte, denen sich Hochschulen in ihrer Entwicklung graduell annähern können. Eine Europäische Hochschule kann überzeugend für die Werte des Europäischen Hochschulraums, wie die Wissenschaftsfreiheit und die institutionelle Autonomie der Hochschulen, werben. Mit einem offensiven Eintreten für Weltoffenheit, Verantwortung, Toleranz und kulturelle Vielfalt kann sie ein Gegenentwurf zu nationalistischen und wissenschaftsskeptischen Tendenzen sein. Gleichzeitig bietet die Idee den Hochschulen eine Möglichkeit der Profilbildung und des Reputationsgewinns. Den Studierenden eröffnen sich durch zusätzlich erworbene Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen sowie Gemeinsame Abschlüsse oder Doppelabschlüsse vielfältigere Beschäftigungsmöglichkeiten und Berufsperspektiven im In- und Ausland. Für die Idee der Europäischen Hochschule entwickelt der Wissenschaftsrat folgende Merkmale, die keine abschließende Liste darstellen, sondern Anregungen:

\_ Insgesamt sollten mehr Hochschulen als bisher erwägen, ein europäisches oder internationales Profil auszubilden. Je nach bisheriger Ausrichtung, Zielsetzung und geographischer Lage können sie dafür Profilelemente in Lehre, Forschung, Transfer oder Infrastruktur nutzen und bi- oder multilaterale Kooperationen aufbauen. Dabei können sie sich zunächst auch nur in einer ein-

|<sup>136</sup> Die Oldenburger Studierenden verbringen mindestens ein Jahr ihrer sechsjährigen Ausbildung in Groningen, die Groninger Studierenden haben die Möglichkeit, ein Jahr in Oldenburg zu studieren. Auf diese Weise sollen niederländische und deutsche Studierende einen profunden Einblick in unterschiedliche europäische Gesundheitssysteme erhalten. Der Studiengang an der EMS schließt mit dem Staatsexamen ab. Zusätzlich kann an der Universität Groningen ein Bachelor- oder ein Masterabschluss erworben werden. Ziel ist es, neue Wege in der Mediziner Ausbildung zu gehen und hochqualifizierte Ärztinnen und Ärzte für die Nordwestregion auszubilden (s. <https://www.uni-oldenburg.de/fk6-k-o-g/>, letzter Zugriff: 11.06.2018). Ein weiteres Beispiel ist die geplante Gründung einer gemeinsamen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und der Adam-Mickiewicz-Universität im polnischen Posen.

|<sup>137</sup> Es gibt bereits staatliche und nicht-staatliche Hochschulen in Deutschland, die den Titel Europäische Hochschule führen. Solche Hochschulen könnten sich eignen, um sich gemäß der Idee der Europäischen Hochschule weiterzuentwickeln.

zelen Leistungsdimension europäisch ausrichten und die Profilbildung sukzessive ausweiten. Viele deutsche Hochschulen sind hierfür bereits heute sehr gut aufgestellt. Einrichtungen, die sich nicht umfassend zu einer Europäischen Hochschule entwickeln möchten, können einzelne der vorgeschlagenen Profilelemente wie Mehrsprachigkeit, eine hohe Zahl von Studiengängen, die zu einem Gemeinsamen Abschluss oder Doppelabschluss mit ausländischen Partnerhochschulen führen, eine international zusammengesetzte Studierendenschaft oder die feste Verankerung von Auslandsaufenthalten in den Studienprogrammen aufgreifen und umsetzen.

- \_ Aus Sicht des Wissenschaftsrates sollte die Ausprägung eines europäischen Profils Hochschulen jeden Typs und mit verschiedenen europäisch orientierten Profilelementen offenstehen und von diesen bottom-up entwickelt werden. Sowohl einzelne Hochschulen als auch Hochschulverbünde sollten sich europäisch ausrichten können. Auch Fachhochschulen sollte die Ausprägung eines spezifisch europäischen Profils ermöglicht werden.
- \_ Eine Europäische Hochschule sollte ausgewählte strategische Partnerschaften mit anderen Europäischen Hochschulen pflegen. Diese können sich auf Lehre, Forschung, Transfer oder Infrastrukturleistungen erstrecken und weitere Akteure aus Gesellschaft und Wirtschaft einbeziehen. Im Rahmen dieser Partnerschaften sollte sie eine Balance zwischen der Mobilität aus dem Ausland und der Mobilität in das Ausland anstreben. Eine Europäische Hochschule sollte über Programme als Teil des Studienangebots verfügen, die zu einem Gemeinsamen Abschluss oder Doppelabschluss mit ausländischen Partnerhochschulen führen, Auslandsaufenthalte als integralen Bestandteil jedes Studiengangs vorsehen und Studierende aus einer Vielzahl unterschiedlicher, nicht nur europäischer Herkunftsländer haben. Hochschulen, die gemeinsam ein europäisches Hochschulnetzwerk aufbauen, sollten ihre administrativen Prozesse durch Zusammenlegungen und Vereinheitlichungen verschlanken und die Verbesserung ihrer Infrastrukturen untereinander abstimmen und zusammen vorantreiben. Sie sollten gemeinsame Zulassungen zum Studium aussprechen und den Studierenden aller am Verbund beteiligten Hochschulen die Nutzung von Bibliotheken, Mensen und des öffentlichen Nahverkehrs ohne administrativen Zusatzaufwand ermöglichen.
- \_ Eine Europäische Hochschule sollte ihren Studierenden über alle Fächer hinweg systematisch anbieten, sich auf wissenschaftlichem Niveau mit der Geschichte und Kultur Europas im globalen Kontext, dem Projekt der europäischen Einigung und Europas Rolle in der Welt auseinanderzusetzen. Studierende an einer Europäischen Hochschule sollten neben ihrer Muttersprache sehr gute Kenntnisse in mindestens zwei europäischen Sprachen erwerben können und sollten diese als Verkehrs- und Fachsprachen erlernen. Ebenso sollten sich Studierende im Laufe des Studiums möglichst breites Wis-



sen über mindestens zwei europäische Staaten aneignen können. Sie sollten anschließend in der Lage sein, in mehreren europäischen Ländern eine Beschäftigung kompetent auszuüben. Europäische Hochschulen mit einem entsprechenden Studienangebot sollten sich in der Ausbildung von Lehramtsstudierenden besonders engagieren, da die Absolventinnen und Absolventen in diesem Beruf eine wichtige Multiplikatorenrolle übernehmen können.

- \_ In der Forschung sollte das Profil einer Europäischen Hochschule über gemeinsame Themenstellungen und Projekte mit den europäischen Partnern entfaltet werden. Der europäische Charakter sollte über die Partnerwahl zum Ausdruck kommen, in der Themenwahl sollte es hingegen keine Einschränkungen geben. Um wissenschaftliches Personal aus anderen europäischen Ländern leicht in die eigene Forschung integrieren zu können, sollten entsprechende Förderangebote vorgehalten werden. Förderlich ist außerdem der Einsatz von Verwaltungspersonal, das über Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenz verfügt, befördert durch entsprechende Kurse und ggf. eigene Auslandsaufenthalte. Der Wissenschaftsrat betont, dass die genannten Merkmale keine abschließende Liste, sondern Anregungen darstellen.
- \_ Für ihre Entwicklung im Sinne dieser Idee benötigen die deutschen Hochschulen Förderung in allen Leistungsdimensionen, zugänglich für jeden Hochschultyp. Diese Fördermittel können von deutschen oder europäischen Fördermittelgebern stammen.
- \_ Der Wissenschaftsrat empfiehlt, rund zehn Jahre nach der Entstehung der ersten derartigen Hochschulen oder Hochschulverbünde ein Audit durchzuführen und den Mehrwert solcher von ihm vorgeschlagenen Europäischen Hochschulen – in ihren verschiedenen Ausprägungen – zu überprüfen.

#### I.4 Präsenzen und Aktivitäten deutscher Wissenschaftseinrichtungen im Ausland

Der Wissenschaftsrat würdigt die Vielzahl der Präsenzen und Aktivitäten der deutschen Wissenschaft im Ausland, die geeignet sind, die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft im Ausland bekannt zu machen und die deutschen Einrichtungen in Forschung und Lehre mit ausländischen Partnern zu vernetzen. Die DWIH und die TNB-Vorhaben könnten in Zukunft allerdings noch intensiver genutzt werden, insbesondere auch für die Bekanntmachung und die Vernetzung der Fachhochschulen. Gerade im Fall angespannter zwischenstaatlicher Beziehungen und Krisensituationen können die deutschen Auslandspräsenzen eine wichtige Rolle zur Aufrechterhaltung der Beziehungen übernehmen. Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsorganisationen derzeit ein Konzept dazu erarbeiten, mit welchen neuen Partnerländern durch den Aufbau von zusätzlichen Repräsentanzen, z. B. von Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäusern, der wissenschaftliche

Austausch gefördert werden sollte und welche Wirkungen damit erzielt werden könnten.

Auch die deutschen TNB-Angebote sind wegen ihrer vielfältigen Impulse für das Wissenschaftssystem des Gastlandes und seine Studierenden positiv hervorzuheben. Von derartigen Kooperationen profitieren ganz maßgeblich auch die deutschen Hochschulen einschließlich ihrer Studierenden, Forschenden und Lehrenden, der deutsche Arbeitsmarkt sowie die internationale Sichtbarkeit und Reputation des deutschen Wissenschaftssystems und die Außenwahrnehmung Deutschlands (s. Kap. A.III.2). Deutsche Hochschulen könnten ihr systemisches Wissen im Ausland proaktiver anbieten.

Durch die Verankerung und Rechenschaftspflicht in zwei Staaten ergeben sich für die TNB-Vorhaben besondere rechtliche und steuerliche Anforderungen. Auch unterliegen sie einer hohen Belastung durch Mehrfachakkreditierungen und -evaluationen. Viele TNB-Angebote haben zudem Schwierigkeiten, deutsches Personal für eine Lehrtätigkeit im Ausland zu finden, da es an deutschen Hochschulen wenig Anreize für derartige Aufenthalte und kaum Vertretungs- bzw. Beurlaubungsregelungen gibt. Gastaufenthalte an den deutschen TNB-Einrichtungen bieten den einzelnen Lehrenden jedoch die Möglichkeit, Erfahrungen in einer anderen Lehr- und Forschungsumgebung zu sammeln, Sprachkenntnisse zu vertiefen sowie Lehr- und Forschungskooperationen anzustoßen. Diese Erfahrungen und Kontakte kommen nach der Rückkehr auch der entsendenden Hochschule zugute.

Die erfolgreiche Umsetzung von TNB-Vorhaben erfordert neben einer klaren Zielsetzung unter anderem ein großes Engagement der zuständigen Ministerien und Hochschulen in Deutschland und im Partnerland sowie tragfähige Finanzierungsstrukturen. Im Fall der gemeinsamen Hochschulen im Ausland (s. Anhang, Abbildung 2 und Tabelle 2) hat sich eine fünfjährige Anschubfinanzierung durch den DAAD als zu kurz erwiesen, um eine finanzielle Unabhängigkeit der Einrichtungen zu erreichen. TNB-Angebote würden sehr davon profitieren, wenn sie durch Bund, Länder und Fördermittelgeber auf eine langfristig tragfähige Basis gestellt würden.

Ein besonderes Interesse auf Seiten vieler Entwicklungs- und Schwellenländer besteht an einer Übernahme des deutschen Fachhochschulmodells (s. Kap. A.III.2). In einem solchen Transfer liegen nicht nur Chancen für die Empfängerstaaten, sondern auch für die weitere Internationalisierung der deutschen Fachhochschulen. So können über Hochschulen und Studiengänge im Ausland Kooperationspartner in Lehre und Forschung gewonnen werden und der Aus-

tausch von Studierenden und Lehrenden kann intensiviert werden. |<sup>138</sup> Diese Möglichkeiten werden bisher noch unzureichend ausgeschöpft.

Der Wissenschaftsrat erinnert an dieser Stelle daran, dass sich bei grenzüberschreitenden Kooperationen zur Durchführung von Studiengängen zahlreiche rechtliche und regulierungsbezogene Herausforderungen stellen, die er jüngst systematisch analysiert hat, und verweist auf seine Empfehlungen für eine angemessene Qualitätssicherung. |<sup>139</sup> Diese sollten bei der Umsetzung von TNB-Vorhaben berücksichtigt werden.

Bezüglich der Präsenzen und Bildungsangebote der deutschen Wissenschaft im Ausland empfiehlt der Wissenschaftsrat den verantwortlichen Akteuren – Politik, Förderorganisationen und Hochschulen – folgende Maßnahmen:

- \_ Bestehende und zukünftige TNB-Angebote von Hochschulen sollten an die vorliegenden Länder- und Regionalstrategien des Bundes anschließen und sich darauf beziehen, z. B. an die China- oder die Afrika-Strategie (s. Kap. A.III.1). Es sollten Foren geschaffen werden, in denen die Hochschulen über diese Strategien und mögliche Anknüpfungspunkte informiert werden.
- \_ Die deutschen Hochschulen sollten in interessierten Staaten verstärkt TNB-Angebote aufbauen. Sie dürfen dabei durchaus auch finanzielle Interessen verfolgen, denn diese stehen nicht zwangsläufig im Gegensatz zu einer langfristigen Partnerschaft auf Augenhöhe. Neben den Chancen sollten die deutschen Hochschulen sich auch sorgfältig über wissenschaftsspezifische Risiken und Herausforderungen für die Etablierung von TNB-Angeboten in den Partnerstaaten informieren.
- \_ Die Hochschulen sollten Werte wie Hochschulautonomie, Wissenschaftsfreiheit, Meinungsfreiheit, fairen gegenseitigen Austausch und Gleichstellung in derartigen Kooperationen vertraglich verankern und konsequent verteidigen. Sie sollten in Kooperationsverträge entsprechende Präambeln aufnehmen.

|<sup>138</sup> Auch das in Deutschland inzwischen fest verankerte duale Studium gilt im Ausland als hochattraktiv (z. B. bei Unternehmen in Thailand und Kasachstan, s. Hesser, W.: Implementierung einer dualen Hochschulausbildung an Hochschulen und in Unternehmen im Ausland, Helmut-Schmidt-Universität, Januar 2018,

[http://edoc.sub.uni-hamburg.de/hsu/volltexte/2018/3189/pdf/Duale\\_Hochschulausbildung\\_final.pdf](http://edoc.sub.uni-hamburg.de/hsu/volltexte/2018/3189/pdf/Duale_Hochschulausbildung_final.pdf), letzter Zugriff: 28.06.2018). Seine Übertragbarkeit ist allerdings sehr voraussetzungsreich, da es hohe Anforderungen an die beteiligten Unternehmen im Hinblick auf die von ihnen geforderten Ausbildungsbeiträge stellt und in vielen Staaten keine verfasste Wirtschaft als Voraussetzung für eine betriebliche Berufsausbildung existiert.

|<sup>139</sup> Wissenschaftsrat: Bestandsaufnahme und Empfehlungen zu studiengangsbezogenen Kooperationen: Franchise-, Validierungs- und Anrechnungsmodelle, Köln 2017.

- \_ Die deutschen TNB-Angebote sollten verstärkt für Auslandsaufenthalte deutscher Studierender genutzt werden.
- \_ Um in Zukunft mehr Professorinnen und Professoren sowie Dozentinnen und Dozenten für eine Lehrtätigkeit in einem deutschen TNB-Vorhaben zu gewinnen, sollten noch bestehende Mobilitätshemmnisse im Landesbeamten- und Angestelltenrecht abgebaut und Freistellungen erleichtert werden, z. B. durch analoge Regelungen zu Forschungsfreisemestern oder Deputattermäßigungen. Ferner sollten geeignete Anreizsysteme geschaffen werden, z. B. indem Lehraufenthalte im Ausland in individuellen Zielvereinbarungen berücksichtigt werden, auch für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Damit bekräftigt der Wissenschaftsrat seine Empfehlung an die Hochschulen aus dem Jahr 2014, Mobilität zu erleichtern und Auslandsaufenthalte als erforderlichen Bestandteil einer wissenschaftlichen Berufsbiographie gezielt zu unterstützen. |<sup>140</sup> Je langfristiger TNB-Studiengänge oder -Hochschulen angelegt sind, desto größer ist der Bedarf an ortsansässigen Lehrkräften. Diese sollten jedoch dauerhaft auch von deutschen Gastdozentinnen und -dozenten unterstützt werden, um den Austausch lebendig zu halten.
- \_ Dem hohen Interesse aus dem Ausland nach Informationen zum deutschen Fachhochschulmodell und dessen Übernahme sollte Rechnung getragen werden und die Stärken dieses Hochschultyps in der Lehre, im Transfer und in der Weiterbildung sollten international bekannter gemacht werden. Der Wissenschaftsrat regt an, hierzu zentrale Beratungskapazitäten z. B. beim DAAD aufzubauen, mit denen staatliche und wissenschaftliche Einrichtungen aus dem Ausland beraten und unterstützt werden, die an einer adaptierten Übernahme des Fachhochschulmodells interessiert sind. Darüber hinaus sollten auch bereits vorhandene Strukturen im Ausland, wie die DWIH, stärker für die diesbezügliche Beratung und Vernetzung genutzt werden.
- \_ Für die Übertragung des Fachhochschulmodells in das Ausland kann mit geeigneten Partnern in Europa kooperiert werden, die über Hochschulen diesen Typs verfügen, um Foren für Kooperationen, Erfahrungsaustausch und Begegnungen zu schaffen.
- \_ Die Umsetzung transnationaler Bildungsangebote würde von einem Abbau des erforderlichen Management- und Verwaltungsaufwands deutlich profitieren. Daher sollten unter Berücksichtigung der Gesetzgebung und der Regelungen für die öffentliche Verwaltung der beteiligten Staaten flexible Lösungen gefunden und rechtliche Hindernisse abgebaut werden, wenn Hochschulen bzw. Studienangebote in zwei nationalen Systemen verankert sind.

| <sup>140</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Karrierewegen und -zielen an Universitäten, Köln 2014, S. 78.

Das betrifft insbesondere den Aufwand bei Qualitätssicherung/Akkreditierung und Rechenschaftslegung.

- \_ Bund, Länder und die Fördermittelgeber sollten eine längerfristige Unterstützung und Finanzierung erfolgreicher TNB-Vorhaben anbieten, da sich ihre Potenziale erst über mehrere Studierendengenerationen voll entfalten.

## **B.II ZU DEN STRATEGIEN DER HOCHSCHULEN FÜR DIE INTERNATIONALISIERUNG**

---

Die Internationalisierung ist eine Querschnittsaufgabe: Sie kann die Ausrichtung der Hochschulen in Lehre, Forschung, Transfer und Infrastrukturleistungen sowie ihre Rolle in der Gesellschaft und im In- und Ausland betreffen. Die Internationalisierung umfasst Aktivitäten, die nach außen gerichtet sind (z. B. Mobilität von Studierenden ins Ausland, s. Kap. B.II.4.a), und solche, die sich auf die innere Verfasstheit der Hochschule beziehen („Internationalisierung zu Hause“, s. Kap. B.II.2). Hochschulen können sich durch internationale Profilierung im wissenschaftlichen Wettbewerb positionieren und Internationalität für Studierende und Lehrende erlebbar machen. Da die Bedeutung der Internationalisierung für das deutsche Wissenschaftssystem in den vergangenen Jahren aus verschiedenen Gründen gestiegen ist, wird von den Hochschulen inzwischen eine Internationalisierungsstrategie erwartet. Wenn eine Hochschule ihren Vorstellungen gemäße Ziele der Internationalisierung in einer solchen Strategie festlegt, so steckt sie damit einen Handlungsrahmen ab. Dieser orientiert sich an den zentralen Werten, die im Inland wie im Ausland für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie auch Studierende handlungsleitend sind. Auf diese Weise wird eine offene Atmosphäre geschaffen, um den internationalen Reichtum und Erfahrungsschatz und die kulturelle Vielfalt systematisch nutzen zu können. Etliche Aktionsfelder der Internationalisierung – über die Studierendenmobilität hinaus – sind allerdings an deutschen Hochschulen noch entwicklungsfähig, wie z. B. die „Internationalisierung zu Hause“, gelingende Rekrutierungsmechanismen für internationales wissenschaftliches und nicht-wissenschaftliches Personal, die Internationalisierung administrativer Prozesse oder die Entwicklung einer Sprachenpolitik.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt nicht, dass jede Hochschule eine Internationalisierungsstrategie erarbeiten und umsetzen muss. Die Hochschulen sind allerdings gefordert, sich mit dem Thema Internationalisierung aktiv auseinanderzusetzen. Eine Einrichtung kann auch bewusst auf Regionalität oder auf binationale Partnerschaften setzen. Wenn eine Hochschule sich für eine breit angelegte Internationalisierung als Profilvermerkmal entscheidet, sollte sie flexibel auf ungeplante Prozesse reagieren und ihre strategische Ausrichtung in der Internationalisierung regelmäßig anpassen.

Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass viele Hochschulen in mehreren Leistungsdimensionen bereits sehr international agieren. Er betont das generelle Potenzial der Internationalisierung für die Wissenschaft und die einzelne Einrichtung. Die konkreten Maßnahmen einer Internationalisierungsstrategie können sehr unterschiedlich sein. Neben der Einrichtung und ihren Mitgliedern kann und sollte grundsätzlich auch ihr Umfeld bzw. sollten ihre Partner im Ausland von den Maßnahmen profitieren können, denn dies wirkt auf die Einrichtung zurück. Der Wissenschaftsrat ermutigt die Hochschulen, sich noch stärker als bisher als internationale Einrichtungen zu denken und zu gestalten, von denen Impulse für die Gesellschaft ausgehen. Dies betrifft sowohl die Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen und Lösung großer wissenschaftlicher Herausforderungen wie auch die Ausbildung von Menschen, die mit Hilfe von wissenschaftlichem Wissen, kritischer Analyse und wissenschaftlicher Integrität ihren Beruf in einem internationalen Umfeld ausüben können.

## II.1 Internationalisierungsstrategien deutscher Hochschulen

Am Anfang des Internationalisierungsprozesses stehen meist individuell initiierte Forschungsk Kooperationen oder Austauschprogramme, d. h. internationale Kooperationen basieren häufig auf Kontakten zwischen Einzelpersonen. Zu einer Strategie der Einrichtung tragen diese individuellen Aktivitäten erst bei, wenn sie nach vereinbarten Leitlinien und mit langfristiger Perspektive systematisiert, priorisiert, mit Ressourcen versehen und durch Strukturen verstetigt werden. Die Ziele der Hochschulleitung und die Interessen der Hochschulmitglieder müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Damit das Ergebnis in der Einrichtung akzeptiert wird, ist eine breite Beteiligung der Hochschulmitglieder an der Erarbeitung einer Internationalisierungsstrategie essenziell, in die auch die Verwaltungs- und Servicebereiche einbezogen werden. Denn auf allen Ebenen bedarf es kompetenter und engagierter Personen, die die Strategie mittragen und -umsetzen.

Veränderte weltpolitische Rahmenbedingungen wirken sich auf das weltweite Wissenschaftssystem und damit auch auf die deutschen Hochschulen aus. Krisen und Konflikte, der Verlust alter und der Zugewinn neuer Partnerschaften kann zu veränderten Mobilitätsbewegungen und einer anderen Zusammensetzung der Studierenden und Lehrenden an deutschen Hochschulen führen, unter Umständen auch innerhalb kurzer Zeit. Internationalisierungsstrategien müssen daher regelmäßig überprüft und ggf. angepasst werden. Für die Weiterentwicklung von Internationalisierungsstrategien gibt der Wissenschaftsrat den Hochschulen folgende Empfehlungen:

- \_ Internationalisierungsstrategien sollten am fachlichen Profil der Hochschule, an ihrem Standort sowie an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in der Region orientiert sein. Alle Leistungsdimensionen der

Hochschule sollten berücksichtigt und möglichst aufeinander abgestimmt werden, um positive Wechselwirkungen zu erreichen und eine gegenseitige Behinderung zu vermeiden. Die „Internationalisierung zu Hause“ sollte ein wesentliches Element sein (s. Kap. B.II.2).

- \_ Die Hochschulen sollten bei ihrer Internationalisierung Schwerpunkte setzen, z. B. indem sie auf bestimmte Länder oder Regionen fokussieren. Denkbar sind auch thematische Schwerpunkte als Profilvermerkmal für die Internationalisierung. |<sup>141</sup> Diese sollten sich nicht nur in der Wahl der Partneereinrichtungen widerspiegeln, sondern auch im Einklang mit dem generellen Profil der Hochschule stehen. Entsprechende Fördermöglichkeiten sollten in der Einrichtung bekannt gemacht, spezifische Informationen über die Partner zentral angeboten, besondere Chancen, Potenziale und Risiken aufgezeigt werden (vgl. Kap. B.I.2).
- \_ Die Festlegung strategischer Partnerschaften (s. Kap. A.III.3) sollte auf gelebten Kooperationen beruhen, die möglichst über einzelne Fachbereiche und einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hinausgehen. Eine solche Festlegung sollte andere, erfolgreich bestehende Partnerschaften jedoch nicht gefährden. Funktionierende Partnerschaften können auf Synergien oder Komplementaritäten zwischen den mitwirkenden Partnern beruhen. Bei der Wahl von strategischen Partnern sollten die Hochschulen asymmetrischen Ausgangsbedingungen (z. B. Leistungs- und Ressourcenunterschieden oder abweichenden Wertevorstellungen der Partner sowie sicherheitsrelevanten Aspekten wie Datensicherheit oder dem Schutz geistigen Eigentums) besondere Aufmerksamkeit schenken. Sie sollten mit solchen Asymmetrien bewusst umgehen und die langfristigen Folgen für beide Seiten reflektieren, ihre Mitglieder für die Unterschiede und daraus resultierende Risiken sensibilisieren und ggf. angemessene Sicherheitsmaßnahmen ergreifen (vgl. Kap. A.II.3 und B.I.2).
- \_ Für einige Partnerländer der deutschen Wissenschaftseinrichtungen gibt es nationale Strategien, die mit Fördermaßnahmen unterlegt sind (s. Kap. A.III.1). Die Hochschulen sollten sich auf diese stützen. Darüber hinaus sollten sie vorhandene und noch zu schaffende Beratungs- und Informationsangebote nutzen, um Kenntnisse über die die Wissenschaft betreffenden weltpolitischen Veränderungen und zu einzelnen Staaten zu gewinnen und in ihren Strategien aufzugreifen (s. Kap. B.I.1).

|<sup>141</sup> Z. B. Meeres- oder Klimaforschung, Entwicklung alternativer Energien oder Entwicklungszusammenarbeit.

- \_ Die Regionalstudien sollten stärker in die Internationalisierungsstrategien der Hochschulen integriert werden. Zudem sollte ihr Potenzial für wissenschafts-politische Information vor der Festlegung auf strategische Partnerschaften (s. Kap. B.I.1) besser ausgeschöpft werden, auch institutionenübergreifend.
- \_ Eine Internationalisierungsstrategie sollte mit einer langfristigen finanziellen und personellen Ressourcenplanung unterlegt sein. Erforderlich ist ein Finanzierungskonzept, das die intern zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen und zusätzlich von extern einzuwerbenden Mittel einschließt, mit denen Kooperationen und Projekte langfristig abgesichert werden können. Für die Umsetzung von Internationalisierungsaktivitäten kann ein zentraler Fonds der Hochschulleitung hilfreich sein, mit Hilfe dessen die Maßnahmen und Initiativen finanziert werden können.

## II.2 Internationalisierung zu Hause

Auch für Studierende, die keinen Auslandsaufenthalt absolvieren, sind internationale Erfahrungen, Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen für den Eintritt in einen zunehmend international geprägten Arbeitsmarkt sehr wichtig. Solche Erfahrungen und Kenntnisse dienen darüber hinaus der Persönlichkeitsentwicklung. Mit der „Internationalisierung zu Hause“ (s. Kap. A.III.3) können die Hochschulen den Rahmen dafür schaffen, dass Studierenden – wie auch dem wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personal – diese Erfahrungen und Kenntnisse in einem gewissen Maße auch im Inland zuteilwerden. Internationale Perspektiven führen zu neuen Fragen und Themen in Forschung und Lehre, ermöglichen andere Bewertungen und die Spiegelung eigener Problemwahrnehmungen in fremden Kontexten. Die „Internationalisierung zu Hause“ betrifft aber auch die Verfasstheit der Institution, die den Reichtum und die Vielfalt internationaler Perspektiven nutzbringend einsetzen kann.

Ausländische Studierende haben einen anderen kulturellen Hintergrund und verfügen oft über Erfahrungen aus anderen Hochschulsystemen, die sie im Umgang mit den deutschen Studierenden innerhalb und außerhalb von Lehrveranstaltungen einbringen können. Sie ermöglichen den einheimischen Studierenden so einen internationalen Austausch vor Ort und können Interesse für ihre Herkunftsländer und das Erlernen von Fremdsprachen wecken. Internationale Lehrkräfte, die bisher noch in geringerem Maße als ausländische Studierende nach Deutschland kommen, können fremdsprachige Lehrveranstaltungen anbieten und mit ihrer spezifischen Expertise zu Internationalisierung und Mobilität beratend tätig sein. Sie bringen andere Lehrinhalte und -erfahrungen sowie andere Forschungsperspektiven ein und unterstreichen die Bedeutung der globalen Geltungsansprüche von Wissenschaft. Außerdem können sie der Hoch-



schule oder einzelnen Mitgliedern Zugang zu ihren persönlichen Netzwerken im Ausland gewähren und neue Kooperationen in die Wege leiten.

Die Internationalisierung der Verwaltung und der Servicebereiche ist an vielen Hochschulen noch unzureichend. So werden administrative Prozesse vielfach nur in deutscher Sprache durchgeführt und die Beschäftigten verfügen zum Teil nicht über die nötigen Sprachkenntnisse, um einer zunehmenden Zahl an Studierenden und Lehrenden mit geringen Deutschkenntnissen gerecht zu werden. Hinzu kommt eine oftmals ungenügende finanzielle Ausstattung der Servicestellen für die Internationalisierung, insbesondere der akademischen Auslandsämter und der *Welcome Center*, deren Personal oftmals in projektfinanzierten Beschäftigungsverhältnissen arbeitet.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Wissenschaftsrat den Hochschulen, weitere Anstrengungen in Richtung auf eine verstärkte Internationalisierung insbesondere in Studium und Lehre zu unternehmen. Sie sollten nicht nachlassen, ein für internationalen Austausch und internationale Rekrutierung attraktives Umfeld zu gestalten:

- \_ Die Hochschulen sollten einen Überblick haben, welche Mobilitätsmuster der Studierenden auch fächerspezifisch erkennbar sind (z. B. viele ausländische Studierende in den MINT-Fächern, aber eine geringe Mobilität der deutschen Studierenden in diesen Fächern, Trends bei der nationalen Zusammensetzung der ausländischen Studierenden usw.) und welche Mobilitätsbereitschaft des wissenschaftlichen Personals erkennbar ist. Solche Erkenntnisse sollten in die Strategien der Internationalisierung einbezogen werden.
- \_ Um das Studium im Inland für alle Studierenden international auszurichten und die Studierenden auf eine Berufstätigkeit mit internationalem Bezug vorzubereiten, müssen unabhängig vom Studienfach ausreichend allgemeine bzw. fachsprachliche Fremdsprachenkurse und Veranstaltungen zur Vermittlung interkultureller Kompetenzen vorgehalten werden.
- \_ Darüber hinaus ist es notwendig, in den Studienprogrammen internationale Perspektiven auf den jeweiligen Vermittlungsgegenstand zu verankern und den Studierenden damit ein breites Verständnis ihrer Fachdisziplin bezogen auf deren Inhalte und Methoden zu ermöglichen. Hierzu bedarf es einer Internationalisierung der Curricula, die fachspezifisch unterschiedlich ausgestaltet sein kann. Der Wissenschaftsrat weist auf die Empfehlungen hin, die die HRK im Jahr 2017 hierzu vorgelegt hat. |<sup>142</sup>

|<sup>142</sup> Die HRK empfiehlt den Hochschulen, für die Internationalisierung der Curricula bestehende internationale Kooperationen zu nutzen und durch die verstärkte Einbindung internationaler Studierender einen Per-

- \_ Die Hochschulen sollten die Diversität einer internationalen Studierendenschaft einbeziehen, z. B. indem sie Lerngruppen entsprechend divers zusammensetzen und in Lehrveranstaltungen verschiedene Perspektiven zur Geltung bringen („*international classroom*“) oder Veranstaltungen wie Sommer Schulen für aus- und inländische Studierende gemeinsam anbieten. Es ist zu erwarten, dass in- und ausländische Studierende hiervon gleichermaßen profitieren.
- \_ Um auch nicht-mobilen Studierenden interkulturelle Erfahrungen zu ermöglichen, sollten digitale Lehrangebote, z. B. Online-Vorträge von Lehrenden im Ausland oder gemeinsame virtuelle Lehrveranstaltungen mit Studierendengruppen im Ausland, verstärkt zum Einsatz kommen (s. Kap. B.II.4).
- \_ Hochschulen, die ihre „Internationalisierung zu Hause“ vertiefen wollen, sollten den Anteil ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhöhen und sie gezielt auch in hochschulinterne Gremien einbeziehen, um ihre Kenntnisse eines anderen Wissenschaftssystems und daraus hervorgehende Anregungen zu nutzen. Dies gilt auch für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die längere Zeit im Ausland tätig waren und an eine deutsche Hochschule zurückkehren.
- \_ Hochschulen sollten sich einen Überblick über die internationalen Erfahrungen, Sprachkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen ihrer wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten verschaffen und sie entsprechend dieser Fähigkeiten einsetzen. Bei der Rekrutierung von wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal sollten die Hochschulen deren internationale Erfahrungen und Sprachkenntnisse adäquat gewichten.
- \_ Höherwertige Aufgaben im Zusammenhang mit der Internationalisierung erfordern eine entsprechende Vergütung des dafür zuständigen Personals. Dies ist mit der gegenwärtigen Grundfinanzierung der Hochschulen nicht durchgehend zu leisten, sondern erfordert zusätzliche Mittel (s. Kap. B.II.6).
- \_ Auch nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten sollten Auslandsaufenthalte ermöglicht werden, um ein anderes Wissenschaftssystem und eine andere Einrichtung kennenzulernen oder Sprachkenntnisse zu erwerben, z. B. im Rahmen von Erasmus+ oder eigener Programme der Hochschulen.

spektivwechsel in der Lehre herbeizuführen. Außerdem sollte allen Studierenden der allgemeinsprachliche und fachliche Fremdsprachenerwerb ermöglicht werden und dieser sollte fest in den Studienprogrammen verankert werden. Die Hochschulen sollten Prüfungsformate vorsehen, die geeignet sind, den Zugewinn an internationalen Kompetenzen bei den Studierenden sichtbar zu machen (HRK: Zur Internationalisierung der Curricula, Empfehlung der 22. Mitgliederversammlung der HRK am 9. Mai 2017 in Bielefeld, S. 6 ff.).

- \_ Eine ausreichende Versorgung mit studentischem Wohnraum und Gästehäusern für ausländische Studierende bzw. ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist eine Voraussetzung für die Internationalisierung und muss gewährleistet werden. Dafür benötigen die Hochschulen und Studentenwerke zusätzliche Ressourcen.

### *Sprachenpolitik*

Zur Erarbeitung einer umfassenden Internationalisierungsstrategie gehört auch eine Sprachenpolitik der Hochschule, die sich in ihr Gesamtprofil einfügt. Ein durchdachtes Sprachenkonzept dient der Ausbildung mehrsprachiger und interkulturell kompetenter Hochschulabsolventinnen und -absolventen für einen zunehmend international geprägten Arbeitsmarkt und trägt zur internationalen Sichtbarkeit und Attraktivität einer Hochschule bei.

Mehrsprachigkeit ist ein Merkmal von Europa, schlägt sich in der schulischen Sprachausbildung nieder und ist zugleich Ausdruck der Internationalität von Wissenschaft. Gleichzeitig ist auf die große Bedeutung des Deutschen als Wissenschaftssprache hinzuweisen, die in verschiedenen Disziplinen ungeachtet einer allgemein zunehmenden Dominanz des Englischen fortbesteht. Für die Mehrzahl der internationalen Studierenden in Deutschland ist der Erwerb oder die Verbesserung deutscher Sprachkenntnisse ein wichtiges Motiv für die Studienortwahl. Die Hochschulen sollten daher den Austausch zwischen den einheimischen und den ausländischen Studierenden aktiv fördern.

Eine umfassende Sprachenpolitik bezieht sich auf die Unterrichts- und die Prüfungssprache, d. h. die Sprache(n), in der bzw. denen die Lehre an der Hochschule angeboten wird und Prüfungen abgelegt werden können, auf die Fachsprachen der vertretenen Disziplinen wie auch auf die Verkehrssprache einer Hochschule, in der z. B. in der Verwaltung und den Gremien kommuniziert wird. Damit ist die Sprachenpolitik für Studium und Lehre wie auch für die Forschung und die (Selbst-)Verwaltung einer Hochschule relevant. Die Wahl der Sprachen sollte durch die Fachbereiche erfolgen und wird sich nach Fächern unterscheiden.

Die Umsetzung eines Sprachenkonzepts ist nicht gleichzusetzen mit einer möglichst weitgehenden Umstellung des Studienangebots auf die englische Sprache. Wenngleich für viele Hochschulen bei der Einführung fremdsprachiger Studienprogramme oder der Einführung einer zweiten Verkehrssprache Englisch die Sprache der Wahl sein wird, sollte dies kein Automatismus sein. Abhängig vom Fächerprofil der Hochschule, ihren internationalen Kooperationen, ihrer geographischen Lage und ihrem regionalen Umfeld kann auch ein Fokus auf ande-

re Sprachen, wie z. B. Mandarin |<sup>143</sup> oder Arabisch sinnvoll erscheinen und ein besonderes Profilmerkmal sein.

Das Angebot an fremdsprachigen Studiengängen ist an deutschen Hochschulen noch vergleichsweise gering (s. Anhang, Tabelle 3). Neben einem quantitativen besteht bei den fremdsprachigen Studienprogrammen und Lehrveranstaltungen auch ein qualitativer Entwicklungsbedarf. Ein Ausbau und eine Verbesserung des fremdsprachigen Studienangebots sind geeignete Maßnahmen, um mehr ausländische Studierende und Lehrende zu gewinnen. Gleichzeitig ermöglichen sie deutschen Studierenden, sich in ihrer Fachdisziplin (auch) in einer anderen Sprache zu verständigen, und tragen damit zur Vorbereitung auf einen Arbeitsmarkt bei, auf dem die sichere Beherrschung einer zweiten Fremdsprache neben Englisch zunehmend zum Anforderungsprofil gehört. Auch Programme mit ausländischen Hochschulen, die zu einem Gemeinsamen Abschluss oder einem Doppelabschluss führen, können diesen Zielen dienen. Fremdsprachige Studiengänge und Doppelabschlussprogramme mit ausländischen Hochschulen ebnet zudem oftmals den Weg für weitergehende Kooperationen, z. B. in der Forschung.

Der Wissenschaftsrat richtet die folgenden Empfehlungen an die Hochschulen und die Politik:

- \_ Hochschulen, die sich für die Ausprägung eines internationalen Profils entscheiden, empfiehlt der Wissenschaftsrat, als Teil der Internationalisierungsstrategie ein Sprachenkonzept zu erarbeiten und es regelmäßig an veränderte Bedarfe anzupassen. Das Konzept sollte in engem Zusammenhang mit der Mobilitäts- und der Rekrutierungsstrategie der Hochschule stehen, zwischen Unterrichts-, Prüfungs-, Fach- und Verkehrssprache unterscheiden. Neben der Lehre sollten auch die Forschung und die (Selbst-)Verwaltungsprozesse der Hochschule einbezogen werden.
- \_ Damit das Sprachenkonzept in allen Fachbereichen der Hochschule umgesetzt wird, sollten disziplinäre Besonderheiten und Fächertraditionen sowie der jeweils erreichte Grad der Internationalisierung berücksichtigt und Spielräume für unterschiedliche Herangehensweisen der einzelnen Fächer eröffnet werden. Die Wahl der Unterrichtssprachen sollte folglich den Fachbereichen überlassen sein.

|<sup>143</sup> Vgl. *Mercator Institute for China Studies (MERICS): China kennen, China können. Ausgangspunkte für den Ausbau von China-Kompetenz in Deutschland*, Mai 2018 ([https://www.merics.org/sites/default/files/2018-05/MERICS\\_China\\_Monitor\\_45\\_China\\_kennen\\_China\\_koennen\\_0.pdf](https://www.merics.org/sites/default/files/2018-05/MERICS_China_Monitor_45_China_kennen_China_koennen_0.pdf), letzter Zugriff: 11.05.2018).

- \_ Hochschulen, die mehr internationale Studierende für sich gewinnen wollen, sollten vermehrt fremdsprachige Studiengänge anbieten, insbesondere im Masterbereich, und ihr Angebot an Studiengängen, die zu Gemeinsamen Abschlüssen oder Doppelabschlüssen mit ausländischen Hochschulen führen, ausbauen. Dabei darf der Unterricht in einer Fremdsprache nicht zum Absinken des wissenschaftlichen Niveaus führen; Deutsch als Wissenschaftssprache ist weiterhin zu pflegen. |<sup>144</sup>
  
- \_ Die Sprachenwahl für einzelne Studiengänge sollte sich am Studienfach bzw. am Berufsfeld, auf das sie vorbereiten, orientieren. |<sup>145</sup> In bestimmten Fächern sollte das Sprachenangebot dem Gegenstand von Lehre und Forschung folgen. So können z. B. in den modernen Philologien, der Kunstgeschichte, der Archäologie oder den Regionalstudien andere Sprachen als Englisch sinnvoll sein. Die Hochschulen sollten bei der Sprachenwahl zwischen grundständigen und weiterführenden Studiengängen differenzieren und den unterschiedlichen Bedarf auf den verschiedenen Studienstufen berücksichtigen.
  
- \_ Die Hochschulen sollten für ihre ausländischen Studierenden und Promovierenden Angebote zur sprachlichen Vorbereitung auf Deutsch als Sprache des Studiums und des täglichen Lebens anbieten. Grundsätzlich sollte die Zulassung ausländischer Studierender daran geknüpft sein, dass entsprechende Sprachkenntnisse, die für den gewählten Studiengang erforderlich sind, entweder vorhanden sind oder vor dem Studium bzw. studienbegleitend erworben werden können.
  
- \_ Für alle Studierenden sollten Kurse in wissenschaftlichem Schreiben verpflichtend vorgesehen werden. Dabei sollte die Sprache an dem Bedarf des jeweiligen Fachs orientiert sein.
  
- \_ Da die Beherrschung einer zweiten oder dritten Sprache auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie in der Wissenschaft zunehmend gefragt ist, sollten die Hochschulen im Einklang mit ihrer Sprachenpolitik das allgemein- wie auch das fachsprachliche Kursangebot ausbauen. Um deutsche Studierende verstärkt zu motivieren, sich Fremdsprachenkenntnisse anzueignen bzw. vorhandene zu vertiefen, sollten solche Sprachkurse in den Wahlbereichen der Studienprogramme als Studienleistung anrechenbar sein. Dennoch wird eine

|<sup>144</sup> Vgl. HRK: Zur Internationalisierung der Curricula, Empfehlung der 22. Mitgliederversammlung der HRK am 9. Mai 2017, S. 8.

|<sup>145</sup> So werden Absolventinnen und -absolventen eines Medizinstudiums für die reibungslose Kommunikation mit Patientinnen und Patienten auch in Zukunft die deutsche (Fach-)Sprache beherrschen müssen. Für einen Studiengang in Internationalem Wirtschaftsrecht hingegen kann die Durchführung auf Englisch sinnvoller sein, wenn er primär auf ein internationales Arbeitsumfeld vorbereitet.

Verlängerung der Studienzeit wegen Spracherwerbs nicht immer zu vermeiden sein.

- \_ Die Hochschulen sollten deutsche Lehrende dabei unterstützen, in Englisch oder einer anderen Fremdsprache zu lehren. Dazu sollten die Hochschulen nicht nur Kurse zur Vertiefung der Sprachkenntnisse anbieten, sondern auch zur interkulturellen Sensibilisierung der Lehrenden und zur Verbesserung ihrer didaktisch-pädagogischen Fähigkeiten in der betreffenden Sprache. Ziel sollte es sein, die Lehre auf einem hohen unterrichtssprachlichen Niveau erbringen zu können. | <sup>146</sup>
- \_ Neuen Lehrenden aus dem Ausland sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, Lehrveranstaltungen zunächst auf Englisch oder in einer anderen Fremdsprache anzubieten, sofern die Hochschule diese als Unterrichtssprache vorsieht. In einem Zeitraum, der in individuellen Zielvereinbarungen zwischen Hochschule und Lehrenden festzulegen ist, sollten sich die Lehrenden Deutschkenntnisse auf einem Niveau aneignen, das es ihnen erlaubt, Lehrveranstaltungen auf Deutsch durchzuführen. Für den Spracherwerb sollten bei Bedarf partielle und befristete Freistellungen ermöglicht werden. Auch ausländische Tutorinnen und Tutoren sollten über adäquate Deutschkenntnisse verfügen, wenn sie an der Lehre beteiligt sind.
- \_ Hochschulen, die ihre Internationalität vertiefen wollen, empfiehlt der Wissenschaftsrat, in der Gremienarbeit passive Mehrsprachigkeit einzuführen, um ausländische Lehrkräfte mit geringen Deutschkenntnissen in die akademische Selbstverwaltung der Hochschule einzubeziehen. | <sup>147</sup>
- \_ Hochschulen und ihre Mitglieder können die Integration ausländischer Beschäftigter unterstützen, indem sie Vernetzungsangebote und Begegnungsräume schaffen, in deren Rahmen diese sich untereinander wie auch mit deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern austauschen können.
- \_ Die Hochschulen sollten auch der Fremdsprachenausbildung ihrer nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten Beachtung schenken, um Beratungs- und

| <sup>146</sup> Wenn Lehrende in einer Fremdsprache unterrichten, besteht die Tendenz, die Bedeutungen aus der Muttersprache beizubehalten. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit von Missverständnissen zwischen Studierenden und Dozierenden. Bei Studierendengruppen mit verschiedenen muttersprachlichen Zusammensetzungen müssen Lehrende sprachliches von fachlichem Nichtverstehen unterscheiden können. Die internationalen Studierenden bringen aus ihren Heimatländern unterschiedliche Bildungs- und Forschungsideale wie auch unterschiedliche Erwartungen an Studium und Lehre sowie die Rolle der Lehrenden mit. Auch der Anspruch an Lehren und Lernen unterscheidet sich in den verschiedenen Kulturen. Lehrende müssen über diese Zusammenhänge informiert sein.

| <sup>147</sup> Sofern die Rechtslage deutschsprachige Dokumente erfordert, ist die Erstellung zusätzlicher Handreichungen oder erläuternder Hinweise z. B. in englischer Sprache denkbar.

Serviceleistungen vermehrt auf Englisch oder in anderen Fremdsprachen anbieten zu können.

- \_ Hochschulen, die ein Sprachenkonzept umsetzen wollen, sollten ihre Sprachausbildung professionalisieren und über ein Sprachenzentrum verfügen, das die Vermittlung von Deutsch- und Fremdsprachenkenntnissen auf hohem Niveau übernimmt. Dafür bedarf es angemessen qualifizierten Personals, das, da die Sprachausbildung oft eine Daueraufgabe ist, unbefristet beschäftigt werden sollte. Der Wissenschaftsrat hält es für notwendig, dass die Länder die Hochschulen besser ausstatten, um ihnen die Umsetzung der skizzierten Sprachenkonzepte personell und infrastrukturell zu ermöglichen (s. auch Kap. B.II.6).

### II.3 Weitere Internationalisierung der Fachhochschulen

Die Internationalisierung der Fachhochschulen wird aus Sicht des Wissenschaftsrates bisher zu wenig in den Blick genommen. Einige deutsche Fachhochschulen haben sich bereits sehr stark internationalisiert, die überwiegende Zahl ist aber weniger international aufgestellt als die Universitäten. Die Ursachen dafür sind unter anderem strukturelle Besonderheiten, wie ein geringeres Angebot an einschlägigen Förderformaten, geringere personelle Ressourcen für die Internationalisierung aufgrund des fehlenden wissenschaftlichen Personals ohne Professur, vergleichsweise hohe Lehrverpflichtungen der Professorinnen und Professoren sowie bestehende Hürden für Auslandsaufenthalte des wissenschaftlichen Personals (s. Kap. A.III.4). Weitere Gründe sind die anderen Karrierewege der wissenschaftlichen Beschäftigten an Fachhochschulen (s. ebd.) und eine geringere Mobilitätsneigung der Studierenden, unter denen mehr Studierende ohne akademische Bildungsherkunft sind als an Universitäten (s. Kap. A.III.5.a). Vor dem Hintergrund der deutlich geringeren finanziellen und personellen Ressourcen für die Internationalisierung schätzt der Wissenschaftsrat die bisherige Entwicklung der Fachhochschulen in diesem Bereich als einen guten Ausgangspunkt ein.

Der Wissenschaftsrat begrüßt die Ankündigung des Bundes, die Strategien der Fachhochschulen zur Internationalisierung in den nächsten Jahren mit einem eigenen Förderprogramm für diesen Hochschultyp gezielt zu unterstützen |<sup>148</sup> und richtet darüber hinaus folgende Empfehlungen an die Hochschulen, politischen Akteure und Förderorganisationen:

|<sup>148</sup> CDU, CSU und SPD: Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, S. 32.

- \_ Ein mögliches Förderprogramm des Bundes für die Fachhochschulen sollte die Spezifika dieses Hochschultyps beachten. So bedarf es geeigneter Anreize und Förderinstrumente, damit mehr Fachhochschulbeschäftigte Auslandsaufenthalte realisieren können. Dabei sollten alle Personalgruppen bedacht werden. Beschäftigte an Fachhochschulen haben einen besonderen Förderbedarf für Kurzaufenthalte im Ausland, die nur mit Hilfe von Vertretungsregelungen und Ressourcen hierfür realisiert werden können. Solche Kurzaufenthalte betreffen nicht nur Lehre und Forschung, sondern auch eine vorübergehende Tätigkeit in Industrie- und Wirtschaftsunternehmen oder in gemeinnützigen Einrichtungen im Ausland, um internationale Projekte und Kooperationen im Bereich Transfer voranzubringen. Zur Erhöhung der Mobilität von Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen sollten die Förderorganisationen sowie Bund und Länder bestehende Förderformate anpassen, damit sie von Antragstellerinnen und -stellern aus Fachhochschulen besser genutzt werden können, oder alternativ spezifische Förderangebote schaffen.
- \_ Die Fachhochschulen sollten mit Hilfe bestehender Förderprogramme verstärkt ausländische Gastdozentinnen und -dozenten aufnehmen, um ihr Studienangebot zu internationalisieren und internationale Kooperationen in Lehre und Forschung anzustoßen. Bestehende Gastdozentenprogramme sollten so genutzt werden, dass das Lehrdeputat des Gastes für eine entsprechende Ermäßigung der bzw. des Einladenden verwendet und jedenfalls nicht auf die Kapazität angerechnet wird. Dafür sollten in den Ländern, in denen dies noch nicht der Fall ist, die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Eine attraktive Vergütung für die Gastdozenten muss gewährleistet sein.
- \_ Die Fachhochschulen sollten ihr oftmals großes Potenzial für internationale Kooperationen und die Ermöglichung von Auslandsaufhalten der wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten stärker nutzen, z. B. ihre engen Kontakte zu regionalen Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen mit Auslandsbeziehungen. Für den Aufbau internationaler Kooperationen sollten die Hochschulen vermehrt Freisemester und Deputatsreduktionen gewähren; hierfür benötigen sie eine angemessene Grundausstattung (s. Kap. B.II.6) und die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen.
- \_ Die Fachhochschulen sollten bereits bei der Rekrutierung von wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal ein erhöhtes Augenmerk auf internationale Erfahrungen, Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenz legen. Aufgrund der im Vergleich zu Universitäten geringeren personellen Ressourcen bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in der Verwaltung, in den Servicebereichen und im Wissensmanagement sind dabei auch Möglichkeiten für hochschulübergreifende Kooperationen im Bereich Internationalisierung zu prüfen.



- \_ Die Fachhochschulen sollten die Mobilitätsneigung ihrer Studierenden gezielt fördern, indem sie in den Curricula Zeitfenster für Auslandsaufenthalte vorsehen, damit sich das Studium dadurch nicht verlängert. Sie sollten zudem intensiver über entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten informieren. Neben Studienaufenthalten sollten für alle Studierenden auch Praxissemester und die Mitarbeit in Forschungsprojekten im Ausland als Auslandsaufenthalte anerkannt werden.
- \_ Um die Vernetzung der Fachhochschulen mit in- und ausländischen Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft sowie aus dem Gesundheitssektor und dem sozialen Bereich zu befördern, sollten Foren und Netzwerke etabliert werden, die die Suche nach Partnern für die Umsetzung von Kooperationsideen in Lehre, Forschung, Transfer und Infrastruktur erleichtern. Auch das Marketing kann gemeinsam effektiver organisiert werden. Dabei können einzelne bereits existierende Modelle als Vorbild dienen. |<sup>149</sup> Die deutschen transnationalen Bildungsangebote, in denen die Fachhochschulen stark vertreten sind, können ebenfalls genutzt werden, um die Mobilität von Fachhochschulstudierenden zu erhöhen und die Internationalisierung dieses Hochschultyps voranzubringen (s. Kap. B.I.4).

#### II.4 Mobilität von Studierenden sowie wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal

Mit der Mobilität von Studierenden, Lehrenden und Forschenden können institutionell unterschiedliche Ziele verfolgt werden – wissenschaftsintrinsische, einrichtungs- bzw. hochschulspezifische oder auch bildungs- und außenpolitische. Dementsprechend können unterschiedliche Vorstellungen darüber bestehen, welcher Mobilitätsgrad innerhalb des Hochschulsystems oder an einzelnen Einrichtungen anzustreben ist. Es stellt sich beispielsweise die Frage, ob die deutschen Hochschulen in ausreichender Zahl Studierende, Lehrende und Forschende in die Welt entsenden bzw. ausländische Studierende, Lehrende und Forschende anziehen. Vor dem Hintergrund der geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen, der beschriebenen Spannungsverhältnisse und der Herausbildung neuer Wissenschaftsgesellschaften (s. Kap. A.II) ist auch zu bedenken, inwieweit die individuelle Mobilität zum Aufbau und zur Pflege von insti-

|<sup>149</sup> Zum Beispiel der Verbund UAS7 e. V., ein Zusammenschluss von sieben forschungsorientierten deutschen Fachhochschulen mit starker internationaler Ausrichtung. Die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, die Hochschule Bremen, die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, die Technische Hochschule Köln, die Hochschule München, die Fachhochschule Münster und die Hochschule Osnabrück bilden seit der Gründung eines gemeinsamen Verbindungsbüros in New York im Jahr 2005 eine strategische Allianz und arbeiten in ausgewählten Bereichen, wie z. B. der Internationalisierung, zusammen.

tutionellen Beziehungen zu neuen und alten Partnerländern genutzt werden kann.

Bei der Mobilität ins Ausland, insbesondere aber bei der Mobilität aus dem Ausland ist eine große Spannweite an Ziel- bzw. Herkunftsländern festzustellen: Deutsche Studierende und Lehrende steuern in ihren Auslandsaufenthalten unterschiedliche, wenn auch vorwiegend europäische Länder an, und den deutschen Hochschulen gelingt es, Studierende und Lehrende aus vielen verschiedenen Staaten innerhalb und außerhalb Europas zu gewinnen. Diese „globale Vielfalt“ ist im internationalen Vergleich ungewöhnlich und ausdrücklich zu würdigen. Sie führt dazu, dass eine große Bandbreite an Erfahrungen und Kenntnissen in die deutschen Hochschulen und das Wissenschaftssystem zurückwirken. Auf politischer Ebene kommt diese Diversität der Beziehungspflege zu einer Vielzahl von Staaten auf unterschiedlichen Kontinenten zugute. Sie sollte daher als Stärke des deutschen Wissenschaftssystems erhalten bleiben und Ausgangspunkt für eine quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Mobilität in das Ausland und aus dem Ausland sein.

#### II.4.a Mobilität in das Ausland

Die Mobilität deutscher Studierender in das Ausland hat ein gutes Niveau erreicht, es besteht allerdings noch Handlungsbedarf, um das 50 %-Ziel von Bund und Ländern zu erreichen (s. Kap. A.II.5.a). Die Wahl des Ziellandes für ihren Auslandsaufenthalt treffen die Studierenden nach eigenen Kriterien, die sich nicht notwendigerweise an der strategischen Bedeutung der Partnerländer für die Hochschule oder die Volkswirtschaft orientieren. Es wäre aus Sicht sowohl der Hochschulen wie des Arbeitsmarktes aber durchaus wünschenswert, wenn deutsche Studierende Länder wie China, Russland oder Indien, die für Deutschland zunehmend an wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Relevanz gewinnen, verstärkt als Zielländer wählen. |<sup>150</sup>

Nicht nur von Auslandserfahrungen des wissenschaftlichen Personals sind positive Effekte für die Internationalisierung der gesamten Hochschule zu erwarten, sondern auch von denen des nicht-wissenschaftlichen Hochschulpersonals, denn sie sind häufig die erste Anlaufstelle für ausländische Studierende, Forschende und Lehrende.

|<sup>150</sup> S. auch *Mercator Institute for China Studies* (MERICS): China kennen, China können. Ausgangspunkte für den Ausbau von China-Kompetenz in Deutschland, Mai 2018 ([https://www.merics.org/sites/default/files/2018-05/MERICS\\_China\\_Monitor\\_45\\_China\\_kennen\\_China\\_koennen\\_0.pdf](https://www.merics.org/sites/default/files/2018-05/MERICS_China_Monitor_45_China_kennen_China_koennen_0.pdf), letzter Zugriff: 11.05.2018).

Zur Mobilität deutscher Studierender sowie wissenschaftlicher und nicht-wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hochschulen spricht der Wissenschaftsrat neben den bereits genannten die folgenden Empfehlungen aus:

- \_ Auslandsaufenthalte von Studierenden sollten häufiger als verpflichtende Elemente in den Curricula vorgesehen werden, zumindest aber sollten feste Mobilitätsfenster in den Studienprogrammen verankert werden. Die Hochschulen sollten mit ihren ausländischen Partnereinrichtungen die volle Anerkennung der erbrachten Studienleistungen vereinbaren. Neben Studienaufenthalten im Ausland sollten auch Auslandspraktika und Abschlussarbeiten im Ausland oder in Kooperation mit ausländischen Partnern stärker gefördert werden. Eine gewisse Studienverlängerung durch Auslandsaufenthalte sollte hinnehmbar sein.
- \_ Damit Studierende nicht aus Kostengründen von einem Auslandsaufenthalt absehen, sollten die Hochschulen und Förderinstitutionen ihre Informations- und Beratungsangebote zu den vorhandenen Fördermöglichkeiten ausweiten. Dies gilt besonders für Studierende, die für ihren Lebensunterhalt auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind, und solche, die als erste in ihrer Familie ein Hochschulstudium absolvieren.
- \_ Da Lehrerinnen und Lehrer eine maßgebliche Rolle dabei spielen können, Schülerinnen und Schülern früh den Wert von internationalem und interkulturellem Austausch zu vermitteln und die „europäische Erfahrung“ aus Erasmus-Aufenthalten weiterzugeben, sollte die bisher unterdurchschnittliche Mobilitätsneigung von Lehramtsstudierenden gezielt gefördert werden. Der Wissenschaftsrat begrüßt die Pläne des BMBF, die Zahl der Stipendien deutlich zu erhöhen, um die Mobilität von Lehramtsstudierenden zu fördern.
- \_ Auch weitere Gruppen, die unter den mobilen Studierenden unterrepräsentiert sind, wie Studierende bestimmter Fächer (z. B. Rechtswissenschaft, Ingenieurwissenschaften) und Studierende mit besonderen Lebensumständen (z. B. mit Familienpflichten, Behinderung), sollten verstärkt zu Auslandsaufenthalten ermutigt werden. Die Länder und die Hochschulen sollten intensiver über die Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte informieren, dazu beraten und dafür werben, und sie sollten weitere Finanzierungsmöglichkeiten schaffen und diese bekannt machen. Die Länder sollten Sorge dafür tragen, dass auch in Staatsexamensstudiengängen größere Flexibilität für Auslandsaufenthalte vorgesehen wird und transnationale Studienangebote sowie der Erwerb von Gemeinsamen Abschlüssen und Doppelabschlüssen erleichtert werden.
- \_ Um die Mobilität in bestimmte Zielländer zu unterstützen, sollten die Hochschulen ihre Kooperationen mit dortigen Partnerhochschulen ausbauen, z. B.

über die Einrichtung gemeinsamer Austauschprogramme oder Studiengänge (z. B. solche, die zu einem Gemeinsamen Abschluss oder einem Doppelabschluss führen), über Sprachkurse oder Studienangebote in den entsprechenden Regionalstudien, und die Studierenden gezielt ermutigen, Auslandsaufenthalte in diesen Ländern zu absolvieren. In diesem Zusammenhang sollten auch die bestehenden transnationalen Bildungsangebote deutscher Hochschulen (s. Kap. A.III.2) stärker für Auslandsaufenthalte deutscher Studierender genutzt werden.

- \_ Zudem könnten gezielt nationale Erasmus-ähnliche Programme mit ausgewählten Staaten aufgebaut werden. Der Wissenschaftsrat ermutigt den Bund, nach möglichen Partnern hierfür zu suchen und an der Ausgestaltung einer neuen Generation von Erasmus-Programmen federführend mitzuwirken.
- \_ Um die Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zwischen den europäischen Staaten weiter zu erleichtern, sollten neben Anreizen und Fördermöglichkeiten für Auslandsaufenthalte und Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler verbleibende Hindernisse für die Durchlässigkeit von Karrierewegen und Berufsverläufen abgebaut werden, z. B. bei der tariflichen Einstufung und der Altersversorgung. Die Hochschulen sollten die bestehenden Spielräume für Gehaltseinstufungen von ausländischem wissenschaftlichen Personal ausnutzen.
- \_ Für das nicht-wissenschaftliche Hochschulpersonal sollten angepasste Mobilitätsformate zum Einsatz kommen, wie z. B. mindestens ein- bis zweiwöchige Auslandsaufenthalte an Partnerhochschulen. Ein regelmäßiger Austausch der nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten könnte auch als Teil strategischer Partnerschaften mit ausländischen Hochschulen verankert werden. Auch für diese Personengruppe müssen bei längeren Auslandsaufenthalten Vertretungsregelungen geschaffen werden.

#### II.4.b Rekrutierung von ausländischen Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

Der Wissenschaftsrat würdigt, dass es den deutschen Hochschulen in den vergangenen Jahren gelungen ist, verstärkt Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus diversen Regionen der Welt zu gewinnen. Gleichzeitig ist eine gesteigerte Aufmerksamkeit für die damit verbundenen Herausforderungen notwendig. Der Wissenschaftsrat hält es für erforderlich, den Studienerfolg ausländischer Studierender zu erhöhen. Der Frage, wie ausländische Studierende angesichts der in dieser Gruppe deutlich erhöhten Abbruchquoten (s. Kap. A.III.3) besser auf ein Studium in Deutschland vorbereitet und wie sie im Studium sowie beim Übertritt in den Arbeitsmarkt unterstützt werden können, hat sich der Wissenschaftsrat bereits in seinen Empfehlungen

zur Gewinnung, Integration und Qualifizierung internationaler Studierender aus dem Jahr 2016 gewidmet. |<sup>151</sup>

Eine sorgfältigere Auswahl ausländischer Studienbewerberinnen und -bewerber kann sowohl durch den verstärkten Einsatz von Auswahlgesprächen als auch durch eine vermehrte Nutzung individueller Eignungsfeststellungsprüfungen erreicht werden. Dass einige Länder bzw. Hochschulen den Zugang für internationale Studierende bereits geöffnet und individualisiert haben, ist positiv hervorzuheben. |<sup>152</sup> Eine wichtige Rolle bei der Auswahl ausländischer Studierender für ein Studium an deutschen Hochschulen können auch die Akademischen Prüfstellen (APS) des AA übernehmen, die bereits in China, Vietnam und der Mongolei die Überprüfung der Studierfähigkeit der Bewerberinnen und Bewerber unterstützen. Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass das AA die Gründung von APS in weiteren Ländern plant.

Der Wissenschaftsrat würdigt ausdrücklich das beträchtliche Engagement der deutschen Hochschulen und ihrer Studierenden zur Integration von Flüchtlingen in Studium, Lehre und Forschung sowie die Vielzahl an Unterstützungsangeboten, die mit Hilfe der Förderorganisationen und des BMBF aufgebaut wurden. Die Integration kann unter anderem durch eine engere Abstimmung zwischen Hochschulen und den Behörden sowie der Wirtschaft vor Ort noch weiter erleichtert werden.

Um die Rekrutierung ausländischer Studierender sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiter zu befördern, spricht der Wissenschaftsrat die folgenden Empfehlungen aus:

#### *Zu den Studierenden*

– Generell sollten die einzelnen Hochschulen die Auswahl ausländischer Studierender stärker für ihre strategische Profilierung nutzen. Dazu sollten sie

|<sup>151</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Gewinnung, Integration und Qualifizierung internationaler Studierender. Dritter Teil der Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (Drs. 5437-16), Kiel Juli 2016, S. 121.

|<sup>152</sup> Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Bremen haben die Zugangswege zum Studium für ausländische Studierende individualisiert, Nordrhein-Westfalen und Bremen setzen dabei auch systematisch den „Test für Ausländische Studierende“ (TestAS) als zentralen, standardisierten Studierfähigkeitstest ein. Darüber hinaus nutzt ihn auch eine Reihe von Hochschulen in anderen Ländern als zusätzliches Instrument bei der Auswahl von Studienbewerberinnen und -bewerbern. Der TestAS gibt Aufschluss über den Kenntnisstand im Vergleich zu anderen Bewerberinnen und Bewerbern. Er fokussiert auf kognitive Fähigkeiten, spezifische Fachkenntnisse sind nicht erforderlich. Der TestAS wird von der Gesellschaft für Akademische Studienvorbereitung und Testentwicklung e.V. (g.a.s.t.) angeboten, die vom Goethe-Institut, der HRK, dem DAAD, dem Fachverband für Deutsch als Fremdsprache (FaDaF), dem Arbeitskreis der Sprachenzentren (AKS) sowie den Universitäten Bochum, Hagen, Leipzig und München getragen wird.

die Studierendenströme an ihre Hochschule kontinuierlich beobachten und analysieren. Hochschulen können die Gewinnung von Studierenden aus bestimmten Herkunftsländern besonders forcieren, indem sie ihr Marketing und ihre Rekrutierungsmaßnahmen in diesen Staaten (gegebenenfalls mit geeigneten Partnern) intensivieren oder gezielt gemeinsame Studiengänge mit Einrichtungen in diesen Ländern initiieren. Neben Staaten, die für Deutschland wirtschaftlich zunehmend bedeutsam sind oder werden, sollten sie dabei auch europäische Länder und Regionen gezielt in den Blick nehmen, in denen das Interesse an Deutschland in den vergangenen Jahren abgenommen hat, z. B. Skandinavien. Daraus können sich neue Chancen ergeben.

- \_ Für die Rekrutierung ausländischer Studierender könnten verstärkt Online-Selbsttests weiterentwickelt und genutzt werden, mit deren Hilfe Studieninteressierte ihre Eignung für ein Studium, den Bedarf an Sprachkenntnissen oder fachlichen Voraussetzung vor der Einreise nach Deutschland selbst überprüfen können.
- \_ Der Wissenschaftsrat hat weitere Maßnahmen und Instrumente empfohlen, um den Studienerfolg ausländischer Studierender zu erhöhen, wie z. B. die Verbesserung der sprachlichen und fachlichen Vorbereitung durch entsprechende Kurse und Propädeutika. |<sup>153</sup> Auch sollten die Hochschulen die Angebote zur sprachlichen und fachlichen Unterstützung *während* des Studiums ausweiten (s. auch Kap. B.II.2). |<sup>154</sup> Auf diese Empfehlungen des Jahres 2016 wird an dieser Stelle noch einmal mit Nachdruck verwiesen.
- \_ Neben der (fach-)wissenschaftlichen Befähigung ist auch die Persönlichkeitsentwicklung der ausländischen Studierenden von Bedeutung. Den Hochschulen kommt die Aufgabe zu, in der Lehre die verschiedenen kulturellen Hintergründe und Perspektiven zu berücksichtigen und sie für den Ausbau der Internationalität zu nutzen.
- \_ Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem Bund, bestehende Aufenthaltstitel zu bündeln und so für eine Vereinfachung zu sorgen.

|<sup>153</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Gewinnung, Integration und Qualifizierung internationaler Studierender. Dritter Teil der Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (Drs. 5437-16), Kiel Juli 2016, S. 125 ff.

|<sup>154</sup> Z. B. durch ein vergrößertes Angebot an gemischtsprachigen Studiengängen, in denen der Anteil deutschsprachiger Elemente sukzessive zunimmt, durch aus einheimischen und ausländischen Studierenden zusammengesetzten Lern- und Projektgruppen, Schulungen für Lehrende und Verwaltungspersonal, eine bessere Ausstattung der zuständigen Servicestellen, einen engeren Austausch zwischen den Hochschulen und den kommunalen Behörden sowie den Ausbau von Stipendienprogrammen für internationale Studierende (ebd., S. 132 ff.).

- \_ Die Hochschulen sollten ihre Attraktivität für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhöhen, indem sie verlässliche Karriereperspektiven schaffen (Tenure Track |<sup>155</sup>), Flexibilität bei der zeitlichen Dauer von Forschungs- und Lehraufenthalten bieten und *dual career*-Angebote in Zusammenarbeit mit Unternehmen sowie öffentlichen und privaten Einrichtungen in der Region ausweiten.
- \_ In der Breite verbessert werden sollten die Maßnahmen zur Gewinnung ausländischen Personals. Stellenangebote sollten stets international ausgeschrieben werden und die Hochschulen sollten verstärkt aktiv nach hochkarätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Ausland suchen. Die Ausgestaltung der Berufungsverfahren im Sinne einer Werbung für den Standort ist ein wichtiges Element einer solchen aktiven Rekrutierung. |<sup>156</sup>
- \_ Die Hochschulen sollten sich auch für die Service- und Verwaltungsbereiche um eine verstärkte Anwerbung ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemühen. Auch hier sollten Stellen, bei denen dies sinnvoll erscheint, z. B. in den *International Offices*, international ausgeschrieben werden.
- \_ Eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Behörden vor Ort kann die Attraktivität eines Standorts sowohl für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch für ausländische Studierende erhöhen. Gute Kontakte zu Unternehmen in der Region können nützlich sein, um Praktikums- und Arbeitsplätze zu vermitteln oder *dual career*-Angebote zu unterbreiten.

#### *Geflüchtete Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*

- \_ Die Integration von geflüchteten Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sollte weiter erleichtert werden, indem die existierenden guten Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Kommunen, Arbeitsagenturen und Auslandsämtern und der jeweiligen regionalen Wirtschaft genutzt werden. |<sup>157</sup>

|<sup>155</sup> Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Karrierewegen und -zielen an Universitäten, Köln 2014, S. 10 ff. u. S. 42 ff.

|<sup>156</sup> Da das Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) nicht nur die Verbeamtung von Deutschen oder andere EU-Bürgern, sondern bei dem Vorliegen wichtiger Gründe auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Drittstaaten ermöglicht, stellt die Verbeamtung keine Hürde dar. Ein solcher Grund ist z. B. das Gewinnungsinteresse im Rahmen der Bestenauslese.

|<sup>157</sup> Die HRK stellt eine Linksammlung mit Beschreibungen vorhandener Projekte an Hochschulen bereit, die über Beispiele guter Praxis informieren und der Vernetzung sowie dem Erfahrungs- und Informations-

\_ Außerdem sollten Bund, Länder und Hochschulen daran mitwirken, auch in Krisenregionen verstärkt Unterstützungsangebote für geflüchtete und gefährdete Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufzubauen, und zu diesem Zweck mit Hochschulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort kooperieren, die die Vernetzung von Studierenden und Forschenden aus der Region befördern. Derartige Initiativen sind zum Teil auch Forschenden zugänglich, denen eine Einreise nach Deutschland seitens ihres Heimatlandes verwehrt wird oder deren Möglichkeit zur Rückkehr nicht sichergestellt wäre.

## II.5 Chancen der Digitalisierung für die Internationalisierung

Deutsche Hochschulen nutzen digitale Medien im Bereich Internationalisierung derzeit vorwiegend für die Bereitstellung von Informationen und zu Werbezwecken (s. Kap. A.III.6). Nur wenige Hochschulen setzen die Digitalisierung bisher gezielt als strategisches Instrument für die Internationalisierung von Studium und Lehre sowie Forschung, Transfer und Infrastrukturleistungen ein. Bei der Entwicklung umfassender Strategien für die Digitalisierung |<sup>158</sup> sollten die Hochschulen daher auch deren Potenzial für die Internationalisierung stärker nutzen.

Wichtige Impulse für die Internationalisierung von Forschung und Lehre können von der datenintensiven Forschung (*data-intensive research*) sowie der Ausbildung von Datenkompetenz (*data literacy*) ausgehen. Diese Themenfelder werden gegenwärtig von verschiedenen Akteuren, u. a. auch vom Wissenschaftsrat selbst, bearbeitet |<sup>159</sup> und bleiben daher im Folgenden unberücksichtigt.

austausch dienen soll (s. <https://www.hrk.de/themen/internationales/internationale-studierende/studium-fuer-fluechtlinge>, letzter Zugriff: 08.05.2018).

|<sup>158</sup> Hinweise hierzu hat eine europäische Arbeitsgruppe ausgearbeitet (*High level group on the Modernisation of Higher Education: Report to the European Commission on New Modes of learning and teaching in higher education, October 2014* (s. [http://ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/repository/education/library/reports/modernisation-universities\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/repository/education/library/reports/modernisation-universities_en.pdf), letzter Zugriff: 12.06.2018).

|<sup>159</sup> Eine Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates erarbeitet derzeit „Empfehlungen zu den Rahmenbedingungen datenintensiver Wissenschaft“ (Arbeitstitel). Die Gesellschaft für Informatik hat jüngst ein *Policy Paper* zum Thema *Data Literacy* vorgelegt (Gesellschaft für Informatik: *Data Literacy und Data Science Education: Digitale Kompetenzen in der Hochschulausbildung*, April 2018 (s. [https://gi.de/fileadmin/GI/-Hauptseite/Aktuelles/Aktionen/Data\\_Literacy/GI\\_DataScience\\_2018-04-20\\_FINAL.pdf](https://gi.de/fileadmin/GI/-Hauptseite/Aktuelles/Aktionen/Data_Literacy/GI_DataScience_2018-04-20_FINAL.pdf), letzter Zugriff: 17.05.2018).



Der Wissenschaftsrat spricht die folgenden Empfehlungen aus:

- \_ Die Hochschulen sollten digitale Angebote für ihre Internationalisierung verstärkt einsetzen. Im Bereich Studium und Lehre können sie Blended Learning-Angebote ausbauen oder digitale Lehrformate zur Umsetzung des „*international classroom*“ einsetzen, z. B. indem Studierendengruppen nicht nur innerhalb der Hochschule divers zusammengesetzt, sondern zusätzlich mit Studierendengruppen im Ausland virtuell vernetzt werden. Auch können digitale Module – in Form von Online-Vorlesungen oder auch interaktiven Veranstaltungsformaten – vermehrt als integraler Bestandteil in gemeinsame Studiengänge mit ausländischen Hochschulen aufgenommen werden. |<sup>160</sup> Allerdings müssen bei solchen international zusammengesetzten Lerngruppen ähnliche Aspekte beachtet werden wie bei fremdsprachigem Unterricht mit physisch präsenten Studierenden (vgl. Kap. B.II.2).
- \_ Online-Kurse und virtuelle Treffen mit ausländischen Studierendengruppen können auch Studierenden eine internationale Erfahrung eröffnen, die keinen Auslandsaufenthalt planen, und sollten daher ebenfalls vermehrt zum Einsatz kommen. Derartige Interaktionen können dabei helfen, Vorbehalte und Hemmnisse gegenüber einem Auslandsaufenthalt abzubauen, z. B. durch die Vermittlung von Sprachkenntnissen oder einen ersten virtuellen Kontakt zu einer Partnerhochschule oder Praktikumsstelle im Ausland. |<sup>161</sup> Virtuelle Austauschformate mit ausländischen Lehrenden und Studierenden können unter gewissen Bedingungen und für bestimmte Fachbereiche oder spezifische Studierendengruppen als ein Ersatz für physische Mobilität dienen, sie können aber auch als Ergänzung dazu fungieren.
- \_ Für die Vor- und Nachbereitung von Auslandsaufenthalten inländischer Studierender und die Vorbereitung ausländischer Studierender auf ein Studium an deutschen Hochschulen können vermehrt Online-Informationsangebote und -Kurse genutzt werden.

|<sup>160</sup> Vgl. Hochschulforum Digitalisierung/HIS-Institut für Hochschulentwicklung (HIS-HE): Digitale Modelle internationaler Hochschulkooperation in der Lehre, Arbeitspapier Nr. 22, Juli 2016, S. 29 u. S. 50.

|<sup>161</sup> Vorbildhaft ist der geplante virtuelle Austausch zwischen neun hochrangigen Universitäten weltweit, der es Studierenden ermöglichen soll, in Online-Kursen Kreditpunkte an den beteiligten Universitäten zu erwerben, ohne ihr Heimatland zu verlassen. Die beteiligten Universitäten sind die *Delft University of Technology*, die *Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne*, die *Wageningen University and Research*, die *Rice University* in Texas, die *University of Queensland*, die *Australian National University*, die *University of Adelaide*, die *Hong Kong University of Science and Technology* und die *Leiden University*. Das Angebot soll Studierenden, die nicht in der Lage sind, die vorhandenen Angebote im internationalen Austausch zu nutzen, eine Studienmöglichkeit im Ausland eröffnen. Es gilt für die Bachelor- und Masterstudierenden aller beteiligten Hochschulen.

- \_ Um den Effekt der Zusammenarbeit mit ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern zu verstärken und einem größeren Personenkreis zugänglich zu machen, sollten diese vor, während oder nach ihrem Aufenthalt in Deutschland in virtuelle Lehrformate einbezogen werden. | <sup>162</sup>
- \_ Digitale Lehrangebote können in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit auf sinnvolle Weise für den Kapazitätsaufbau im Ausland genutzt werden – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Versorgung mit digitaler Infrastruktur und der vorhandenen Sprachkenntnisse. Hochschulen sollten sie zusammen mit ihren Partnereinrichtungen in Entwicklungsländern verstärkt dafür einsetzen.
- \_ Digitale Lehrformate können außerdem im Rahmen von Bildungsangeboten neuen Typs | <sup>163</sup> in Krisenzeiten nützlich sein, z. B. für Lehrende und Studieninteressierte, in deren Herkunftsländern die freie Ausübung von Wissenschaft eingeschränkt ist, oder für Flüchtlinge, die einen ortsunabhängigen Zugang zu tertiärer Bildung benötigen.
- \_ Die Fördereinrichtungen sollten Programme entwickeln, mit denen die Umsetzung innovativer Ideen zur Verknüpfung und gegenseitigen Verstärkung von virtuellen Angeboten zur Internationalisierung und physischer Mobilität finanziell unterstützt wird.
- \_ Bund und Länder sind weiterhin angehalten, die notwendigen Ressourcen für den Aufbau der erforderlichen digitalen Infrastruktur an den Hochschulen für die IT-unterstützte Lehre, Praktika und Prüfungen bereitzustellen und den Betrieb dieser Infrastruktur nachhaltig zu unterstützen. Digitale Lehrangebote und Prüfungsformate zu entwickeln und einzusetzen, erzeugt großen personellen und finanziellen Aufwand. Die Länder sollten die staatlichen Hochschulen für diese Aufgabe auch finanziell ertüchtigen. Dieser Aufwand kann nicht aus dem Budget für Internationalisierung bestritten werden.
- \_ Der Wissenschaftsrat weist darauf hin, dass die Hochschulen im Falle des Erwerbs bzw. der Nutzung bestehender digitaler Lehrangebote keine langfristigen Exklusivverträge mit externen kommerziellen Anbietern eingehen und die Datenintegrität sowie den Schutz persönlicher Daten der Nutzerinnen und Nutzer nach deutschen Standards jederzeit sicherstellen sollten. Aus Gründen der Ökonomie, Kompatibilität und Nutzerfreundlichkeit sollte in der Regel eine standardisierte Software für die jeweiligen Fächer eingesetzt werden.

| <sup>162</sup> Vgl. Hochschulforum Digitalisierung/HIS-Institut für Hochschulentwicklung (HIS-HE): Digitale Modelle internationaler Hochschulkooperation in der Lehre, Arbeitspapier Nr. 22, Juli 2016, S. 21.

| <sup>163</sup> Wie z. B. *Kiron Open Higher Education* oder die *Off-University* (s. Kap. A.III.6).

Die Aufgaben in der Internationalisierung haben in den vergangenen Jahren zugenommen und die politischen und gesellschaftlichen Erwartungen an die Internationalisierung der wissenschaftlichen Einrichtungen sind gestiegen (s. Kap. A). Gleichzeitig sind die finanziellen Spielräume der Hochschulen für diese wichtige Querschnittsaufgabe gegenwärtig äußerst begrenzt. Internationalisierungsaktivitäten werden vielfach aus Projektmitteln der einschlägigen Fördermittelgeber finanziert. Dies steht jedoch der Nachhaltigkeit der umgesetzten Maßnahmen entgegen. Erforderlich ist eine Anpassung der bestehenden Förderstrukturen an die gestiegenen Bedarfe, z. B. im Bereich der Mobilität.

Der Wissenschaftsrat richtet die folgenden Empfehlungen an Bund, Länder, Fördereinrichtungen und Hochschulen:

- \_ Für die Finanzierung der Internationalisierung steht den Hochschulen eine Reihe bewährter nationaler Instrumente zur Verfügung, wie die Förderprogramme des DAAD und der AvH. Diese ergänzenden, wettbewerblichen Fördermöglichkeiten sind unentbehrlich, um größere Pilotvorhaben |<sup>164</sup> oder die Entwicklung neuer Strukturen umzusetzen. Den gewachsenen Aufgaben in der Internationalisierung sollte Rechnung getragen werden, indem die Ausstattung dieser Fördereinrichtungen verbessert wird. Für die weitere Internationalisierung der Fachhochschulen werden teilweise neue, spezifische Förderinstrumente benötigt.
- \_ Die Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, die Internationalisierung angemessen aus dauerhaft verfügbaren Mitteln zu finanzieren und ihre Strategie konsequent zu verfolgen. Sie sollten dabei nicht nur auf Drittmittelprogramme angewiesen sein und ihre Maßnahmen nach diesen richten müssen. Daher sollten die Länder für eine auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen sorgen, die eine langfristige Profilbildung und Steuerungsfähigkeit in der Internationalisierung ermöglicht. Sofern noch nicht der Fall, sollte die Internationalisierung als Leistungsbereich in die Zielvereinbarungen zwischen Ländern und Hochschulen aufgenommen werden.
- \_ Fördereinrichtungen sollten zusätzliche Mittel für den Bereich Internationales vorhalten und bereitstellen, wenn in Projektanträgen entsprechende Maßnahmen vorgesehen sind. |<sup>165</sup>

|<sup>164</sup> Z. B. transnationale Bildungsangebote.

|<sup>165</sup> Ausgenommen sind der DAAD und die AvH, die ausschließlich Maßnahmen mit internationalem Bezug finanzieren.

- \_ Die Mobilitäts- und Forschungsförderprogramme der EU sind von sehr großer Bedeutung für die Internationalisierung der deutschen Hochschulen. Die verbesserte Ausstattung dieser Programme ist dringend erforderlich. Sie würde es den deutschen Hochschulen ermöglichen, die Programme noch stärker zu nutzen, z. B. für den Aufbau transnationaler Bildungsangebote.
- \_ Oftmals höherwertige Aufgaben im Zusammenhang mit der Internationalisierung erfordern eine entsprechende Vergütung des dafür zuständigen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals. Dies sollte bei den Mittelzuweisungen der Länder an die Hochschulen wie auch in den Programmen der Fördermittelgeber berücksichtigt werden. Zudem müssen die Hochschulen auch für die umfassenden Aufgaben in der Digitalisierung angemessen ausgestattet werden (s. Kap. B.II.5).
- \_ Um die Internationalisierung der Fachhochschulen gezielt voranzutreiben, bedarf es des angekündigten Förderprogramms des Bundes (s. Kap. B.II.3).

---

# Anhang



---

AA	Auswärtiges Amt
ACA	Academic Cooperation Association
ACSS	Arab Council for the Social Sciences
AKPB	Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AKS	Arbeitskreis der Sprachenzentren
ANABIN	Informationssystem zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
APS	Akademische Prüfstellen
ARUA	African Research Universities Alliance
AvH	Alexander von Humboldt-Stiftung
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BRiDGE	Bridge for Researchers in Danger Going to Europe
CEBRABIC	Centre for Europe-Brazil Business and Innovation Cooperation
CERN	Organisation européenne pour la recherche nucléaire
CERTH	Centre for Research and Technology Hellas
CHE	Centrum für Hochschulentwicklung
CIM	Centrum für Internationale Migration
CLUSTER	Consortium Linking Universities of Science and Technology for Education and Research
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DAFI	Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein
DAI	Deutsches Archäologisches Institut
DFP	Danish Council for Independent Research

DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFH	Deutsch-Französische Hochschule
DLR	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt
DMHT	Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie Ulaanbaatar
DSW	Deutsches Studentenwerk
DWIH	Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser
DZHW	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
ECTS	European Credit Transfer System
EDUROAM	Education Roaming
EHEA	European Higher Education Area
EIT	Europäisches Innovations- und Technologieinstitut
EFR	Europäischer Forschungsraum
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFTA	Europäische Freihandelszone
EHR	Europäischer Hochschulraum
EHEA	European Higher Education Area
EKKE	Nationales Zentrum für Sozialforschung, Griechenland
ELIAMEP	Stiftung für Europäische und Außenpolitik, Griechenland
EMS	European Medical School Oldenburg-Groningen
ENRICH	European Network of Research and Innovation Centres and Hubs
EOSC	European Open Science Cloud
ERC	European Research Council
ERICENA	European Research and Innovation Centre of Excellence in China
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESFRI	European Strategy Forum on Research Infrastructures
ESIF	Europäische Struktur- und Investitionsfonds



ETH	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
EU	Europäische Union
EUA	European University Association
EUCOR	Europäische Konföderation der Oberrheinischen Universitäten
EVTZ	Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EXCEED	Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit
FaDaF	Fachverband für Deutsch als Fremdsprache
FH	Fachhochschule
FWF	Österreichischer Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
FZS	Freier Zusammenschluss von Studierendenschaften
GAIN	German Academic International Network
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GES	Gesellschaft für Empirische Studien, Kassel
GJU	German-Jordanian University
GUC	German University Cairo
GUtech	German University of Technology Maskat
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
HAW	Hochschule für angewandte Wissenschaften
HIS-HE	HIS-Institut für Hochschulentwicklung
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
IAP	InterAcademy Council
IAU	International Association of Universities
INTERREG	Europäische territoriale Zusammenarbeit
INTEGRA	DAAD-Förderprogramm „Integration von Flüchtlingen ins Fachstudium“
INU	International Network of Universities

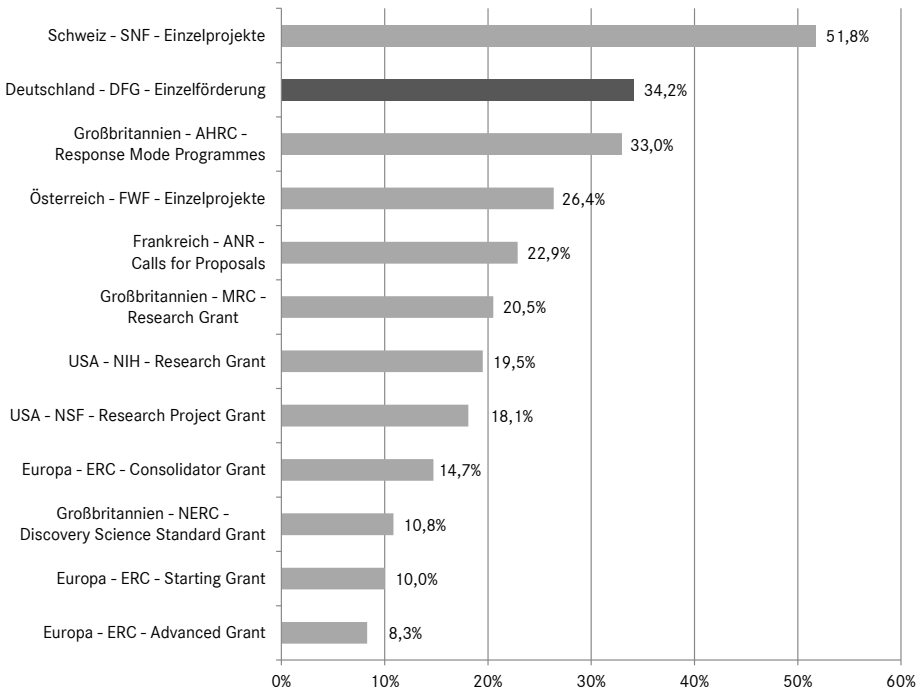
IPK	Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Produktionstechnik
JPI	Joint Programming Initiatives
KIT	Karlsruher Institut für Technologie
KMK	Kultusministerkonferenz
KWI	Kulturwissenschaftliches Institut in Essen
LERU	League of European Research Universities
MERICS	Mercator Institute for China Studies
MOOC	Massive Open Online Course
NWO	Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PAGEL	Partnerschaften für den Gesundheitssektor in Entwicklungsländern
PAU	Panafrikanische Universität
PFI	Pakt für Forschung und Innovation
PI	Principal Investigator
RCUK	Research Councils United Kingdom
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
SAR	Scholars at Risk-Netzwerk
SDG	Sustainable Development Goals
SNF	Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
STIBET	Stipendien- und Betreuungsprogramm (DAAD)
TAÜ	Türkisch-Deutsche Universität Istanbul
TestAS	Test für Ausländische Studierende
TH	Technische Hochschule
TNB	Transnationale Bildung
TÜBITAK	Türkische Anstalt für Wissenschaftliche und Technologische Forschung Ankara
TU	Technische Universität

TUM	Technische Universität München	107
TUM Asia	German Institute of Science and Technology Singapur	
UAS	Universities of Applied Sciences	
UAS7	German Universities of Applied Sciences	
UN	United Nations	
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees	
UNICA	Network of Universities from the Capitals of Europe	
UNIMED	Mediterranean Universities Union	
VGU	Vietnamese German University	
VW	Volkswagen	
WR	Wissenschaftsrat	
WUN	Worldwide Universities Network	
YERUN	Young European Research Universities Network	

Abbildung 1	Förderquoten 2014 im Rahmen der Einzelförderung und anderer Programme im internationalen Vergleich	110
Tabelle 1	Förderbilanz der ERC-Grants seit 2007 nach ausgewählten Staaten	111
Abbildung 2	Deutsche transnationale Bildungsangebote nach Klassifikationstyp 2017	112
Tabelle 2	Deutsche transnationale Bildungsangebote mit aktueller oder früherer DAAD-Förderung nach wichtigen Standorten, Anbietern und Studierendenzahl von 2014 zu 2017	113
Tabelle 3	Anteil der englischsprachigen Studiengänge 2017 im grundständigen und weiterführenden Studium nach Art und Größe der Hochschule (absolute Anzahl der Hochschulen)	115
Tabelle 4	Studiengänge mit internationalem Doppelabschluss nach Hochschularten im WS 2017/18	117
Abbildung 3	Anteil internationaler Ko-Publikationen an allen Publikationen nach ausgewählten Sitzländern im Vergleich von 2004 zu 2014	118
Abbildung 4	Indexentwicklung (WS 1992/93 = 100) der Studierenden nach Deutschen, Bildungsin- und -ausländer/-innen bis WS 2016/17	119
Abbildung 5	Anteil ausreisender Erasmus-Studierender aus Deutschland gemessen an der Gesamtzahl aller Absolventen auf Bachelor- und Masterniveau nach Art und Größe der Hochschule im Jahr 2015	121
Tabelle 5	Wissenschaftspersonal an deutschen Hochschulen und Ausländeranteil nach Top-10-Herkunftsländern 2015 im Vergleich zu 2007	122
Tabelle 6	Professorinnen und Professoren (haupt- und nebenberuflich) an deutschen Hochschulen und Ausländeranteil nach Top-10-Herkunftsländern 2015 im Vergleich zu 2007	124
Tabelle 7	Ausländische Studierende nach Bildungsherkunft und Hochschularten sowie Trägerschaft im WS 2016/17	126
Tabelle 8	Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal nach ausgewählten Hochschularten und Ausländeranteil 2016	127
Abbildung 6	Ausreisende Erasmus-Studierende aus Deutschland nach beliebtesten Gastländern im Vergleich der Jahre 2010 zu 2015	128
Abbildung 7	Ausreisende Erasmus-Gastdozentinnen und -dozenten aus Deutschland nach Gastländern im Vergleich der Jahre 2010 zu 2015	129

Tabelle 9	Deutsche Studierende im Ausland nach Top-15-Studienländern 2015 und Vergleich zu 2005	130
Abbildung 8	Anteil ausreisender Erasmus-Gastdozentinnen und -dozenten aus Deutschland an der Gesamtzahl der hauptamtlichen Lehrkräfte nach Art und Größe der Hochschule im Jahr 2015	131
Abbildung 9	Indexentwicklung der Anzahl der internationalen Bewerber über <i>uni-assist</i> (ohne Inlands-Master-Bewerbungen) von 2010 bis 2017	132
Abbildung 10	Top-15-Herkunftsstaaten 2015 der Bildungsausländer-Studierenden in Deutschland und Vergleich zu 2005	133
Abbildung 11	Anteile und Anzahl ausländischer Studierender in ausgewählten Gastländern bezogen auf alle Studierenden des jeweiligen Gastlandes 2014	135
Abbildung 12	Top-Gastländer 2014 nach Anteil an allen Auslandsstudierenden weltweit	136
Abbildung 13	Bleibeabsicht von Bildungsausländer-Studierenden nach angestrebter Abschlussart 2014	137
Abbildung 14	Bleibeabsicht von Bildungsausländer-Studierenden nach ausgewählten Herkunftsländern 2014	138
Abbildung 15	Aufenthaltsstatus von Drittstaatsangehörigen im Anschluss an einen Aufenthalt zum Zwecke des Studiums (Stand Oktober 2014)	139
Abbildung 16	Tätigkeiten ehemaliger Bildungsausländer-Studierender aus Drittstaaten in Deutschland 2013	140
Tabelle 10	Ausländeranteil bei abgeschlossenen Promotionen nach ausgewählten Vergleichsländern 2015	141
Abbildung 17	Anteile des ausländischen wissenschaftlichen FuE-Personals der Wissenschaftsorganisationen von 2010 bis 2016	141

**Abbildung 1 Förderquoten 2014 im Rahmen der Einzelförderung und anderer Programme im internationalen Vergleich**



Quelle: DFG auf Basis von Internetrecherchen und eigenen Berechnungen (für USA - NSF abweichend Referenzjahr 2013). Die Höhe der Förderquoten erklärt sich auch durch die unterschiedliche stark ausgeprägte Wettbewerbllichkeit der Programme.

Ausgewählte Länder (>100 ERC-Grants)	Eingeworbene ERC-Grants*		Anteil der an Universitäten eingeworbenen ERC-Grants nach Förderperiode	
	Anzahl	Anteil	FP7 (2007-2013)	Horizont 2020 (2014-2020)
Großbritannien	1.658	20,6%	96,9%	94,5%
Deutschland	1.221	15,2%	67,3%	67,2%
Frankreich	943	11,7%	19,2%	23,6%
Niederlande	750	9,3%	88,7%	93,8%
Schweiz	551	6,8%	90,8%	86,2%
Spanien	460	5,7%	39,6%	43,9%
Israel	450	5,6%	98,0%	99,5%
Italien	418	5,2%	66,2%	76,2%
Belgien	290	3,6%	82,1%	78,4%
Schweden	289	3,6%	99,5%	100,0%
Österreich	222	2,7%	65,8%	56,2%
Dänemark	169	2,1%	94,0%	98,8%
Finnland	150	1,8%	94,0%	97,6%
Zentral- und osteurop. Länder zusammen	153	1,9%	47,7%	60,6%

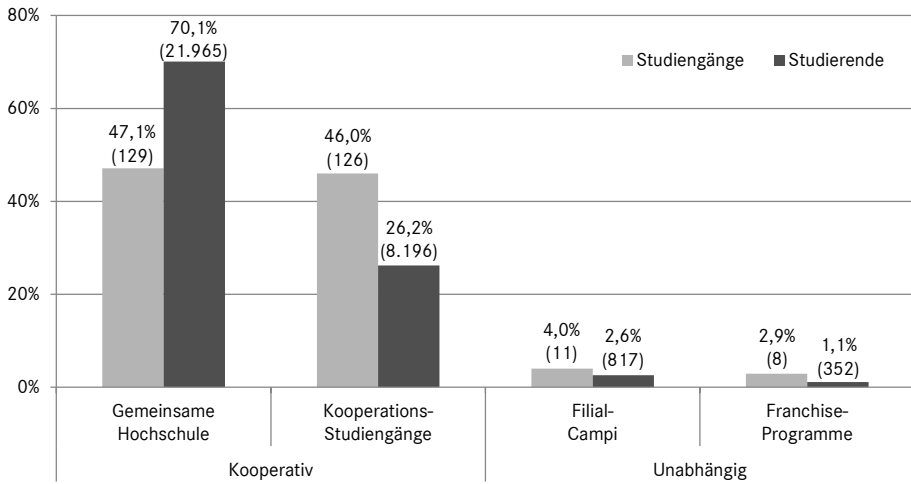
\* Seit 2007 wurden insgesamt 3.787 Starting Grants (2007-2017), 2.409 Advanced Grants (2008-2016), 1.300 Consolidator Grants (2013-2016) sowie 24 Synergy Grants (2012-2013) bewilligt.

Quelle: Europäische Kommission: CORDIS-Datenbank; Abfrage Stand März 2018.

**Erläuterung zu Tabelle 1:**

Die unterschiedlich hohen Anteile der an Universitäten eingeworbenen ERC-Grants erklärt sich auch durch die mehr oder weniger große Bedeutung der außeruniversitären Forschungsinstitute in den einzelnen Staaten.

**Abbildung 2 Deutsche transnationale Bildungsangebote nach Klassifikations-  
typ 2017**



Quelle: DAAD: Wissenschaft weltweit 2017; nach Abbildung A19 auf S. 34.

#### Erläuterung zu Abbildung 2:

Angebote transnationaler Bildung sind Hochschulen, Studiengänge oder einzelne Studienmodule im Ausland, für die eine deutsche Hochschule die akademische Verantwortung übernimmt und die sich an die dortigen Studieninteressierten richten. Dabei handelt es sich weit überwiegend um kooperative TNB-Formen, die gemeinsam von der beteiligten deutschen und der ausländischen Hochschule angeboten werden. Unabhängige TNB-Angebote, die ausschließlich von der deutschen Hochschule im Ausland verantwortet werden, sind die Ausnahme. Bei den kooperativen Formen lässt sich weiter differenzieren nach gemeinsamen Hochschulen und Kooperationsstudiengängen, die Entsprechungen bei den unabhängigen Angeboten sind Filialcampi und Franchise-Studienprogramme.

Das Klassifikationsschema stellt einen ersten Ansatz seitens des DAAD zur Schaffung internationaler Standards für die TNB-Statistik dar. Die eingeflossenen Daten basieren auf der erstmaligen Anwendung dieses Schemas. Da noch keine international einheitliche TNB-Systematik und -Terminologie existiert, ist bislang kein aussagekräftiger Vergleich der TNB-Angebote zwischen relevanten Anbieterländern oder auch in Bezug auf die Gesamtaktivitäten in den verschiedenen Sitzländern möglich.



**Tabelle 2 Deutsche transnationale Bildungsangebote mit aktueller oder früherer DAAD-Förderung nach wichtigen Standorten, Anbietern und Studierendenzahl von 2014 zu 2017**

Standort und Anbieter	2014	2017
<i>Kairo, Ägypten:</i> German University in Cairo (GUC)	10.491	12.494
<i>Amman, Jordanien:</i> German Jordanian University (GJU)	3.717	4.366
<i>Shanghai, China:</i> Chinesisch-Deutsches Hochschulkolleg (CDHK), Chinesisch-Deutsche Hochschule für angewandte Wissenschaften (CDHAW), Shanghai-Hamburg College, mehrere Einzelstudiengänge deutscher Hochschulen	2.205	2.373
<i>Ho Chi Minh Stadt, Vietnam:</i> Vietnamese German University (VGU)	1.011	1.800
<i>Muscat, Oman:</i> German University of Technology in Oman (GUtech)	1.134	1.368
<i>Qingdao, China:</i> Chinesisch-Deutsche Technische Fakultät Qingdao (CDTF)	500	1.035
<i>Istanbul, Türkei:</i> Türkisch-Deutsche Universität (TDU)	316	903
<i>Singapur:</i> TU München Asia (TUM Asia)	467	648
<i>Almaty, Kasachstan:</i> Deutsch-Kasachische Universität (DKU)	590	608
<i>Bischkek, Kirgistan:</i> Deutsch-Kirgisische Fakultät für angewandte Informatik, deutschsprachige Studiengänge an der Kirgisischen Staatlichen Technischen Universität (KSTU)	k.A.	595

Quelle: DAAD: Wissenschaft weltweit 2017 (nach Abb. A21) bzw. 2014 (nach Abb. C36).

### Erläuterung zu Tabelle 2:

Die Tabelle enthält die zehn studierendenstärksten TNB-Standorte (von insgesamt mehr als 60 TNB-Standorten) im Jahr 2017. Transnationale Bildungsangebote sind Hochschulen, Studiengänge oder einzelne Studienmodule im Ausland, für die eine deutsche Hochschule die akademische Verantwortung übernimmt und die sich an die dortigen Studieninteressierten richten (vgl. Abbildung 2).

Betrachtet man die weltweite Verteilung der transnationalen Vorhaben deutscher Hochschulen, so zeigen sich deutliche Standortschwerpunkte im osteuropäischen und südasiatischen Raum. Einzelne Standorte sind im Nahen Osten und in den ehemaligen GUS-Staaten angesiedelt, sehr vereinzelt außerdem in Afrika und Südamerika. Keine TNB-Standorte finden sich in Staaten mit entwickelten Hochschul- und Wissenschaftssystemen (z. B. USA, Kanada, Australien, west- und nordeuropäische Staaten).

Die Modelle gemeinsamer Hochschulen sind sehr vielfältig. Die *German Jordanian University* (GJU) in Amman beispielsweise ist eine gemeinsame Universität, die in Jordanien als Universität geführt, jedoch nach dem Modell der deutschen Fachhochschulen konzipiert ist und darauf abzielt, den Anwendungsbezug eines

Hochschulstudiums in die arabische Welt zu bringen und den interkulturellen Austausch zu fördern. Die *German University in Cairo* (GUC) ist eine private Stiftungsuniversität nach dem Modell deutscher technischer Universitäten, die *German University of Technology* (GUTech) in Oman wird von der RWTH Aachen unterstützt. Die seit 2008 bestehende *Vietnamese German University* (VGU) ist ein von der vietnamesischen Regierung und dem Land Hessen initiiertes Hochschulprojekt nach dem Modell einer deutschen Universität. Weitere Beispiele sind die Türkisch-Deutsche Universität in Istanbul, die Chinesisch-Deutsche Hochschule für angewandte Wissenschaften (CDHAW) an der Tongji-Universität Shanghai, die Deutsch-Kasachische Universität, die Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie und die Andrassy Gyula Universität Budapest. Die Hochschulen verfügen in der Regel über Kooperationsverträge mit deutschen Hochschulen und Unternehmen, um ihren Studierenden Studien- und Praktikumsaufenthalte in Deutschland zu ermöglichen. Das *German Institute of Science and Technology* (GIST) – *TUM Asia* ist ein Filialcampus der Technischen Universität München, die mit dieser Ausgründung seit 2002 Studiengänge in den Ingenieurwissenschaften in Singapur anbietet.

Die bestehenden Hochschulen sind bisher vorwiegend auf die Lehre ausgerichtet, jedoch gewinnt die Forschung zunehmend an Bedeutung. So verfügt *TUM Asia* beispielsweise seit 2010 über die Forschungstochter *TUM Create* und an der GJU in Amman sind erste Forschungsprojekte initiiert worden.

	Techn. Uni	Uni Groß (> 20 Tsd. Stud.)	Uni Klein (< 20 Tsd. Stud.)	FH Groß (> 5 Tsd. Stud.)	FH Klein (< 5 Tsd. Stud.)	Kunst-/ Musik-HS	Gesamt
<b>Studiengänge insgesamt</b>							
Keine englischsprachigen Studiengänge	0	1	15	15	90	46	167
Bis 10 %	10	22	28	45	20	4	129
11 - 20 %	3	7	7	7	10	1	35
21 % und mehr	2	0	13	4	16	2	37
Zusammen	15	30	63	71	136	53	368
<b>Grundständiges Studium*</b>							
Keine englischsprachigen Studiengänge	11	21	43	47	110	53	285
Bis 10 %	4	9	7	19	8	0	47
11 - 20 %	0	0	1	1	5	0	7
21% und mehr	0	0	7	4	11	0	22
Zusammen	15	30	58	71	134	53	361
<b>Weiterführendes Studium**</b>							
Keine englischsprachigen Studiengänge	0	1	16	15	83	42	157
Bis 10 %	5	9	18	26	5	4	67
11 - 20 %	6	16	12	18	10	0	62
21 % und mehr	4	4	16	12	23	3	62
Zusammen	15	30	62	71	121	49	348

\* Grundständige Studiengänge führen zu einem ersten berufsbefähigenden Abschluss, d. h. alle Bachelor-Studiengänge sowie Diplom-, Magister- und Staatsexamensstudiengänge.

\*\* Weiterführende Studiengänge setzen in der Regel einen ersten berufsbefähigenden Hochschulabschluss voraus, z. B. Bachelor, und führen zu einem weiteren berufsbefähigenden Studienabschluss, z. B. Master.

Quelle: HRK/GES nachrichtlich, Mai 2018 (basierend auf Meldungen der Hochschulen für den HRK-Hochschulkompass; bei der Auswertung wurden Studiengänge im Studienbereich "Anglistik, Amerikanistik", die nicht zu einem "Internationalen Doppelabschluss" führen, und Studienmöglichkeiten, die zum Lehramt befähigen oder lediglich im Nebenfach studiert werden können, nicht mitgezählt). Aufgrund unvollständiger Meldungen kann es bei den jeweiligen Gesamtsummen nach Hochschularten zu Abweichungen kommen.

Die Tabelle liefert nach Art und Größe der Hochschulen differenzierte Kennzahlen zur ersten Einschätzung der quantitativen Bedeutung englischsprachiger Studiengänge. Die meisten englischsprachigen Studiengänge werden an großen Hochschulen (Universitäten, Technischen Universitäten, Fachhochschulen) angeboten; kleine Universitäten und Fachhochschulen halten diese in geringerer Zahl vor. Im Masterstudium verfügen die Hochschulen in der Regel über höhere Anteile englischsprachiger Studienangebote als im grundständigen Studium.

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass bei kleineren Hochschulen mit wenigen Studiengängen jeder einzelne englischsprachige Studiengang bei der Quotenberechnung ein vergleichsweise hohes Gewicht erhält. Zudem können die ermittelten Anteile die tatsächlichen Ausbildungsleistungen – gemessen an der Anzahl der jeweils eingeschriebenen Studierenden und der Absolventinnen und Absolventen – nicht wiedergeben. Eine neuere Studie legt nahe, dass bislang nur rund 1 % der Studierenden an englischsprachigen Studienprogrammen teilnimmt. \*

\* Wächter, B. & Maiworm, F. (Hrsg.): English-Taught Programmes in European Higher Education: The State of Play in 2014, ACA Papers on International Cooperation in Education.

**Tabelle 4 Studiengänge mit internationalem Doppelabschluss nach Hochschularten im WS 2017/18**

Hochschulart	Studiengänge insgesamt	Studiengänge mit der Möglichkeit eines internationalen Doppelabschlusses			Anteil an Studiengängen insgesamt
		Bachelor	Master	Übrige	
Universitäten	11.458	88	330	13	3,8%
Kunst- u. Musikhochschulen	1.192	1	-	-	0,1%
Fachhochschulen/HAW	5.883	154	95	-	4,2%
Hochschulen eigenen Typs*	478	2	5	-	1,5%
<b>Insgesamt</b>	<b>19.011</b>	<b>245</b>	<b>430</b>	<b>13</b>	<b>3,6%</b>

\* Hochschule Geisenheim, Duale Hochschule Baden-Württemberg sowie Pädagogische Hochschulen.

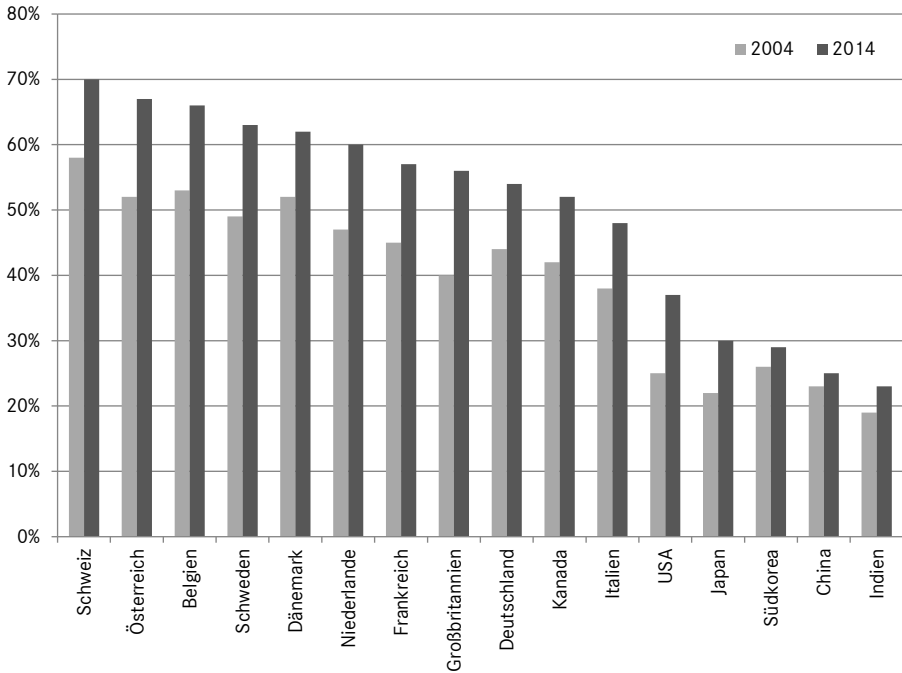
Quelle: HRK: Statistiken zur Hochschulpolitik 2/2017; nach Tabelle 1.9 auf S. 21.

**Erläuterung zu Tabelle 4:**

Nur 3,6 % der Studiengänge an deutschen Hochschulen führen zu einem internationalen Doppelabschluss. Dabei setzen die Universitäten einen deutlichen Schwerpunkt im Masterbereich (330 Master-Studiengänge zu 88 Bachelor-Studiengängen), während der Schwerpunkt an den Fachhochschulen eher im grundständigen Studium liegt (154 Bachelor-Studiengänge zu 95 Master-Studiengängen).

Doppelabschluss-Studiengänge werden derzeit an fast allen Technischen Universitäten (93 %) und großen Universitäten (93 %) sowie an der Mehrheit der großen Fachhochschulen (63 %) und kleinen Universitäten (59 %) angeboten; seltener gibt es sie an kleinen Fachhochschulen (27 %) und vor allem an Kunst- und Musikhochschulen (2 %). Insgesamt waren 1.472 ausländische Hochschulen an den Studiengängen beteiligt, wobei die Anzahl der Studiengänge, die zu einem Doppelabschluss mit einer europäischen Partnerhochschule führen, zwischen 2009 und 2017 um mehr als das Dreifache von 191 auf 681 angestiegen ist (HRK/GES nachrichtlich, Mai 2018).

**Abbildung 3 Anteil internationaler Ko-Publikationen an allen Publikationen nach ausgewählten Sitzländern im Vergleich von 2004 zu 2014**

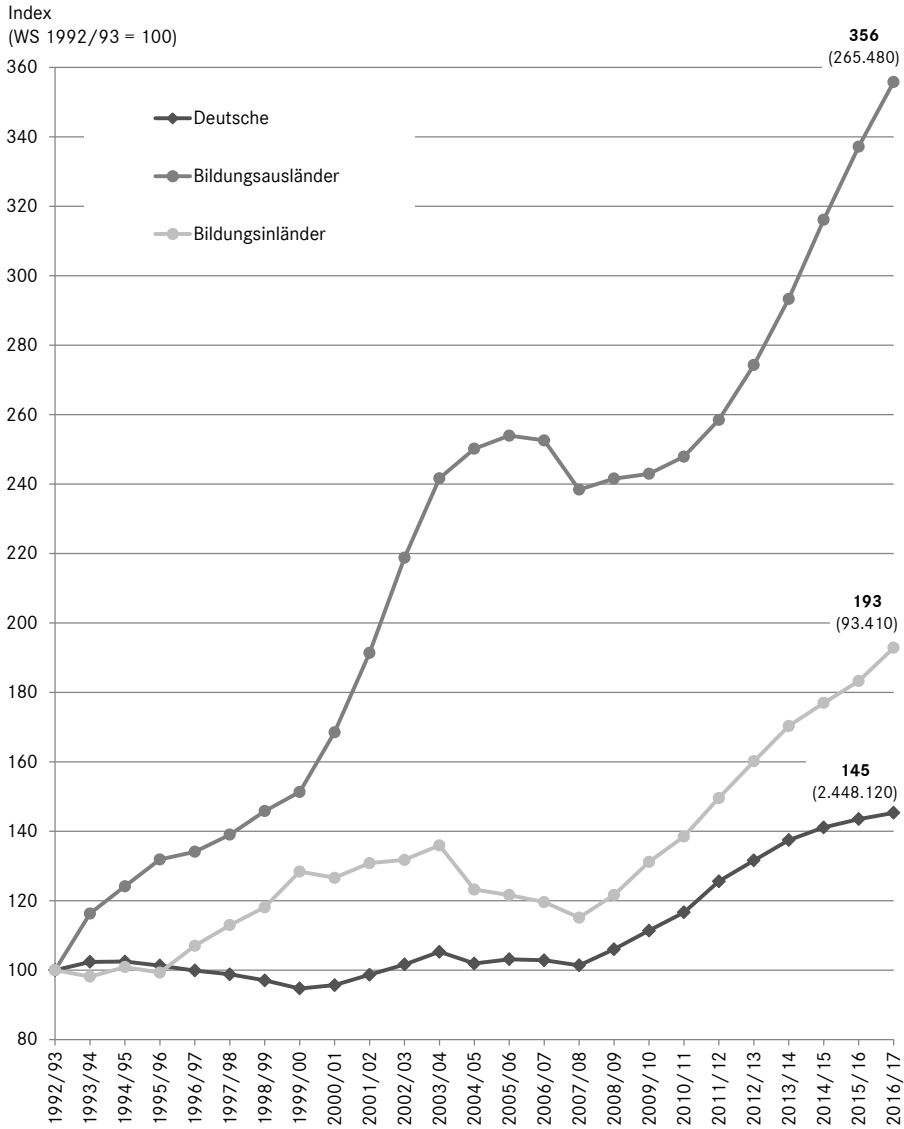


Quelle: DAAD: Wissenschaft weltweit 2016; nach Abb. F78 (basierend auf Web of Science bzw. Berechnungen Fraunhofer ISI).

#### Erläuterung zu Abbildung 3:

Daten zu länderübergreifenden Publikationen können als ein Indikator für internationale Kooperation und Vernetzung herangezogen werden. Im Jahr 2014 wurden 54 % aller erfassten, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland veröffentlichten Publikationen gemeinsam mit Forscherinnen und Forschern aus anderen Ländern erarbeitet.

**Abbildung 4** Indexentwicklung (WS 1992/93 = 100) der Studierenden nach Deutschen, Bildungsin- und -ausländer/-innen bis WS 2016/17



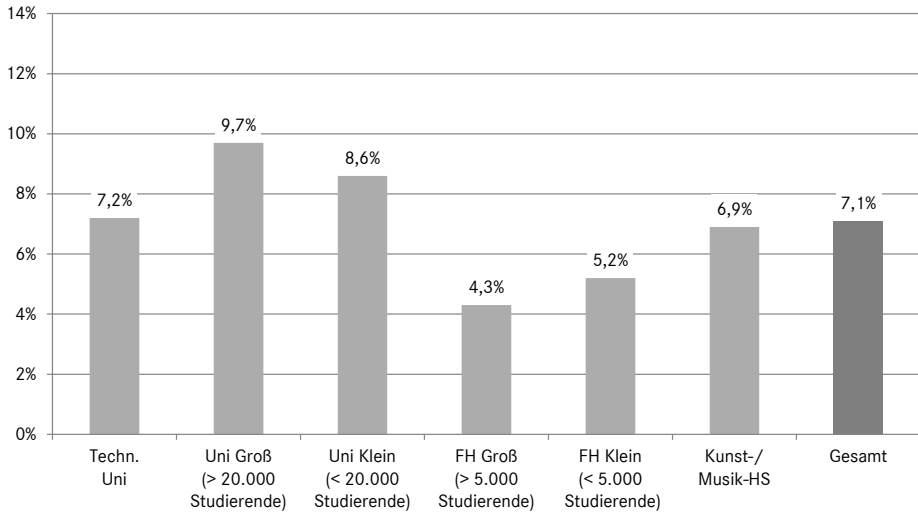
Quelle: DAAD: Wissenschaft weltweit 2017; nach Online-Tab. 1.1.

Die Grafik verdeutlicht als Indexentwicklung auf Basis des Wintersemesters 1992/93 die quantitative Entwicklung der deutschen und ausländischen Studierenden – letztere differenziert nach Bildungsherkunft. Bildungsausländerinnen und -ausländer sind ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung an einer (ggf. auch deutschen) Schule im Ausland erworben haben oder im Ausland erworbene schulische Qualifikationen durch ein deutsches Studienkolleg ergänzt haben. Bildungsinländerinnen und -inländer sind ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung an einer Schule in Deutschland erworben oder dort eine Begabten- oder Eignungsprüfung bestanden haben. Generell ist zu beachten, dass ein Teil der erfassten Bildungsausländerinnen und -ausländer keinen deutschen Hochschulabschluss anstrebt, sondern nur temporär (z. B. im Rahmen von Erasmus-Aufenthalten) an deutschen Hochschulen eingeschrieben ist. Laut DAAD (Wissenschaft weltoffen 2017, S. 40) planen 89 % der Bildungsausländerinnen und -ausländer, einen deutschen Studienabschluss zu erwerben. Das entspricht einem Anstieg von rund einem Drittel über die letzten fünf Jahre.

Beim Vergleich der Indexkurven fällt auf, dass sich – zumal innerhalb eines gleichzeitig stark expandierenden Hochschulsystems – der Index der Bildungsausländerinnen und -ausländer mehr als verdreifacht hat (um den Faktor 3,6), während sich die Indices der Bildungsinländerinnen und -inländer sowie der deutschen Studierenden „moderat“ um den Faktor 1,9 bzw. 1,4 erhöht haben. Bezieht man die hinterlegten absoluten Zahlen mit ein, hat sich vom Wintersemester 2015/16 bis zum Wintersemester 2016/17 der Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer (Zuwachs gut 6 %) stärker als der der deutschen Studierenden (Zunahme rund 1 %) erhöht.



**Abbildung 5 Anteil ausreisender Erasmus-Studierender aus Deutschland gemessen an der Gesamtzahl aller Absolventinnen und Absolventen auf Bachelor- und Masterniveau nach Art und Größe der Hochschule im Jahr 2015**



Quelle: HRK/GES nachrichtlich, Mai 2018.

**Erläuterung zu Abbildung 5:**

Gemessen an allen Absolventinnen und Absolventen auf Bachelor- und Masterniveau nahmen im Jahr 2015 insgesamt 7,1 % (insg. 32.003) aller in Deutschland Studierenden am entsprechenden Programm teil. Dabei waren Studierende an Universitäten und Technischen Universitäten sowie an Kunst- und Musikhochschulen überproportional vertreten, während Studierende an Fachhochschulen von den Möglichkeiten eines Auslandsstudiums bzw. -semesters im Rahmen von Erasmus deutlich weniger Gebrauch machten.

**Wissenschaftspersonal an deutschen Hochschulen und Ausländeranteil nach Top-10-Herkunftsländern 2015 im Vergleich zu 2007**

Rang/ Herkunftsland	Ausländisches Wissenschaftspersonal (Anzahl bzw. Anteil)	
	2007	2015
<b>Wiss. Personal insgesamt:</b>	260.064	385.311
<b>davon aus dem Ausland:</b>	24.904	43.129
<i>Anteil an Pers. insges.</i>	9,6%	11,2%
darunter aus:		
1 <b>Italien</b>	1.287	3.034
<i>Anteil an ausl. Pers. insg.</i>	5,2%	7,0%
2 <b>China</b>	1.298	2.640
<i>Anteil an ausl. Pers. Insg.</i>	5,2%	6,1%
3 <b>Österreich</b>	1.510	2.350
<i>Anteil an ausl. Pers. Insg.</i>	6,1%	5,4%
4 <b>USA</b>	1.072	2.182
<i>Anteil an ausl. Pers. Insg.</i>	4,3%	5,1%
5 <b>Russland</b>	1.397	2.098
<i>Anteil an ausl. Pers. Insg.</i>	5,6%	4,9%
6 <b>Spanien</b>	1.033	2.027
<i>Anteil an ausl. Pers. Insg.</i>	4,1%	4,7%
7 <b>Indien</b>	810	2.015
<i>Anteil an ausl. Pers. Insg.</i>	3,3%	4,7%
8 <b>Frankreich</b>	1.226	1.803
<i>Anteil an ausl. Pers. Insg.</i>	4,9%	4,2%
9 <b>Großbritannien</b>	1.000	1.559
<i>Anteil an ausl. Pers. Insg.</i>	4,0%	3,6%
10 <b>Iran</b>	345	1.453
<i>Anteil an ausl. Pers. Insg.</i>	1,4%	3,4%

Quelle: DAAD: Wissenschaft weltweit 2017; eigene Weiterberechnung nach Onlinedatentabelle D1. (Auf den Plätzen 11 bis 15 folgten im Jahr 2015 Polen, Griechenland, die Niederlande, die Türkei und die Schweiz mit Anteilen zwischen 3,1 % und 2,2 % am ausländischen Personal insgesamt.)

Die Tabelle zeigt die zehn wichtigsten Herkunftsländer des ausländischen Wissenschaftspersonals an deutschen Hochschulen. Dazu gehören neben mehreren westeuropäischen Staaten (Italien, Österreich, Spanien, Frankreich, Großbritannien) vor allem die aufstrebenden Wissenschaftsgesellschaften China und Indien sowie Russland. Im Zeitraum 2007 bis 2015 sind die absoluten Zahlen der an deutschen Hochschulen beschäftigten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – über alle Herkunftsländer hinweg – deutlich gestiegen. Auffällig ist die Zunahme von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die aus Italien stammen, – dem im Jahr 2015 wichtigsten Herkunftsstaat. Hier könnte die weniger attraktive Situation des heimischen Wissenschaftssystems in den vergangenen Jahren zu einer vermehrten Abwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nach Deutschland geführt haben. Wirtschaftliche und/oder politische Ursachen dürfte auch der vermehrte Zuzug von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Iran haben, deren Zahl sich zwischen 2007 und 2015 mehr als vervierfacht hat.

**Professorinnen und Professoren (haupt- und nebenberuflich) an deutschen Hochschulen und Ausländeranteil nach Top-10-Herkunftsländern 2015 im Vergleich zu 2007**

Rang/ Herkunftsland	Ausländische Professoren (Anzahl bzw. Anteil)	
	2007	2015
<b>Professoren insgesamt:</b>	39.255	48.051
<b>davon aus dem Ausland:</b>	2.144	3.098
<i>Anteil an Prof. insges.</i>	5,5%	6,4%
darunter aus:		
1 <b>Österreich</b>	458	601
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	21,4%	19,4%
2 <b>Schweiz</b>	321	312
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	15,0%	10,1%
3 <b>USA</b>	193	269
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	9,0%	8,7%
4 <b>Italien</b>	78	239
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	3,6%	7,7%
5 <b>Niederlande</b>	145	227
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	6,8%	7,3%
6 <b>Großbritannien</b>	139	169
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	6,5%	5,5%
7 <b>Frankreich</b>	63	133
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	2,9%	4,3%
8 <b>Spanien</b>	36	104
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	1,7%	3,4%
9 <b>Russland</b>	49	79
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	2,3%	2,6%
10 <b>Griechenland</b>	48	70
<i>Anteil an ausl. Prof. insg.</i>	2,2%	2,3%

Quelle: DAAD: Wissenschaft weltweit 2017; eigene Weiterberechnung nach Onlinedatentabelle D1. (Auf den Plätzen 11 bis 15 folgten im Jahr 2015 Polen, Belgien, China, Finnland und die Ukraine mit Anteilen zwischen 2,1% und 1,3% an den ausländischen Professorinnen und Professoren insgesamt.)

Auch die absolute Zahl der ausländischen Professorinnen und Professoren (einschließlich Gastprofessuren) hat im Zeitraum 2007 bis 2015 zugenommen (plus 44 %). Legt man alle Herkunftsländer zugrunde, kamen 2015 zwei Drittel der ausländischen Professorinnen und Professoren aus Westeuropa. Bei der Verteilung nach Herkunftsländern zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede gegenüber derjenigen des gesamten Wissenschaftspersonals (vgl. Tabelle 5). Die wichtigsten Herkunftsstaaten der Professorinnen und Professoren sind seit 2007 unverändert Österreich und die Schweiz. Dies spricht für eine größere Bedeutung deutscher Sprachkenntnisse bei der Rekrutierung bzw. Bewerbungsneigung von Professorinnen und Professoren. Dagegen sind China, Indien wie auch der Iran unter den Top-10-Herkunftsländern von Professorinnen und Professoren nicht vertreten.

### Ausländische Studierende nach Bildungsherkunft und Hochschularten sowie Trägerschaft im WS 2016/17

Hochschulart und Trägerschaft	Studierende insgesamt	davon		
		Bildungs- inländer/ -innen	Bildungs- ausländer/ -innen	Anteil Bildungs- ausländer/ -innen
<i>Universitäten u. gleichgestellte</i>	<i>1.811.080</i>	<i>53.490</i>	<i>197.515</i>	<i>10,9%</i>
staatlich	1.777.780	52.905	191.205	10,8%
privat	25.625	475	5.500	21,5%
kirchlich	7.675	110	815	10,6%
<i>Allgemeine Fachhochschulen</i>	<i>956.715</i>	<i>39.820</i>	<i>67.925</i>	<i>7,1%</i>
staatlich	747.575	32.915	59.190	7,9%
privat	184.980	6.455	8.095	4,4%
kirchlich	24.160	450	640	2,6%
<i>Verwaltungsfachhochschulen</i>	<i>39.215</i>	<i>100</i>	<i>40</i>	<i>0,1%</i>
staatlich	38.250	100	40	0,1%
privat	960	-	-	-
<i>Zusammen</i>	<i>2.807.010</i>	<i>93.410</i>	<i>265.480</i>	<i>9,5%</i>
staatlich	2.563.605	85.920	250.435	9,8%
privat	211.565	6.930	13.595	6,4%
kirchlich	31.835	560	1.455	4,6%

- = Kein Wert vorhanden.

Quelle: ICE-Datenbankabfrage nach Hauptberichten des Statistischen Bundesamtes. Aus Geheimhaltungsgründen wird ein Rundungsverfahren auf alle Werte angewendet.

#### Erläuterung zu Tabelle 7:

Nachgewiesen sind die Anzahl der ausländischen Studierenden differenziert nach Bildungsherkunft (Bildungsaus- und Bildungsinländer/-innen) sowie gesondert der Anteil der Bildungsausländer-Studierenden nach Hochschularten und deren Trägerschaft. Es fällt auf, dass sich die Anteile der Bildungsausländerinnen und -ausländer an den Universitäten und gleichgestellten Hochschulen (insg. 10,9 %) und vor allem an den Fachhochschulen (insg. 7,1 %) noch auf vergleichsweise niedrigem Niveau bewegen. Der geringere Anteil ausländischer Studierender an Fachhochschulen kann – abgesehen vom unterschiedlichen Fächerangebot – auch als Indiz dafür gewertet werden, dass die anwendungsbezogenen Studienangebote deutscher Fachhochschulen im Ausland noch weniger bekannt sind als die Angebote universitärer Standorte. Bemerkenswert ist zudem, dass Universitäten in privater Trägerschaft in besonderem Maße Studierende aus dem Ausland anziehen, obwohl sie im Gegensatz zu den Universitäten in staatlicher Trägerschaft in der Regel Studiengebühren erheben (vgl. auch Befund zum Personal in Tabelle 8).

## Hauptberufliches Wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2016

Hochschulart und Trägerschaft	Insgesamt	davon		Professoren/ -innen	davon	
		Ausländer/ -innen	Anteil Ausländer/ -innen an Insgesamt		Ausländer/ -innen	Anteil Ausländer/ -innen an Professoren/ -innen
<i>Universitäten u. gleichgestellte</i>	206.575	29.125	14,1%	27.080	2.705	10,0%
staatlich	202.565	28.560	14,1%	26.120	2.580	9,9%
privat	3.195	495	15,5%	680	105	15,4%
kirchlich	815	70	8,6%	280	15	5,4%
<i>Allg. Fachhochschulen</i>	34.050	1.615	4,7%	19.305	475	2,5%
staatlich	29.795	1.425	4,8%	16.335	365	2,2%
privat	3.395	165	4,9%	2.375	100	4,2%
kirchlich	860	20	2,3%	595	15	2,5%
<i>Verwaltungsfachhochschulen</i>	1.775	15	0,8%	450	0	0,0%
staatlich	1.770	15	0,8%	440	0	0,0%
privat	10	-	-	5	-	-
kirchlich	-	-	-	-	-	-
<i>Zusammen</i>	242.400	30.755	12,7%	46.835	3.180	6,8%
staatlich	234.130	30.000	12,8%	42.895	2.945	6,9%
privat	6.600	660	10,0%	3.060	205	6,7%
kirchlich	1.675	90	5,4%	875	30	3,4%

- = Kein Wert vorhanden.

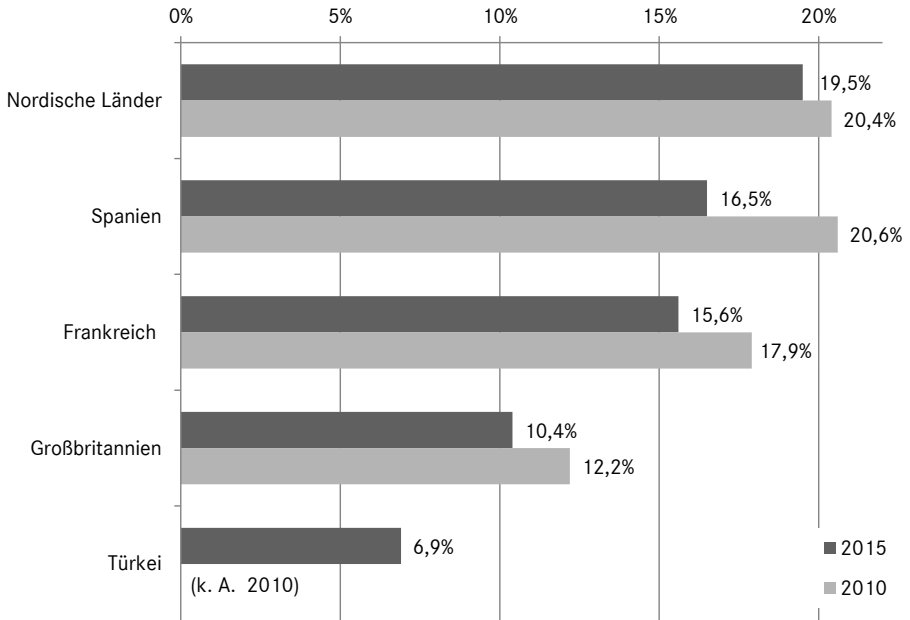
Quelle: ICE-Datenbankabfrage nach Hauptberichten des Statistischen Bundesamtes. Aus Geheimhaltungsgründen wird ein Rundungsverfahren auf alle Werte angewendet.

### Erläuterung zu Tabelle 8:

Ergänzend zu Tabelle 7 wird hier der Ausländeranteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen Personal der Hochschulen in den Blick genommen.\* So lag der Ausländeranteil im Jahr 2016 an den Universitäten und gleichgestellten Hochschulen bei 14,1 %, an den Fachhochschulen bei 4,7 %. Auffällig ist wiederum, dass Universitäten in privater Trägerschaft überproportional viele Professorinnen und Professoren aus dem Ausland beschäftigen.

\* Abweichungen zu den in Tabelle 5 und Tabelle 6 aus Wissenschaft weltweit 2017 übernommen Werten ergeben sich aus den dort zusätzlich mitgezählten nebenberuflich tätigen Personen sowie aus den unterschiedlichen Referenzjahren.

**Abbildung 6 Ausreisende Erasmus-Studierende aus Deutschland nach beliebtesten Gastländern im Vergleich der Jahre 2010 zu 2015**



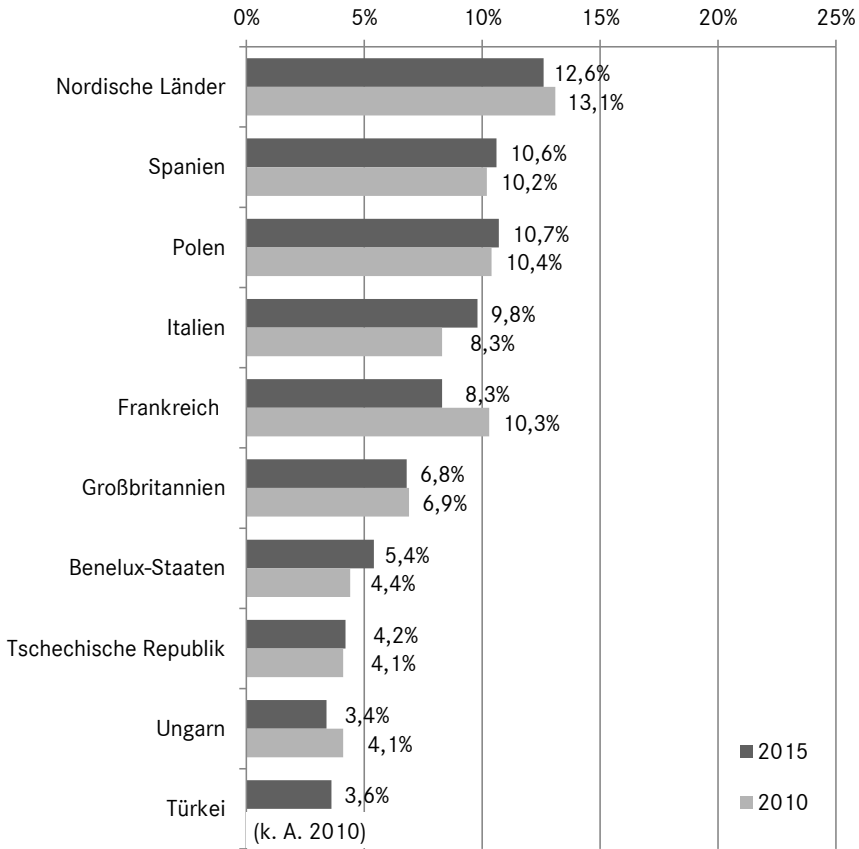
Quelle: DAAD: Profildaten 2011: nach Abbildung 4.5 für das Jahr 2010; für das Jahr 2015 HRK/GES nachrichtlich, Mai 2018.

#### Erläuterung zu Abbildung 6:

Im Jahr 2015 haben 32.003 Studierende (zum Vergleich 2010: 24.029) aus EU-Staaten am Erasmus-Programm teilgenommen, wobei laut DAAD jeder vierte von fünf Aufenthalten an Gasthochschulen in Westeuropa stattfand; lediglich 17,9 % der am Erasmus-Programm Teilnehmenden wählten eine Hochschule in den EU-Osterweiterungsstaaten oder in EU-Anwärterstaaten. Fast die Hälfte der deutschen Erasmus-Studierenden verteilt sich auf nur drei Gastländer, nämlich Spanien (16,5 %), Frankreich (15,6 %) und Großbritannien (10,4 %). Aber auch die nordischen Länder erfreuen sich mit zusammen 19,5 % großer Beliebtheit. Unter den mittel- und osteuropäischen Ländern war die Türkei mit einem Anteil von 6,9 % das beliebteste Ziel.



**Abbildung 7 Ausreisende Erasmus-Gastdozentinnen und -dozenten aus Deutschland nach Gastländern im Vergleich der Jahre 2010 zu 2015**



Quelle: DAAD: Profildaten 2011: nach Abbildung 4.10 für das Jahr 2010; für das Jahr 2015 HRK/GES nachrichtlich, Mai 2018.

**Erläuterung zu Abbildung 7:**

Rund zwei Drittel der 3.008 Erasmus-Lehraufenthalte fand 2015 an westeuropäischen Gasthochschulen statt, d. h. in den ehemaligen EU-15-Mitgliedstaaten (Beitritt bis 2003) und in den Ländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA). Die Verteilung auf die Gastländer ist im Gegensatz zu der der deutschen Erasmus-Studierenden (vgl. Abbildung 6) etwas ausgewogener, wobei Spanien (10,6 %) und Frankreich (8,3 %) sowie die nordischen Länder (12,6 %) auch hier Spitzenplätze belegten. Häufiger als Erasmus-Studierende wählten Erasmus-Gastdozentinnen und -dozenten mittel- und osteuropäische Gastländer (34,3 %), darunter auch die Türkei (3,6 %), die seit 2010 am Erasmus-Programm teilnimmt. Weitere favorisierte Gastländer deutscher Gastdozentinnen und -dozenten waren Polen (10,7 %), Italien (9,8 %) und Großbritannien (6,8 %).

**Deutsche Studierende im Ausland nach Top-15-Studienländern  
2015 und Vergleich zu 2005**

Studienland	2005	2015
Österreich	10.174	27.563
Niederlande	11.896	21.530
Verein. Königreich	11.600	15.410
Schweiz	7.839	14.647
Verein. Staaten	8.829	10.145
China	2.736	7.536
Frankreich	6.867	6.406
Schweden	2.999	4.422
Dänemark	1.002	3.316
Ungarn	1.403	3.106
Spanien	1.478	2.497
Kanada	1.083	1.809
Italien	1.607	1.507
Portugal	295	1.422
Norwegen	570	1.306

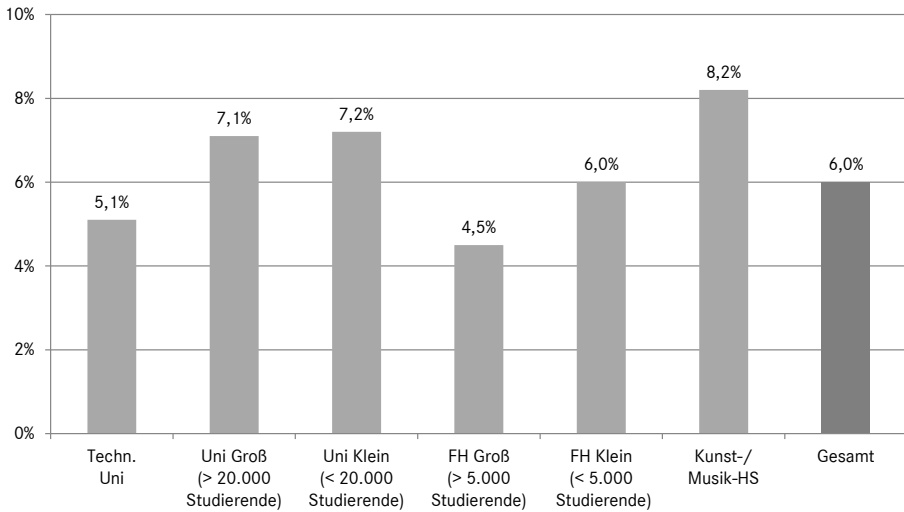
Quelle: Statistisches Bundesamt: Deutsche Studierende im Ausland 2017; nach Anhangta-  
belle 1. Enthalten sind die deutschen Studierenden, die an einer ausländischen Hoch-  
schule eingeschrieben sind. Aufgrund der von Staat zu Staat abweichenden und/oder  
unvollständigen Erhebungspraxis können die dem Bundesamt gemeldeten Zahlen  
neben Studierenden, die einen Studienabschluss im jeweiligen Gastland anstreben,  
u. U. auch temporär anwesende (Erasmus-) Studierende enthalten; vgl. hierzu aus-  
führlich die jeweiligen Länderbeschreibungen in Kapitel 2 der Studie.

**Erläuterung zu Tabelle 9:**

Im Jahr 2015 waren rund 137 Tsd. deutsche Studierende an Hochschulen im  
Ausland eingeschrieben. Gut zwei Drittel (69 %) verblieben innerhalb der EU,  
wobei die drei beliebtesten Zielländer wie in den Vorjahren Österreich (20 %),  
die Niederlande (16 %) und das Vereinigte Königreich (11 %) waren, gefolgt von  
der Schweiz (11 %) sowie den USA (7 %). Erkennbar ist eine Präferenz für Län-  
der, die deutsch- oder englischsprachige Studiengänge anbieten.

Laut Statistischem Bundesamt wird die Wahl der Gastländer u. a. von der Fä-  
cherwahl bestimmt: Während sich 59 % der deutschen Studierenden in den  
Niederlanden in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaf-  
ten eingeschrieben haben, waren dies in Frankreich fast zur Hälfte Studierende  
der Sprach- und Kulturwissenschaften. Rund zwei Drittel der deutschen Studie-  
renden in Ungarn (66 %) oder in der Tschechischen Republik (59 %) wählten  
diese Zielländer, um Studienangebote in der Fächergruppe Humanmedizin/Ge-  
sundheitswissenschaften wahrzunehmen, d. h. um Zugangshürden zum Medi-  
zinstudium in Deutschland zu umgehen.

**Abbildung 8 Anteil ausreisender Erasmus-Gastdozentinnen und -dozenten aus Deutschland an der Gesamtzahl der hauptamtlichen Lehrkräfte nach Art und Größe der Hochschule im Jahr 2015**

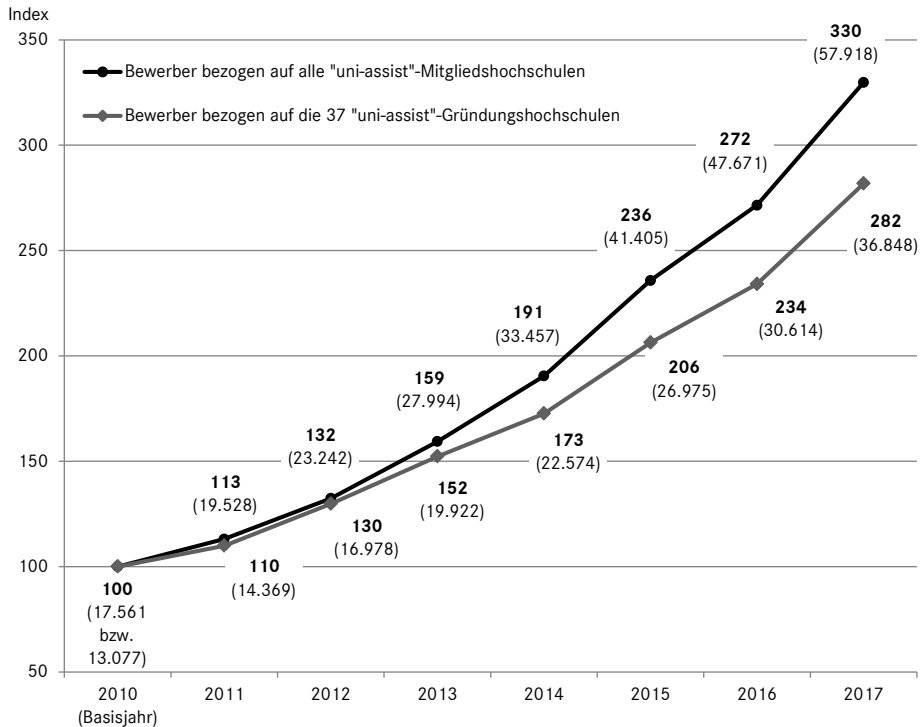


Quelle: HRK/GES nachrichtlich, Mai 2018.

**Erläuterung zu Abbildung 8:**

Von den insgesamt 3.008 Erasmus-Gastdozentinnen und -dozenten aus Deutschland nutzten insbesondere Lehrende der Kunst- und Musikhochschulen das Erasmus-Programm: Der Anteil ausreisender Erasmus-Gastdozentinnen und -dozenten war im Jahr 2015 (wie in den Vorjahren) an Kunst- und Musikhochschulen mit 8,2 % am höchsten, während sich das Lehrpersonal an Fachhochschulen, aber auch an Technischen Universitäten in geringerem Maß beteiligte.

**Abbildung 9** Indexentwicklung der Anzahl der internationalen Bewerber über *uni-assist* (ohne Inlands-Master-Bewerbungen) von 2010 bis 2017



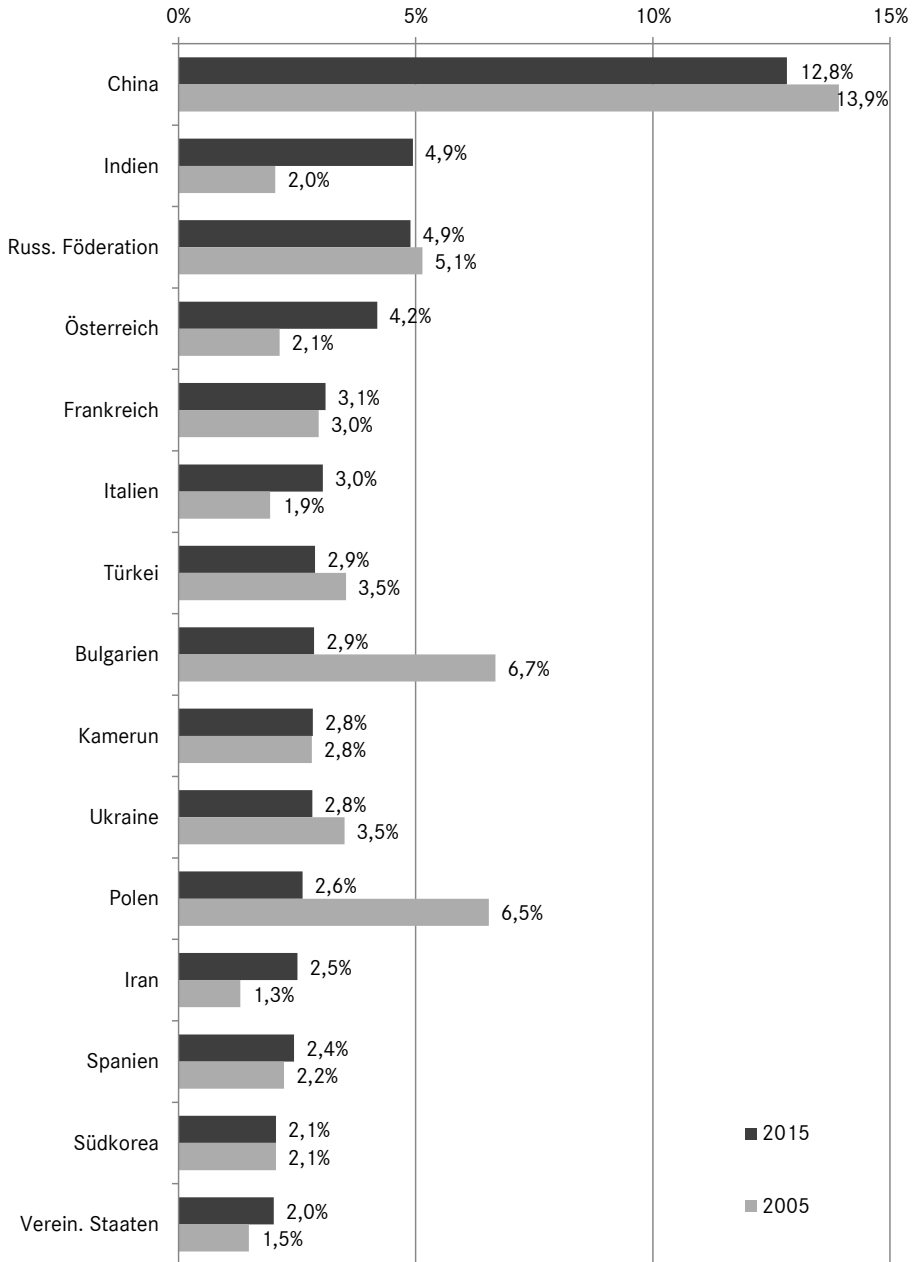
Quelle: *uni-assist e. V.*, nachrichtlich März 2018; eigene Darstellung.

#### Erläuterung zu Abbildung 9:

Die 2003 mit Sitz in Berlin gegründete Arbeits- und Servicestelle für internationale Studienbewerbungen *uni-assist e.V.* ist eine von über 180 Mitgliedshochschulen in Deutschland getragene Einrichtung zur Vorprüfung internationaler Studienbewerbungen. Kernaufgaben sind die Begutachtung ausländischer Schul- und Hochschulzeugnisse im Hinblick auf deren Äquivalenz zum deutschen Bildungssystem sowie die Überprüfung individueller Zugangsvoraussetzungen der jeweiligen Zielhochschulen. Studienbewerbungen können von internationalen Studierenden vorgelegt werden, die sich in Deutschland oder im Ausland aufhalten.

Die Zahl der bei *uni-assist* vorgelegten Studienbewerbungen ist seit 2010 kontinuierlich angestiegen. Das Gros der Bewerbungen entfällt auf die 37 *uni-assist*-Gründungshochschulen. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Gründungshochschulen ein für ausländische Studienbewerberinnen und -bewerber besonders attraktives internationales Profil haben.

**Abbildung 10 Top-15-Herkunftsstaaten 2015 der Bildungsausländer-Studierenden in Deutschland und Vergleich zu 2005**

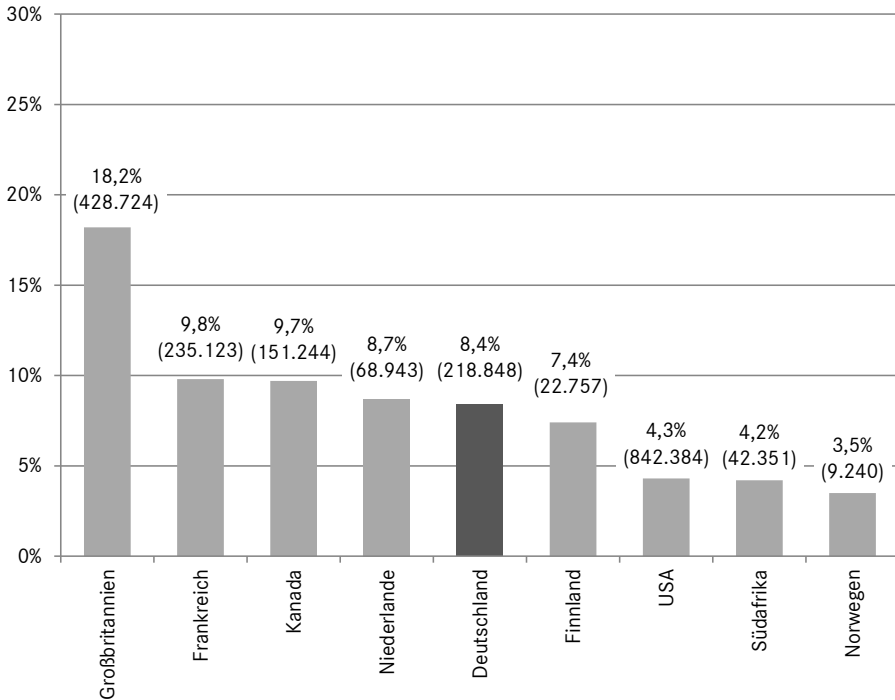


Quelle: DAAD: Wissenschaft weltoffen; fortlaufende Jahrgänge. Die Bildungsausländer-Studierenden umfassen ggf. die ebenfalls immatrikulierten Erasmus-Austauschstudierenden.

## Erläuterung zu Abbildung 10:

Das Balkendiagramm stellt die zuletzt 15 häufigsten Herkunftsländer von Bildungsausländer-Studierenden dem Vergleichsjahr 2005 anteilig gegenüber und lässt erkennen, dass China 2015 zwar mit Abstand (Länderanteil 12,8 %) – und erstmalig mit über 30 Tsd. Studierenden – das wichtigste Herkunftsland ist, die größte Gruppe der Bildungsausländerinnen und -ausländer jedoch mit zusammen rund 44 % aus Europa stammt (25 % Ost- bzw. 19 % Westeuropa). Die zweitstärkste Gruppe stammt aus Asien, darunter bevorzugt aus Süd-/Südostasien bzw. Ostasien. Im Länderranking belegt Indien (Länderanteil 4,9 %), das in absoluten Zahlen gegenüber 2014 sogar den höchsten Zuwachs von 24 % verzeichnet, nun vor Russland den zweiten Platz. Frankreich und Italien (Länderanteile 3,1 % bzw. 3,0 %) haben mit absoluten Zuwächsen von 15 % gegenüber dem Vorjahr ebenfalls zugelegt, die höchsten Zugewinne an Bildungsausländerinnen und -ausländern sind laut DAAD (Wissenschaft weltoffen 2016, S. 16) jedoch für die – in dieser Grafik nicht mehr erfassten – Vereinigten Arabischen Emirate, Bangladesch und den Oman zu verzeichnen. Bei der Interpretation der Grafik ist zu berücksichtigen, dass die am Erasmus-Programm teilnehmenden Länder einen vergleichsweise höheren Anteil an Gast- und Austauschstudierenden aufweisen, was insbesondere für Frankreich, Italien und Spanien zutrifft. Der Rückgang bei den Studierenden aus Bulgarien und Polen hat hauptsächlich demographische Gründe; trotz einer ähnlichen demographischen Entwicklung ist der Anteil der Studierenden aus Russland aber stabil geblieben.

**Abbildung 11** Anteile und Anzahl ausländischer Studierender in ausgewählten Gastländern bezogen auf alle Studierenden des jeweiligen Gastlandes 2014

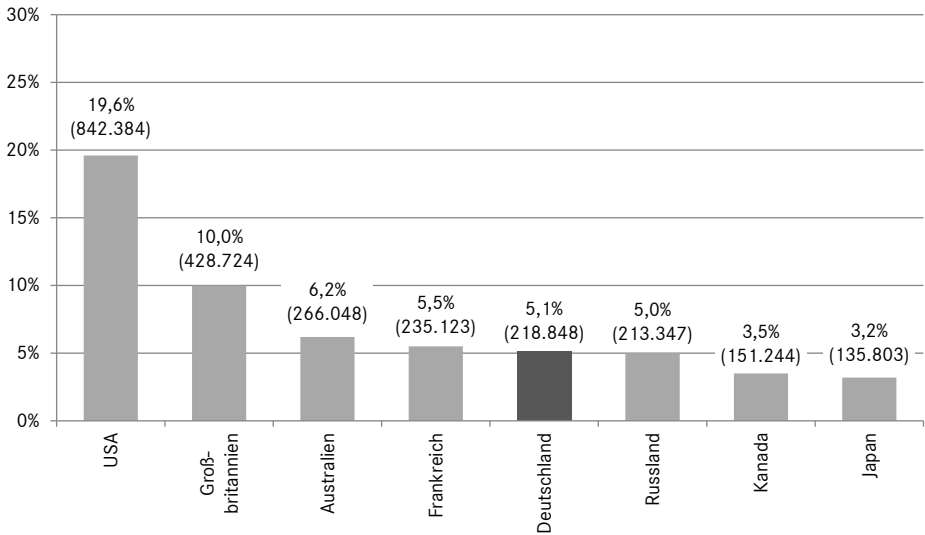


Quelle: DAAD: Wissenschaft weltoffen 2017; nach Datentabelle A5 (basierend auf UNESCO-Daten). Die Werte für Deutschland beziehen sich auf den Anteil und die Anzahl der Bildungsausländer-Studierenden zum Wintersemester 2013/14 (218.848 von insgesamt 2.616.881 Studierenden) einschließlich der ebenfalls immatrikulierten Erasmus-Austauschstudierenden.

**Erläuterung zu Abbildung 11:**

Die Abbildung zeigt die Anteile und die Anzahl ausländischer Studierender in ausgewählten Gastländern bezogen auf das Jahr 2014 und erlaubt (bedingte) Rückschlüsse auf die Integrations- und Ausbildungsleistung des jeweiligen Landes. Nach absoluten Zahlen (vgl. Abbildung 12) gehören nach wie vor die USA, Großbritannien, Australien, Frankreich und Deutschland zu den beliebtesten Gastländern, wobei sich laut DAAD (Wissenschaft weltoffen 2016, S. 70) mit aufsteigender Qualifikationsstufe in der Regel auch der Anteil internationaler Studierender erhöht.

**Abbildung 12 Top-Gastländer 2014 nach Anteil an allen Auslandsstudierenden weltweit**



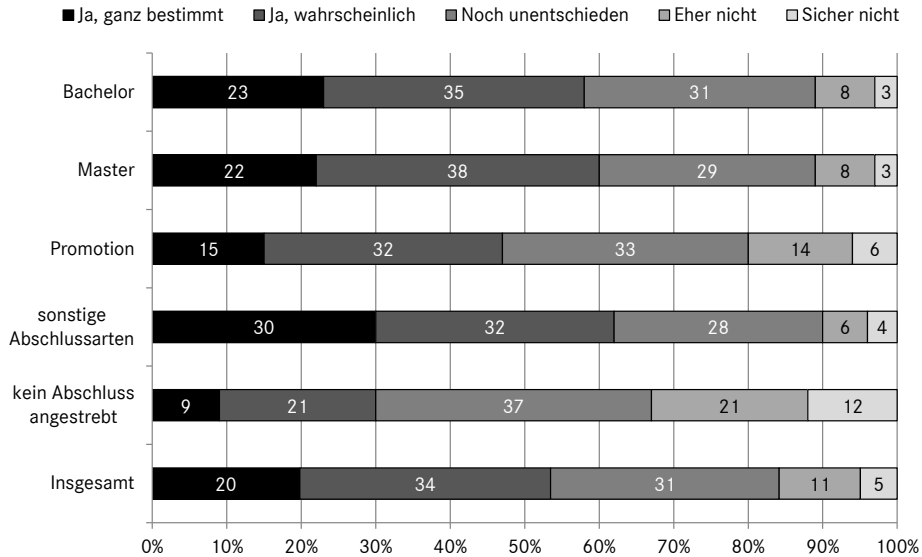
Quelle: DAAD: Wissenschaft weltweit 2017; Onlinetabelle.

#### Erläuterung zu Abbildung 12:

Die Abbildung zeigt die acht beliebtesten Gastländer aller Auslandsstudierenden weltweit und wie viele internationale Studierende im Jahr 2014 in diesen Ländern studiert haben (Anteile und absolute Zahlen). Das beliebteste Gastland weltweit waren 2014 die USA, in die es knapp 20 % aller Auslandsstudierenden zog, gefolgt von Großbritannien, das 10 % aller Auslandsstudierenden aufnahm. Deutschland lag im Jahr 2014 auf Platz fünf der Beliebtheitsskala. Unter den acht beliebtesten Gastländern konnte seit 2004 nur Russland einen relativen Zuwachs verzeichnen.



**Abbildung 13** Bleibeabsicht von Bildungsausländer-Studierenden nach angestrebter Abschlussart 2014

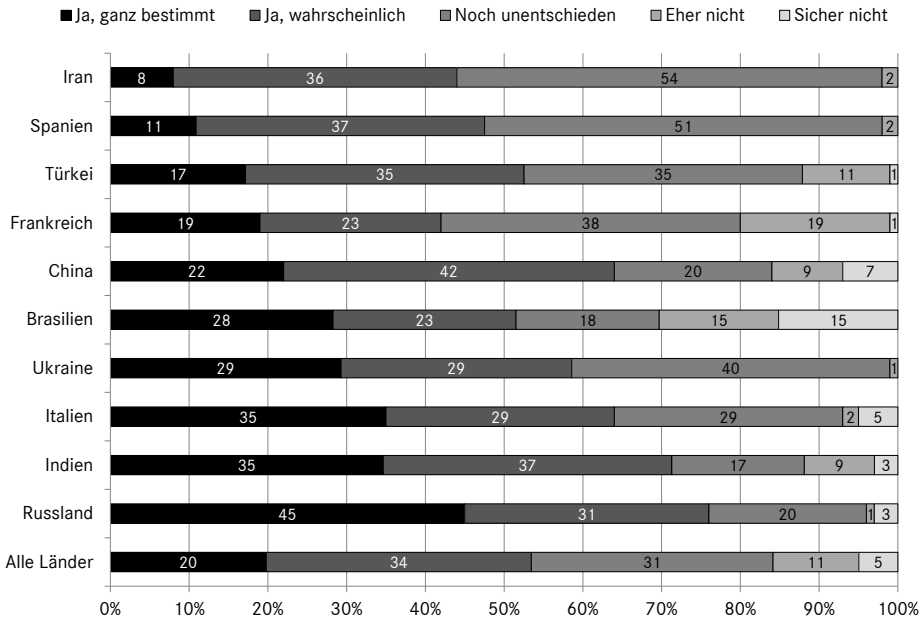


Quelle: DAAD: Wissenschaft weltoffen 2016; nach Abb. A. 50 (basierend auf Umfrage unter mehr als 11.000 Bildungsausländer-Studierenden im Rahmen der Evaluation des Programms STIBET I und III).

**Erläuterung zu Abbildung 13:**

Die Verteilung basiert auf den Ergebnissen einer DAAD-Umfrage unter mehr als 11 Tsd. Bildungsausländer-Studierenden und zeigt, dass über die Hälfte aller Befragten „ganz bestimmt“ (30 %) bzw. „wahrscheinlich“ (34 %) in Deutschland bleiben möchte. Die Bleibeabsicht variiert nach Herkunftsländern (siehe Abbildung 14) aber auch innerhalb der angestrebten Abschlussarten: Bachelor- und Masterstudierende – die möglicherweise noch einen Berufseinstieg bzw. eine Promotion in Deutschland anstreben – bekunden mit zusammengefassten Anteilen von 58 % bzw. 60 % eine tendenziell höhere Verbleibneigung als Promovierende mit insgesamt 47 %. Nicht außer Acht gelassen werden sollte, dass immerhin ein Drittel aller Befragten (31 %) in dieser Frage „noch unentschieden“ ist.

**Abbildung 14** Bleibeabsicht von Bildungsausländer-Studierenden nach ausgewählten Herkunftsländern 2014

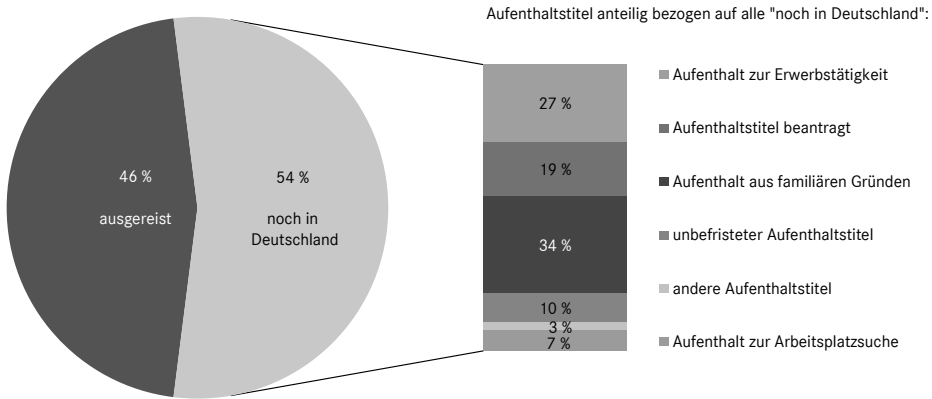


Quelle: DAAD: Wissenschaft weltoffen 2016; nach Abb. A. 51 (basierend auf Umfrage unter mehr als 11.000 Bildungsausländer-Studierenden im Rahmen der Evaluation des Programms STIBET I und III).

#### Erläuterung zu Abbildung 14:

Die Verteilung basiert auf den Ergebnissen der bereits zitierten DAAD-Umfrage unter mehr als 11 Tsd. Bildungsausländer-Studierenden und beleuchtet deren Bleibeabsicht differenziert nach Herkunftsländern. Mehr als die Hälfte dieser Studierenden (54 %) gibt an, nach Abschluss des Studiums „ganz bestimmt“ oder „wahrscheinlich“ in Deutschland bleiben zu wollen. Es fällt auf, dass Bildungsausländerinnen und -ausländer aus einigen Ländern mit unsicheren wirtschaftlichen und/oder politischen Rahmenbedingungen eine überdurchschnittlich hohe Bleibeabsicht haben: So möchte fast die Hälfte (45 %) der aus Russland stammenden Studierenden „ganz bestimmt“ in Deutschland bleiben, gefolgt von jeweils noch rund einem Drittel (35 %) der Studierenden aus Indien und neuerdings vermehrt auch aus Italien (35 %). Dagegen wollen Studierende aus dem Iran nur selten mit Bestimmtheit in Deutschland bleiben.

**Abbildung 15 Aufenthaltsstatus von Drittstaatsangehörigen im Anschluss an einen Aufenthalt zum Zwecke des Studiums (Stand Oktober 2014)**



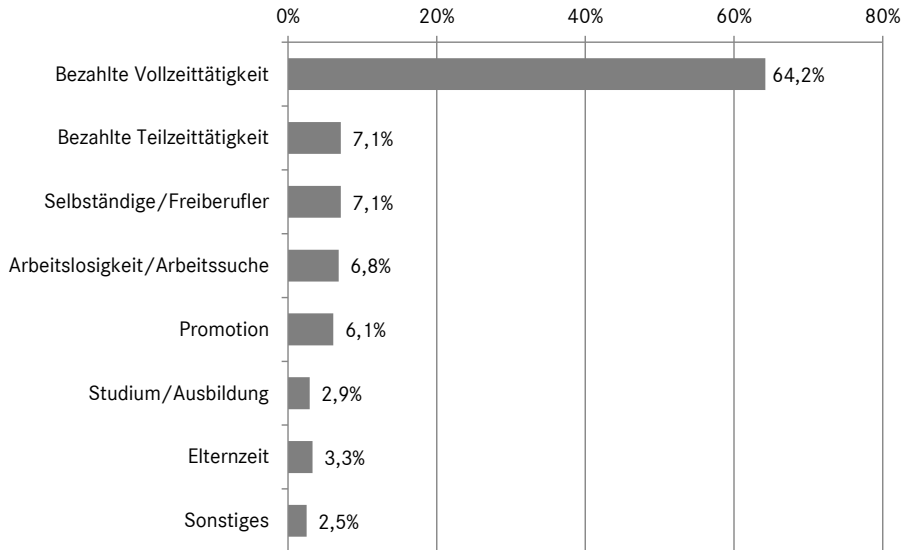
Quelle: DAAD: Wissenschaft weltweit 2016; nach Abb. A. 52 (Auswertung des BAMF basierend auf Meldungen des Ausländerzentralregisters für Drittstaats-Angehörige, die von Januar 2005 bis Oktober 2013 in Deutschland studiert haben).

**Erläuterung zu Abbildung 15:**

Die Abbildung basiert auf einer Auswertung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anhand der Meldungen des Ausländerzentralregisters (AZR) und bezieht sich auf diejenigen Drittstaatsangehörigen\*, die zwischen Januar 2005 und Oktober 2013 in Deutschland studiert haben und deren Aufenthaltsstatus sich verändert hat, d. h. die nicht länger studierten. Zum Zeitpunkt der Auswertung (Oktober 2014) hielten sich rund 54 % dieser Drittstaatsangehörigen noch in Deutschland auf. Von diesen Personen waren wiederum rund 27 % erwerbstätig, weitere 7 % befanden sich auf der Suche nach einem Arbeitsplatz und haben dafür einen entsprechenden Aufenthaltstitel erhalten. Das AZR ist bislang die einzige Quelle für tatsächliche Bleibequoten von Drittstaatsangehörigen in Deutschland.

\* Drittstaaten im Sinne des deutschen Aufenthaltsrechts sind Staaten, die nicht zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gehören – letzterem gehören alle Mitgliedstaaten der EU sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz an. Drittstaatsangehörige sind vom Recht auf europarechtliche Freizügigkeit ausgeschlossen.

**Abbildung 16 Tätigkeiten ehemaliger Bildungsausländer-Studierender aus Drittstaaten in Deutschland 2013**



Quelle: DAAD: Blickpunkt Oktober 2015; nach Abb. 5 auf S. 10 (basierend auf einer Befragung von 4.542 aus Drittstaaten stammenden Inhaber/-innen eines Aufenthaltsrechts zu Studienzwecken im Rahmen der BAMF-Absolventenstudie 2013).

#### Erläuterung zu Abbildung 16:

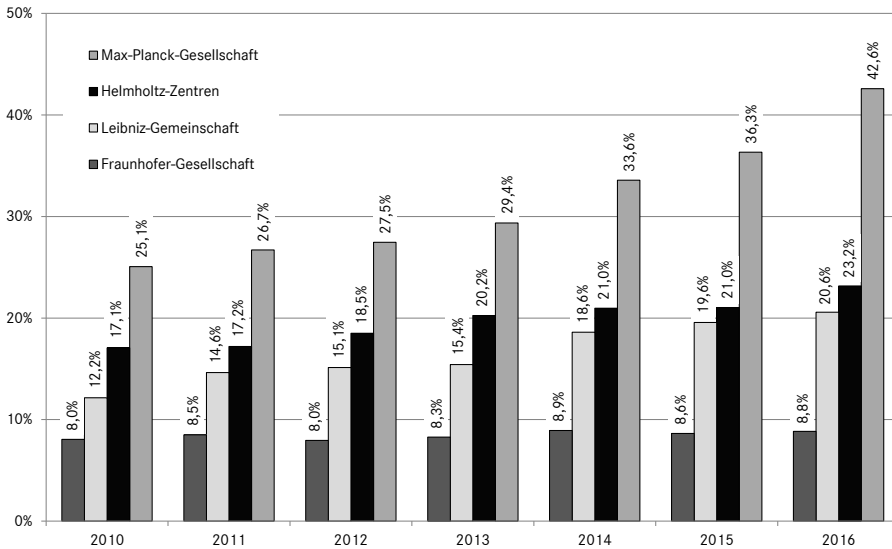
Es handelt sich um die Ergebnisse einer im Jahr 2013 erstmals durchgeführten Befragung\* aus Drittstaaten stammender ehemaliger Inhaberinnen und Inhaber eines Aufenthaltstitels zu Studienzwecken, die sich noch in Deutschland aufhielten. Rund 78 % dieser Personen hatten in Deutschland eine Erwerbstätigkeit (in Vollzeit, Teilzeit oder als Selbständige bzw. Freiberuflerinnen und Freiberufler) aufgenommen. 6,1 % entschieden sich für eine Promotion, knapp 3 % für ein weiteres Studium oder eine Ausbildung.

\* Die hier Befragten sind eine Stichprobe aus der bereits in Abbildung 15 behandelten Personengruppe, die anhand von Meldungen des Ausländerzentralregisters herausgefiltert wurde.

Land	Promotionen insgesamt	Promotionen von Ausländer/-innen	Anteil ausländischer Promotionen
USA	68.923	35.117	51,0%
Vereinigtes Königreich	26.636	11.465	43,0%
Kanada	7.546	1.769	19,0%
Deutschland	29.229	55.016	17,1%
Italien	10.485	1.197	11,4%

Quelle: DAAD nachrichtlich Mai 2018; eigene Ergänzung für Deutschland nach Statistischem Bundesamt: Fachserie 11 / Reihe 4.2.

**Abbildung 17** Anteile des ausländischen wissenschaftlichen FuE-Personals der Wissenschaftsorganisationen von 2010 bis 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 14 / Reihe 3.6 (fortlaufende Jahrgänge); eigene Weiterberechnung.

Erläuterung zu Abbildung 17:

Im Jahr 2016 lag der Anteil des ausländischen wissenschaftlichen FuE-Personals der betrachteten Wissenschaftsorganisationen im Durchschnitt bei 24,3 %.